

## 5 Nachspiel

### 5.1 Rückblick: Das öffentliche Streiten um den *Sexualkunde-Atlas* 1969

»Man gewinnt im Blick auf die frühe Bundesrepublik geradezu den Eindruck, als ob sie keine andere Sorge gehabt hätte, als die Sexualität in Ordnung zu bringen.«

*Martin Dannecker (2000: 173).*

Die Untersuchung des Diskurses um den *Sexualkunde-Atlas* im Jahr 1969 folgte dem diskurstheoretischen Verständnis, wonach sich Auseinandersetzungen über sexuelle Einstellungen und die daraus abgeleiteten Vorstellungen von einer adäquaten Sexualerziehung in Medientexten und Sexualaufklärungsbüchern sedimentieren und auf diese Weise »die epistemische Dimension des Sexualitätsdiskurses darstellen«, der »sowohl Auskunft [...] über jeweils geltende Vorstellungen von Kindheit und erwachsene Konzepte kindlicher Sexualität als auch über zeitgenössische Sexual-, Familien- und Geschlechternormen«<sup>1362</sup> gibt. Im Folgenden soll zunächst die Performativität des untersuchten Diskurses klassifiziert werden, bevor die Ergebnisse der Untersuchung mit weiteren Diskurssträngen des Sexualitätsdiskurses verknüpft und in das Sexualitätsdispositiv der BRD der »langen 1960er Jahre« eingeordnet werden. Zuletzt wird dieses mit dem *Sexualkunde-Atlas*, dem *Corpus Delicti* des Mediendiskurses, in Bezug gesetzt.

#### 5.1.1 Die Performativität des Diskurses

1968 ist eine Chiffre für die vermeintliche *Fundamentalliberalisierung* (Habermas) der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die gemeinhin mit den Begriffen der »Enttraditionalisierung, Individualisierung und Pluralisierung«<sup>1363</sup> umrissen wird. Mit Blick auf das Sexualitätsdispositiv jener Jahre wird eine stärkere Politisierung, Konsumorientierung, Infragestellung von Hierarchien und Autoritäten, Veränderung der Geschlechterverhältnisse

<sup>1362</sup> Baader, Jansen, König & Sager (2017: 13).

<sup>1363</sup> Siegfried (2006a: 9).

und Erziehungsstile sowie Aufgabe dominanter kirchlicher Normen konstatiert. Dass diese Entwicklungen in der frühen Bundesrepublik weniger revolutionäre Züge trugen als gemeinhin stilisiert, und die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen berücksichtigt werden muss, ist derweil Konsens in der Zeitgeschichtsforschung.<sup>1364</sup> Eder stellt ebenso Kontinuitäten heraus, die 1968 mit Sexualitätsdiskursen vorheriger und nachfolgender Jahrzehnte aufweist.<sup>1365</sup> Nichtsdestotrotz hält sich das Narrativ der völligen Entwurzelung von althergebrachten Verhältnissen bis heute hartnäckig, denn es hat einen instrumentellen Charakter auf der Suche nach einem Sündenbock für unerwünschte Begleiterscheinungen der Sexualliberalisierung.

Exemplarisch wurde ein Diskursstrang des bundesrepublikanischen Sexualitätsdiskurses am Ende der 1960er Jahre mit der Analyse des hegemonialen Mediendiskurses zum ersten Schulaufklärungsbuch in der frühen BRD, dem Sexualkunde-Atlas, nachgezeichnet. Am Ende eines Jahrzehnts, das – gemeinhin kolportiert – die Luft der »68er« atmete, erscheint die diskursive Gemengelage wenig typisch oder charakteristisch. Sexualliberale oder progressive und konservative bis restaurative Positionen halten sich die Waage, wobei ausgefallen radikale Stimmen (ob von links oder von rechts) marginal bleiben. Dem Stereotyp, die sexualbezüglichen Diskurse seien in den »langen 1960er Jahren« von einem revolutionären Geist be-seelt, muss die Untersuchung ebenso eine Absage erteilen wie dem Sielert'sche Postulat des sexuellen Befreiungsdiskurses der späten 1960er Jahre. Freilich versteht der Sexualpädagoge diesen als Makrodiskurs und macht ihn an der allgemeinen Enttabuisierung von Sexualität fest, die sich »im Zusammenhang der sozio-ökonomischen und politischen Veränderungen der 60er Jahre«<sup>1366</sup> respektive der Liberalisierung auch von sexualbezüglichen Normen und Werten in der frühen BRD zeigte. Die narrativen und argumentativen Strukturen der Diskursfragmente folgen allerdings überwiegend einem Gefahrendiskurs und bisweilen einem Aufklärungsdiskurs, der hin und wieder jedoch eine Alibifunktion hat.

In erster Linie erfüllt der Diskurs all jene sechs Kriterien, die ihn in Anlehnung an die Sexualpädagog:innen Michael Schetsche und Renate-Berenike Schmidt als Gefahrendiskurs begreifen lassen<sup>1367</sup>: Erstens wurde das Sexuelle

**1364** Vgl. u. a. Herzog (2005); Steinbacher (2011); Bänziger, Beljan, Eder & Eitler (2015).

**1365** Vgl. Eder (2015).

**1366** Henningsen, Schmidt & Sielert (2017: 35).

**1367** Siehe Kapitel 1.1.7.

dominant als »schwerwiegende Gefährdung«<sup>1368</sup> einer etablierten Werte- und Gesellschaftsordnung diskursiviert. Konkret wurde dabei vordringlich die Bedrohungskulisse der »Sexwelle«<sup>1369</sup> konstruiert, die ein romantisierendes und spiritualisiertes Sexualitätsverständnis bedrohe. Zudem wurde wiederholt aus sexualkonservativer Motivation heraus die Befürchtung geäußert, dass die Informationen über den heterosexuellen Koitus im *Sexualkunde-Atlas* bereits als Instruktion zur Nachahmung für die Adressat:innen verstanden werden konnten. Demgemäß würden sittliche Sexualitätsvorstellungen bedroht.

Das Risiko der Gefährdung wurde in einem zweiten Schritt auf als besonders vulnerabel ausgemachte Gruppen eingegrenzt. Im untersuchten Diskurs wurde die Gefahrenwahrnehmung auf Kinder und Jugendliche projiziert und diskutiert, ob bzw. ab wann die Vermittlung sexueller Informationen angemessen sei. Bisweilen wird von einer »Frühaufklärung« (Lieberknecht in der *FAZ*), einer »frühzeitige[n] sexuelle[n] Aufklärung« (Dahs in der *FAZ*) gesprochen bzw. wurde befürchtet Kinder mit inadäquaten Inhalten zu konfrontieren, die »sehr junge[ ] Menschen« gar »zu Experten des Trieb- und Geschlechtslebens« (Heydekampf in der *Welt*) machten. Diese Überlegungen folgten einem christlich-konservativen Sexualitätsverständnis, demzufolge jegliche Sexualäußerung als omnipräsente Bedrohung der kindlichen Unschuld erscheint. Da infolge der Medialisierung und Kommerzialisierung der Sexualität ebendiese imaginierte Drohkulisse noch einmal verstärkt wurde, ließ sich die schulische Sexualerziehung als unerwünschte Normalisierung der Sexualität und Abkehr vom prekarisierten Sittlichkeitsparadigma lesen.

Die Konstruktion der Gefahrenkulisse bot drittens Anlass, um Partikularinteressen geltend zu machen – sei es, um in antietatistischer Manier eine Kompetenzüberschreitung des Staates in die Intimsphäre anzumelden, die Normalisierung der Autosexualität als Abkehr von einem »heteroromantische[n] Ideal«<sup>1370</sup> zu sanktionieren oder im Zuge von Strafrechtsre-

1368 Schetsche & Schmidt (2010: 9).

1369 An anderer Stelle wurde bereits erwähnt, dass eine Kommerzialisierung und Medialisierung der Sexualität in der BRD seit den 1950er Jahren auszumachen war, weshalb Steinbacher von mehreren Sexwellen spricht, die unterschiedlich wahrgenommen wurden (vgl. Steinbacher; 2011: 347ff.).

1370 Herzog (2017: 41). Ehe sich die Sexualwissenschaft personell verjüngte (etwa mit dem Arzt Volkmar Sigusch oder dem Psychiater Gunter Schmidt), rekrutierten Bürger-Prinz und Giese in der Nachkriegszeit »neben Expert:innen aus der benachbarten Schweiz auch namhafte Wissenschaftler:innen, die erfolgreich während des Dritten

form und Sexualerziehung die Prekarisierung des bundesrepublikanischen Sexualkonservatismus zu beklagen.

Viertens ergaben sich die Debatten aus kurz- bis mittelfristigen Entwicklungen innerhalb einer Gesellschaft. Neben der bereits erwähnten Sexualisierung der Gesellschaft im Schlepptau des wirtschaftlichen Aufschwungs und der öffentlichen Diskussionen um eine Entschärfung des Sexualstrafrechts zeichnete sich der Diskurs dadurch aus, dass die Sexualkunde-Richtlinien der KMK als Einflussnahme des Staates auf den schulischen Erziehungsauftrag diskutiert wurden. So stand in manchen Diskursfragmenten vornehmlich die Frage im Zentrum, ob überhaupt aufgeklärt werden sollte. Die diesbezügliche Positionierung entschied sich auch am Ende der 1960er Jahre noch immer an der Frage, wie im Zuge der Vergangenheitsbewältigung postfaschistisch gehandelt werden sollte: Sah man im Kampf um Sittlichkeit als Abgrenzung von der nationalsozialistischen Sexualpolitik, die man dekadent und frivol zeichnete, den Ansatz einer geistig-moralischen Renaissance von Kultur und Nation als notwendig oder zeichnete man das Dritte Reich als sexualrepressiv und erkannte in der Überwindung des Sexualkonservatismus einen Ausweg aus dem faschistischen und autoritären Denken? Der Sexualitätsdiskurs der BRD war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von diesen ambivalenten Deutungen gekennzeichnet. Er manifestierte sich in der »Kombination von *Ablehnung und Aneignung* der unmittelbaren Vergangenheit«<sup>1371</sup>.

Fünftens war der Diskurs von einem spezifischen rhetorischen Bemühen der Diskursakteur:innen geprägt, das sich etwa in der Dramatisierung der Gefahrenlage, der Selektion von Fallbeispielen oder der Reproduktion von Alltagsmythen auszeichnete. So intendierte ein euphemistisch-verschleiender Sprachgebrauch die (Re-)Mystifizierung von Sexualität angesichts einer imaginierten Demoralisierung; und phobische Narrative, die Gefahren unerwünschter Erscheinungen für die Kulturnation formulierten, markierten eine Rückbesinnung auf sexualkonservative Zeiten.

Zuletzt trugen die Diskurse zu einer öffentlichkeitswirksamen Darstellung von Sexualität bei, die Schetsche und Schmidt als »Mystifikation«<sup>1372</sup>

---

Reiches gewesen waren«. Mit diesen »respektierten Koryphäen ihrer Fachbereiche« wollte man der Sexualwissenschaft Anerkennung verleihen und eine achtbare Stimme im Diskurs geben (ebd.: 39).

1371 Herzog (2013: 33).

1372 Schetsche & Schmidt (2010: 11).

klassifizieren. Die Ablehnung einer ausschließlichen Besprechung der physisch-materiellen Aspekte menschlicher Sexualität, die dem Sexualkunde-Atlas prominent unterstellt wurde, zeigt sich unter anderem darin, dass der Titel des Aufklärungswerkes häufig zu »Sex-Atlas« verkürzt wurde. Von Belang ist hierbei die breite öffentliche Forderung nach einer umfassenden, interdisziplinär ausgerichteten Sexualerziehung, die in Kontrast zum Sexual-Atlas und mitunter zu den KMK-Richtlinien gestellt wurde. Wenngleich diese Positionierung einer dominanten Romantisierungsabsicht entsprang, die geistig-spirituelle Elemente der menschlichen Sexualität betont wissen wollte, wird der Diskurs dem Charakter eines Aufklärungsdiskurses gerecht. Denn auch wenn die Diskurspositionen hinsichtlich des Sexualkunde-Atlas divergieren, spricht sich die Mehrzahl der Akteur:innen für eine schulische Aufklärung aus – und sei es nur, um den Schein der Liberalität zu wahren, während gleichzeitig die Normalisierung von Sexualität beklagt wird.

Der Diskurs folgt damit dezidiert der Tendenz, die Stephan Köhnlein für den öffentlichen Sexualitätsdiskurs der Bundesrepublik allgemein konstatiert: »Das Sprechen über Sexualität bewegt sich im skizzierten Spannungsfeld zwischen zunehmender öffentlicher Diskursivierung einerseits und Kritik, Ablehnung oder Empörung über diese Diskursivierung andererseits.«<sup>1373</sup>

### 5.1.2 Die Verschränkung des Mediendiskurses mit weiteren Diskurssträngen

In den Ergebnissen der Diskursanalyse offenbart sich im Kleinen, was sich gesamtgesellschaftlich im Großen für den Untersuchungszeitraum postulieren lässt: Dass eben mit der *Befreiung* der Sexualität, die mitnichten revolutionäre Züge trug, zugleich auch konservativ-autoritäre Gesellschaftsentwürfe Kommunikationsmacht erhielten, die den Sexualitätsdiskurs der BRD ebenso bestimmten und »eine konservative ›Tendenzwende‹ herbeizuführen«<sup>1374</sup> bestrebten. Die Rekonstruktion der »langen 1960er Jahre« muss daher als lückenhaft gelten, wenn diese pauschal als »rotes Jahrzehnt«<sup>1375</sup> stilisiert würden, »in dem die Linke den politischen und

1373 Köhnlein (2001: 83).

1374 Schildt & Siegfried (2009: 245).

1375 Gerd Koenen; zitiert nach Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019: 140).

gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik ihren Stempel aufdrückte«<sup>1376</sup>. Vielmehr müssen – so stellen die Historiker:innen Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler in ihrer zeit-historischen Bestandsaufnahme zum Nationalismus in der BRD heraus – ebenso »die Erfolge der konservativen und rechten Gegenmobilisierung«<sup>1377</sup> Beachtung finden.

Dass rechte Diskurse parallel zu gesamtgesellschaftlichen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozessen einen Bedeutungsschub erfuhren, zeigen auf politisch-institutioneller Ebene die Wahlerfolge der NPD auf Landes- und Bundesebene in einer Zeit, die als »Hochphase der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und der Jugendrevolte von Achtundsechzig«<sup>1378</sup> galt. Zwar scheiterte die rechtsradikale Partei sowohl 1965 mit 2 Prozent als auch 1969 mit 4,3 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde, um in den Bundestag einziehen zu können, wodurch sich bis 2017 keine Partei rechts der CDU im bundesdeutschen Parlament etablieren konnte; doch weist der wachsende Wähler:innenanteil auf eine allmähliche institutionelle Konsolidierung der NPD in den 1960er Jahren hin, die den Nationaldemokraten wenigstens in den Landesparlamenten der frühen Bundesrepublik gelang: 1966 erhielten sie in Hessen 7,9 und in Bayern 7,4 Prozent der Stimmen, 1967 zogen sie mit 6,9 Prozent in den rheinland-pfälzischen, mit 5,8 in den schleswig-holsteinischen, mit 7 in den niedersächsischen und mit 8,8 Prozent in den Bremer Landtag ein. 1968 folgte Baden-Württemberg mit beachtlichen 9,8 Prozent.<sup>1379</sup>

Schon seit den 1950er Jahren gelang es auch außerhalb der Parlamente eine neurechte Sammlungsbewegung zu formieren, mit der Vertreter:innen der intellektuellen Rechten die »antidemokratischen radikalnationalistischen Geistesströmungen der Weimarer Republik«<sup>1380</sup> zu repopularisieren gedachten. Diese *Konservative Revolution* vermochte autoritär-konservative, nationalrevolutionäre und völkisch-antisemitische Ideen zu bedienen und fand auch parteiübergreifend Sympathisanten, wie den CSU-Chef Franz Josef Strauß.<sup>1381</sup> Neben der Ablehnung der Demo-

1376 Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019: 140).

1377 Ebd.

1378 Ebd.: 68.

1379 Vgl. ebd.: 67.

1380 Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019: 72).

1381 Vgl. ebd.: 75. Auch heute verschreiben sich wieder Politiker:innen, Autor:innen und Intellektuelle von Alexander Dobrindt bis Götz Kubitschek der *Konservativen Revolu-*

kratie nach westlichem Vorbild, die Deutschland von den Alliierten aufgedrückt worden sei, fiel die Neue Rechte durch die Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus auf, indem man einen »sachlicher[en]« Umgang mit dem Dritten Reich forderte, der auch den »guten Teil am Nationalsozialismus«<sup>1382</sup> besprach. Die Ablehnung des weiterhin als »undeutsch« und »zersetzend« verstandenen Liberalismus manifestierte sich in der bevölkerungspolitischen Agenda der Neuen Rechten, die sich am Ideal der Volksgemeinschaft ausrichtete. In einer Rede auf dem Karlsruher Parteitag der NPD von 1966 führte der Historiker und Nationalsozialist Ernst Anrich aus, dass »in einer sogenannten Demokratie das Volk nur als Addition der einzelnen Individuen, nur als Gesellschaft aufgefaßt wird und die Volkssouveränität nicht aus der Hoheit des Volkstums und der Volksgemeinschaft verstanden, sondern mit der Souveränität einer Menge verwechselt wird«<sup>1383</sup>. Das Konzept der Volksgemeinschaft, auf das Anrich hier referiert, wird mit Kellershohn wie folgt eingeordnet: »Im völkisch-nationalistischen Sinne ist damit ein ›Volk‹ imaginiert, das sich durch eine genealogische Kontinuität und ethnisch-kulturelle Homogenität über Jahrhunderte hinweg abzeichnet. Das ›Volk‹ ist aus dieser Sicht eine Art Kollektiv-Subjekt und bildet als solches die Grundlage der Nation.«<sup>1384</sup>

Mit Lakoff und Johnson werden die Begriffe »Volk« und »Volksgemeinschaft« als strukturelle Metaphern verstanden, die in erster Linie eine soziale Harmonie suggerieren sollen, indem innere Widerstände oder Konflikte unterminiert werden. Doch kann dieses flüchtige Bild verschiedentlich mit Bedeutung gefüllt werden – je nachdem, wie es politisch-weltanschaulich instrumentalisiert wird. Einmal kann das Konzept des Volkes auf den *demos*, das Staatsvolk, rekurrieren oder aber auf den *ethnos*, »in dem imaginierte Abstammungsgemeinschaften, Geschichtsmythen, Phantasmen von gemeinschaftlichem Blut und Boden miteinander verknüpft

---

tion, mit der sie gegen eine wie auch immer geartete »linke Revolution« bzw. gegen die liberale, pluralistische Demokratie aufrufen (vgl. Frei, Maubach, Morina & Tändler, 2019: 73, 75).

- 1382** Mohler, Armin am 6. November 1950; zitiert nach: Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019: 74). Mohler promovierte 1950 mit der später von der Neuen Rechten massenweise rezipierten Arbeit *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*, wodurch er dieser in der BRD zur Bekanntheit verhalf (vgl. ebd.: 72).
- 1383** Anrich. Grundsatzreferat »Mensch – Volk – Staat – Demokratie« auf dem Karlsruher Parteitag von 1966 (zitiert nach: Kühnl, 1967: 241).
- 1384** Kellershohn (2016: 21).

sind«<sup>1385</sup>. Ebenso kann das Konzept der Volksgemeinschaft einen inkludierenden Impetus besitzen, wie ihn die liberalen Parteien der Weimarer Republik zur Unterminierung von Klassengrenzen vertraten. Oder aber es kann Ausdruck von Exklusionsabsichten sein, wie sie die politische Rechte speziell im Dritten Reich hegte. Der Zeithistoriker Michael Wildt merkt dazu an: »Nicht so sehr die Frage, wer zur ›Volksgemeinschaft‹ gehörte, stand obenan als vielmehr, wer nicht zu ihr gehören durfte: eben jene bereits sprachlich ausgegrenzten sogenannten Gemeinschaftsfremden, allen voran die Juden.«<sup>1386</sup> Selbst wenn die Idee der Volksgemeinschaft keine genuin nationalsozialistische ist, muss dennoch mit dem britischen Sozialhistoriker Eric Hobsbawm darauf aufmerksam gemacht werden, dass die ethnische Zugehörigkeit und der Sprachgebrauch ursprüngliche Parameter des Konzeptes waren.<sup>1387</sup> Aus diesem Grunde gelingt es auch heute der AfD nicht ohne gesellschaftlichen Widerstand, den Terminus in den politischen Diskurs zu reintegrieren und positiv zu besetzen.<sup>1388</sup>

Vor diesem Hintergrund ist auch die vielfach gestellte revisionistische Forderung der NPD nach der Wiederherstellung der Grenzen von 1938 als Erneuerung einer vorgeblich ursprünglichen »Zeugungsgemeinschaft« zu verstehen, die vor einer Überfremdung durch sowohl kommunistische als auch westliche Beeinflussung gesichert werden müsse.<sup>1389</sup> Auch die Reaktion der NPD auf den Sexualkunde-Atlas muss in diesem Lichte gelesen werden: nicht allein die rhetorische Positionierung der Partei mit der – den »chaotischen Endzweck: von der Pornographie zur Anarchie«<sup>1390</sup> zu errahnen glaubend – der Atlas abgelehnt wurde. Auch

**1385** Wildt (2014: 2).

**1386** Ebd.

**1387** Vgl. ebd.

**1388** So etwa vom ehemaligen sächsischen AfD-Landesvorsitzenden André Poggenburg, als dieser anlässlich des Jahreswechsels auf Twitter »den Mitbürgern unserer Volksgemeinschaft ein gesundes, friedliches und patriotisches 2019!« wünschte und darauf medienwirksam breiten Protest erntete. Darauf, dass dieser dabei das exkludierende Konzept des Nationalsozialismus bediente, verweisen vorherige Aussagen Poggenburgs, bei denen sich der Politiker ebenso am völkischen Vokabular des Dritten Reiches bediente: etwa als er 2017 im sächsischen Landtag den Linksextremismus als »Wucherung am deutschen Volkskörper« bezeichnete; »Linksextreme Lumpen« müssten von Hochschulen »verbannt« und »lieber einer praktischen Arbeit zugeführt werden« (zitiert nach: Gensing, 2019).

**1389** Vgl. Kunz, Maier & Stammen (1979: 464–472).

**1390** O.A. [Spiegel] (29.09.1969: 107).



die Aktionen in den Landtagen verweisen auf eine restriktive und anti-etatistische sexualpolitische Agenda: Am 15. Juli 1969 stellte die baden-württembergische Landtagsfraktion der NPD einen Antrag, den Sexualkunde-Atlas »nicht zuzulassen«, und begründete dies mit »schweren Persönlichkeitsschäden«<sup>1391</sup>, die die Jugend infolge der Lektüre davontrage. Und am 15. Januar 1970 stellte die bayerische NPD-Landtagsfraktion die schriftliche Anfrage an die Staatsregierung, ob diese das Vorrecht der Eltern auf die Aufklärung ihrer Kinder entgegen einer schulischen Sexualerziehung unterstütze und deshalb bereit sei, für jene Eltern, »die selber nicht genügend Kenntnisse für eine Aufklärung ihrer Kinder besitzen«<sup>1392</sup>, Volkshochschulkurse anzubieten. Zugleich wurde konstatiert, dass Eltern einer sexuellen Bildung ihrer Sprösslinge »durch fremde Personen – z. B. Lehrer und Theologen – ablehnend gegenüber«<sup>1393</sup> ständen. Zwar ist diese Behauptung empirisch nicht evident, führt man sich allein die Initiativen von Elterngruppen vor Augen, die sich für die Erstellung schulischer Sexualkunderichtlinien einsetzen und diese begleiteten (siehe Kapitel 2.1.2); doch ist die ablehnende Position der NPD an den parlamentarischen Sexualkonservatismus der BRD anschlussfähig. Denn nicht nur wurde dem Atlas in Bayern und Baden-Württemberg sowie allen drei weiteren CDU-geführten Ländern die Zulassung als Lernmittel versagt, auch die O-Töne in den Landtagsdebatten und aus den Kultusministerien glichen sich in charakteristischer Weise. Beispielsweise sprach sich der Ministerialdirektor im christdemokratisch geführten baden-württembergischen Kultusministerium gegen die Zulassung des Werkes aus, da dieses »gegen den Geist des Entwurfs der Richtlinienkommission«<sup>1394</sup> verstoße. Auch der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Noller verwies auf die Streitbarkeit des Sexualkunde-Atlas, grenzte sich aber von rechtskonservativen Untergangsvisionen ab, indem er klarstellte, dass »nicht die sittlichen Grundlagen des Abendlandes zerstört und [...] dem deutschen Volk kein Schaden zugefügt«<sup>1395</sup> würden. Indes

**1391** Landtag Baden-Württemberg 5. Wahlperiode (15.07.1969). Die NPD war lediglich im 5. Landtag vertreten. 1969 bis 1972 bekleidete Werner Kuhnt (1911–2000) den Fraktionsvorsitz. Kuhnt hatte sich im Dritten Reich in der NSDAP verdient gemacht.

**1392** Bayerischer Landtag 6. Wahlperiode (15.01.1970).

**1393** Ebd.

**1394** Steinle, Anton am 11.10.1969; zitiert nach: Landesarchiv Baden-Württemberg (11.10.1969).

**1395** Noller, Gerhard am 11.10.1969; zitiert nach: ebd.

warfen liberale und linke Autor:innen der SPD in Bezug auf ihren sexualkonservativen Konformismus jener Jahre vor, um die kirchliche Gunst zu buhlen.<sup>1396</sup>

Zugleich hatten die öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzungen um den Sexualkunde-Atlas einen bildungspolitischen Aktionismus zur Folge. Denn es sei, wie der *Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands* berichtete, beispielsweise eine Kommission des baden-württembergischen Kultusministeriums beauftragt worden »Richtlinien für die Sexualerziehung in den Schulen Baden-Württembergs [zu] erarbeiten und eine Dokumentation über die für die Sexualerziehung geeigneten Lehr- und Lernmittel zusammen[zu]stellen«<sup>1397</sup>.

Konservative Demontierungsversuche der schulischen Sexualerziehung im Allgemeinen und des Sexualkunde-Atlas im Besonderen, wie sie in der Diskursanalyse herausgestellt wurden, zeugen nicht allein von einem dominanten Sexualkonservatismus, vor dem die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung von Sexualität als bedrohlich empfunden werden muss, da bis dahin vorenthaltene Informationen nach christlich-konservativer Denkweise den Weg von Anstand und Sittlichkeit nach Sodom und Gomorrha zu ebnen vermochten. Unterstellten die Verfechter:innen des Sittlichkeitspostulats dem Nationalsozialismus einen sexuell enttabuisierenden und entgrenzenden Charakter, leitete man für die postfaschistische BRD den »sexuellen Anstand als Allheilmittel für die moralische Katastrophe«<sup>1398</sup> ab. Schon 1947 machte die bayerische Politikerin Elisabeth Meyer-Spreckels die Abkehr von der »sexuelle[n] Zügellosigkeit« und der »Unmoral von heute« abhängig »von der Reinheit unserer Ehen und davon, dass wir Eltern unser natürliches Recht und unsere oberste Pflicht in der Erziehung unserer Kinder erfüllen«<sup>1399</sup>. Aufklärungsliteratur und Medien der 1950er enthielten »die nachdrückliche Forderung nach vorehelicher Keuschheit«<sup>1400</sup>. So gewannen die Kirchen unter christdemokratischer Federführung »im Laufe der fünfziger Jahre einen signifikanten Einfluss auf die Innen- und Sozialpolitik der Bundesrepublik, auf das, was in den Medien »sagbar« war, und auf den

1396 Vgl. Herzog (2006: 93).

1397 Union in Deutschland (1969: 6).

1398 Herzog (2006: 87).

1399 Meyer-Spreckels, Elisabeth; zitiert nach: Herzog (2006: 87).

1400 Herzog (2006: 90).

Inhalt des Schulunterrichts«<sup>1401</sup>. Zugleich führte die immunisierende Sexualmoral der Nachkriegszeit zu einer Kontinuität mit dem nationalsozialistischen Sexualitätsdiskurs, der sich etwa in der weiterführenden Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher Handlungen (§ 175 StGB) ausdrückte oder mit dem Inkraftbleiben des *Lex Heinze* in einigen Bundesländern, die Werbung für Kontrazeptiva verbot und deren Erwerb erschwerte.

Desgleichen ist die mantraartig sich wiederholende Forderung nach einer Unterlassung staatlicher Einflussnahme auf die sexuelle Erziehung der Kinder und Jugendlichen als Reflex angesichts der Instrumentalisierungserfahrungen des Nationalsozialismus und dessen aggressive Einmischung in die Privat- und Intimsphäre zu verstehen.

Der Rechristianisierungstrend verlor erst seine Dynamik, als die christlich-konservative Diskursposition hinsichtlich Moral und Sittlichkeit im Zuge der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen (Eichmann-Prozess 1961, Auschwitzprozesse ab 1963) und der Involviertheit der beiden Kirchen zu bröckeln begann.<sup>1402</sup> Kritische Stimmen verstanden es, die Legitimation der geistigen und politischen Eliten in moralischen Fragen angesichts der neusten Erkenntnisse zur Diskussion zu stellen und die zeitgenössische Sexualpolitik als Fortführung der exkludierenden und repressiven Logik des Nationalsozialismus zu stilisieren.<sup>1403</sup> Liberale und linke Kritik erhielt nun im Laufe der 1960er immer mehr Aufmerksamkeit und progressive sexualpolitische Forderungen steigende Sympathie. Dass überhaupt öffentlich über Sexualität gesprochen werden konnte, ist auf die allmähliche Kommerzialisierung von Sexualität gegen Ende der 1950er Jahre zurückzuführen. Es waren nicht erst die »68er«, die die biedere Republik *befreiten*. Vielmehr wurden seit Beginn des Jahrzehnts im Zuge der prosperierenden Wirtschaft und der ökonomischen wie kulturellen Amerikanisierung der Bundesrepublik US-Konsumangebote dankbar angenommen und Sexualität immer öfter in Wort und Bild gesetzt. Die mediale Diskussion der Kinsey-Reporte, die massenhaften Sexualratgeber wie der

1401 Ebd.: 88.

1402 Besonders offensiv und akribisch dokumentierte zunächst das linke Polit-Magazin *konkret* die kirchlichen Verstrickungen in die NS-Verbrechen, 1966 schloss sich der *Spiegel* an (vgl. Herzog, 2006: 95).

1403 Die Frankfurter Studierendenzzeitung *diskus* etwa verstand 1965 die Aktion *Saubere Leinwand* als »ideologische[ ] Säuberungswut«, die »als autoritäres Potential den politischen Säuberungsbestrebungen eng verwandt« sei (Adam, Heribert, in: *diskus* Nr. 4/1965; zitiert nach: Herzog, 2006: 95).

Oswalt Kolles und später auch die populär- und pseudowissenschaftlichen Aufklärungsfilme, die nicht dem Schmutz- und Schundparagrafen zum Opfer gefallen waren, trugen zur Medialisierung und Normalisierung der Sexualität bei. Hier allerdings von einer Überwindung des tradierten Sexualitätsdispositivs zu sprechen, die sowohl von radikalen Befürworter:innen ebenso wie Gegner:innen der Sexualliberalisierung konstatiert wurde, wird der Schwerfälligkeit, mit der sich der sexualitätsbezogene Einstellungs- und Verhaltenswandel vollzog, nicht gerecht. Das Idiom der »sexuellen Revolution«, das verleugnet, dass diese »recht diffus und weniger revolutionär vonstatten«<sup>1404</sup> ging, ist ebenso ein irreführendes, da mystifizierendes Narrativ im Kollektivgedächtnis der BRD wie die medial beinahe omnipräsent heraufbeschworene »Sexwelle« jener Zeit. Bereits im Juli 1969 negierte die linksliberale *Frankfurter Rundschau* ebenjene Erzählung von der »Sexwelle« in einer Reportage über die vorgeblich zunehmende Nacktheit im deutschen Fernsehen und der wachsenden Toleranz der Bundesbürger:innen gegenüber dieser. Zwar hätten sich die Zuschauer:innen »an Sex gewöhnt«, doch werde dieser von den Fernsehmacher:innen eher portionsweise eingesetzt, schließlich »muß darauf Rücksicht genommen werden, daß jede Sendung ungestört in jedes Wohnzimmer flimmern kann, daß Großmutter etwas zu sehen bekommt, was sie nicht sehen will, und der Enkel etwas, was er nicht sehen darf«<sup>1405</sup>. Das Publikum akzeptiere Sexualität im TV demnach nur dann, wenn sie Informationswert hatte oder Gegenstand eines Kunstfilms war, keineswegs aber in Familienformaten. Auf diese Weise wird Sexualität noch immer verpönt und Voyeurismus als Ausdrucksform niederer Triebe abgelehnt. Und: Minderjährigen werden sexualbezügliche Inhalte nach wie vor verwehrt. So erweiterten zwar Aufklärungsformate ab Ende der 1960er den sexualpädagogischen Raum für Kinder und Jugendliche, doch gingen die Fernsehsender in diesen »streng wissenschaftlichen Beiträgen«<sup>1406</sup> weithin zögerlich mit Nacktheit um. Während sich zum Beispiel das ZDF als mutig gerierte, sexuelle Bildung zu vermitteln, versprachen die Verantwortlichen zugleich: »Nackte Busen werden dabei nicht zu sehen sein.«<sup>1407</sup> Auch in den Printmedien blieben die Aufklärungsangebote in Bild und Wort überschaubar – zumal man

---

1404 Eder (2015: 26).

1405 Schickling [FR] (05.07.1969: 2).

1406 Ebd.

1407 Zitiert nach: ebd.

nach wie vor aufpassen musste, nicht in Pornografieverdacht zu geraten.<sup>1408</sup> Von einer flutartigen Überfrachtung mit sexuellen Inhalten, wie das Bild der »Sexwelle« suggeriert, kann also in den Massenmedien kaum die Rede sein, ebenso wenig wie von einer plötzlichen Wandlung der Sexualkultur. Beispielgebend sei hier auf das Romantisierungsbemühen des Gros der Diskursakteur:innen verwiesen, die die geschlechtliche Vereinigung von Mann und Frau mystisch-spirituell überhöhten und dabei fallweise weitere Spielformen der Sexualität, etwa Homo- oder Autosexualität verpönten. Die Mystifizierung von Sexualität stand zugleich im Einklang mit sexualwissenschaftlichen Positionen der 1960er Jahre. Insbesondere innerhalb dieses Spezialdiskurses lässt sich ein »mystisch überhöhtes Konzept vom Sinn der Sexualität«<sup>1409</sup> ausmachen, das Abweichungen vom »heteroromantische[n] Ideal«<sup>1410</sup> als Perversion sanktionierte. Masturbation und Homosexualität verstießen demzufolge ausdrücklich gegen den »Sinn der Geschlechtsliebe«<sup>1411</sup>, sprich »das völlige Einswerden mit dem gegengeschlechtlichen Partner«<sup>1412</sup>, bei der »materialhaft männliche und weibliche

**1408** Mit ebendieser Prüderie spielte explizit das linke Magazin *konkret*. Aufmachung und Inhalt waren ab Mitte der 1960er Jahre »immer stärker von sexuellen Themen unter Verwendung von Akt- und Erotikbildern geprägt, da dies eine hohe Auflage erwarten ließ«. Allerdings »war eine entblößte Brust erst 1969 auf dem Titelbild auszumachen« – im Übrigen zur selben Zeit, als auch größere Zeitschriften wie der *stern* mit freizügigeren Bildern Leser:innenschaft zu gewinnen versuchten. Von Pornografie kann man bei *konkret* allerdings nicht sprechen, auch wenn ab Dezember 1965 »Sexualität zwar deutlich, dennoch grafisch sehr vorsichtig, thematisiert wird« (Hartwig, 2015).

**1409** Herzog (2017: 39).

**1410** Ebd.: 41. Ehe sich die Sexualwissenschaft personell verjüngte (etwa mit dem Arzt Volkmar Sigusch oder dem Psychiater Gunter Schmidt), rekrutierten Bürger-Prinz und Giese in der Nachkriegszeit »neben Expert:innen aus der benachbarten Schweiz auch namhafte Wissenschaftler:innen, die erfolgreich während des Dritten Reiches gewesen waren«. Mit diesen »respektierten Koryphäen ihrer Fachbereiche« wollte man der Sexualwissenschaft Anerkennung verleihen und eine achtbare Stimme im Diskurs geben (ebd.: 39).

**1411** Gebattel, Viktor Emil Freiherr von (1953); zitiert nach: Herzog (2017: 39). Der katholisch-konservative Psychiater Gebattel (1883–1976) gilt als Mitbegründer der anthropologischen Medizin.

**1412** Schultz, Johannes Heinrich (1957); zitiert nach: Herzog (2017: 40). Der Psychiater Schultz (1884–1970), der vor allem für die Entwicklung des Autogenen Trainings bekannt ist, sprach sich während des Nationalsozialismus für die Ermordung Behinderter aus und zwang homosexuelle Männer zum Geschlechtsverkehr mit weiblichen Prostituierten, wenn diese einer KZ-Haft entgehen wollten (vgl. ebd.).

che ›Substanz‹ zu neuer Einheit zusammenfließen«<sup>1413</sup>. Masturbation galt als destruktiv und bedauernswert, da man nicht im »konfliktfreiem gesundem Liebesleben«, sondern »in der wirklichkeitsfremden Phantasiewelt onanistischer Selbsterregung seine eigentliche Erfüllung zu finden«<sup>1414</sup> hoffte. Zudem wurde in Aufklärungsschriften bis in die frühen 1960er Jahre vor der kindlichen Onanie »in nebulösen Worten gewarnt«<sup>1415</sup>. Rahms Ablehnung der abrupten Erwähnung deren Unbedenklichkeit im Sexualkunde-Atlas oder Lieberknechts Auffassung, dass diese keine Selbstverständlichkeit sei, was soziohistorisch durchaus Hand und Fuß hat, sind an den sexualwissenschaftlichen Diskurs anschlussfähig.

Genau hier griffen linke und liberale Bildungsideen und Pädagogikkonzepte an. Die Akteur:innen lehnten das Diktat der Sittlichkeit als faschistisches Überbleibsel ab. Sie stellten die diskriminierenden und sexuell repressiven Elemente des Nationalsozialismus heraus, die in manchen Teilen ebenso eine Verzerrung und Instrumentalisierung der Geschichte darstellten wie die konservativen Interpretationen. Eine Grundlage dafür, nicht nur postfaschistisch, sondern antifaschistisch zu handeln und zu denken, vermutete man in der Unterminierung der stark hierarchisch konzipierten Generationengrenzen zu finden, die sich auch im Sexualdispositiv bemerkbar machten: allen voran im Topos des asexuellen Kindes. Ausschlaggebend war ein infolge der Vergangenheitsbewältigung aufkeimender »Generationenkonflikt in Erziehungsfragen, der insbesondere mit der Kritik an der Autorität der Väter verbunden war, aber auch an den Lebensformen und Erziehungskonzepten der Mütter«<sup>1416</sup>. Populär und eigenwillig wurden psychoanalytische Schriften aus den 1930er Jahren von Freud und Reiche rezipiert, mit denen die (kindliche) Sexualität positiv mystifiziert und folgerichtig zur Befreiung dieser aufgerufen wurde. Dass es dabei zu problematischen Grenzüberschreitungen wie der Befürwortung pädosexueller Kontakte kam, muss unter anderem im Lichte der Diskussionen gesehen werden, in denen die Abschaffung der Prügelstrafe gefordert wurde. Auch nach der Strafrechtsreform 1969 wurde körperliche Gewalt im Elternhaus und in der institutionellen Bildung juristisch legitimiert. Im Zuge der Versozialwissenschaftlichung der Kindheit

**1413** Boss, Medard (1948); zitiert nach: ebd. Boss (1903–1990) war ein Schweizer Psychiater und Daseinsanalytiker.

**1414** Ders; zitiert nach: ebd.

**1415** Sager (2017: 221).

**1416** Baader (2014: 426).

wurde der Blick der kritischen Sozial-, Sexual- und Erziehungswissenschaft auf die Bedürfnisse der Heranwachsenden gelenkt und ein autoritatives, gewaltvolles Erziehungskonzept abgelehnt. Peter Jacobi befand, angesichts des Rechts der Pädagog:innen und Eltern auf körperliche Züchtigung, Pädosexualität als »deutlich unschädlicher«<sup>1417</sup>. Gemeinhin wurde dabei das intergenerationale Machtverhältnis ignoriert und Gewalt lediglich auf ihre physische Dimension reduziert. Im Widerspruch zu dieser »Normalisierung von Missbrauch«<sup>1418</sup> wurde zeitgleich für die sexuelle Selbstbestimmung gestritten, wie etwa durch Forderungen nach der Streichung des Kuppeleiparagrafen (§ 180 StGB) oder nach der Entkriminalisierung männlicher Homosexualität durch Streichung des § 175 StGB. Die Strafrechtsparagrafen wurden landläufig als Maßnahmen gerechtfertigt, die dem Schutz der Jugend vor gefährdenden Einflüssen oder Konflikten dienen sollte. Da jedoch ansonsten im Strafrecht keine Maßnahmen die Gewaltfreiheit in der Erziehung von Kindern garantierte, müssen diese Gesetze vielmehr als Bollwerk eines Sexualkonservatismus und traditioneller Vorstellungen des asexuellen Kindes verstanden werden. Gegen ebendiese Verständnisse wandten sich reformpädagogische und antiautoritäre Erziehungsideen und -konzepte jener Zeit. Diese setzten sich intensiv auch dadurch mit der konservativen Familien- und Geschlechterpolitik in der BRD auseinander, dass sie für die Stärkung der Rechtsposition von Frauen und Kindern sowie die Gleichbehandlung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder eintraten.<sup>1419</sup> Es wurden Alternativen zum traditionellen Alleinernährer-Modell gesucht und gelebt. Aus der Not heraus entstanden so die ersten Kinderläden, denn der Ausbau von Kindergartenplätzen war trotz Babyboom politisch nicht erwünscht, da dieser sonst die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützt hätte.<sup>1420</sup>

1417 Zitiert nach: Baader (2018: 74).

1418 Ebd.: 72.

1419 Trotz des Gleichstellungsartikels 3 im Grundgesetz – das Verdienst einer der vier Frauen im Parlamentarischen Rat, der SPD-Politikerin Elisabeth Selbert – bestand in der Nachkriegszeit de jure eine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern, etwa durch das Letztentscheidungsrecht der Männer, das bis 1957 verhindern konnte, dass Frauen arbeiten gehen oder ein eigenes Konto eröffnen. Der Diskurs um die rechtliche Gleichstellung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder wurde mit dem Sittlichkeitsdiskurs verschränkt, »sodass der Umstand, uneheliches Kind zu sein, durchaus ein ausreichender Grund war, Kinder, insbesondere Mädchen, in ein Heim einzuweisen« (Baader, 2014: 424).

1420 Vgl. Baader (2014: 426).

### 5.1.3 Der *Sexualkunde-Atlas* als bevölkerungspolitisches Projekt

Zur Unterminierung der Generationengrenzen trug der *Sexualkunde-Atlas* beileibe nicht bei: Die Jugendlichen wurden nicht als sexuelle Wesen angesprochen, sondern als passive Beobachter:innen begriffen, die wissenschaftlich nüchtern mit sexuellen Inhalten gefüttert wurden, die weder lustbetont noch ansprechend waren. Damit sollte in erster Linie einer *sexually under-scripted generation* Informationen zur Verfügung gestellt werden, die ihnen im bisherigen Kanon schulischer Bildung vorenthalten wurden, weshalb man befürchtete, die Klientel an öffentliche Aufklärungsmedien á la *Bravo* und *Co.* zu verlieren. Zur Nachahmung luden die Ausführungen keineswegs ein, wenngleich dies der prominente Vorwurf konservativer Kritiker:innen war.

Vielmehr war der *Sexualkunde-Atlas* das pragmatische Produkt einer konservativen Bevölkerungspolitik, die auf ein sich veränderndes Sexualitätsdispositiv reagierte – auf sexuelle Liberalisierungstendenzen, die auch unerwünschte Nebeneffekte hervorriefen. Spätestens die Antibabypille entkoppelte die Sexualität vom Aspekt der Fortpflanzung und ließ die Schere zwischen konservativem Ideal und der Wirklichkeit weiter öffnen. Schätzungsweise praktizierten 80 Prozent der Bundesbürger:innen vorhelichen Geschlechtsverkehr.<sup>1421</sup> 1966 meldeten die Medien eine insbesondere unter Jugendlichen grassierende Rückkehr der »Lustseuche«<sup>1422</sup> Syphilis. Die Antibabypille ließ dagegen die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche abebben, von denen Expert:innen in den 1950er und -60er Jahren eine Höchstzahl von jährlich einer Million annahmen.<sup>1423</sup>

Während Zeitzeug:innen für die Ära Adenauer (1949–1963) rekapitulieren, dass Sexualität in ihrer Schulzeit im Großen und Ganzen keinen Platz eingenommen hatte<sup>1424</sup>, trug das Bundesgesundheitsministerium unter Strobel 1969 mit der Publikation des *Sexualkunde-Atlas* zu einer Enttabuisierung von Sexualität in der institutionellen Bildung bei – und zugleich zu einer Sexualliberalisierung, indem eine unverschleierte Besprechung des Sexualaktes, der Autosexualität und der Möglichkeiten der Empfängnisverhütung

1421 Vgl. Herzog (2006: 89).

1422 Regau [Zeit] (04.02.1966). Die *Zeit* verwies darauf, dass die Zunahme an sexuell übertragbaren Infektionen besonders unter Minderjährigen zugenommen hätte – also in jener Personengruppe, der der Weg zur Kontrazeption zunächst besonders erschwert wurde.

1423 Vgl. Hentschel & Müller [Spiegel] (26.02.1964: 87).

1424 So etwa Friedrich Koch (geb. 1936) in: Henningsen, Schmidt & Sielert (2017: 43).



vorgenommen wurde – Letzteres zwar im Anschluss an die Gefahren eines Schwangerschaftsabbruchs, doch ohne Betonung des Ehediktats. Damit hebt sich der Atlas vom bisherigen öffentlichen Aufklärungsdiskurs ab.

Wenngleich der Sexualekunde-Atlas Gegenstand öffentlicher Moralpaniken war, wurde er dennoch flächendeckend in der schulischen Aufklärung genutzt. Zwar liegen keine Zahlen darüber vor, wie oft, von wem und ab wann der Atlas letztlich in den unterschiedlichen Bundesländern zum Einsatz kam, doch im kollektiven Gedächtnis war er ein häufiger Wegbegleiter auf dem Weg zum Erwachsenwerden. Als 1974 die zweite Auflage auf den Markt kam, blieb ein erneuter Ansturm aus.<sup>1425</sup>

Eine Auswahl von Problematisierungen späterer Aufklärungsmaterialien wird im Folgenden in Gestalt von Überblicksanalysen besprochen. Diese stellen fragmentarische Sichtungen ausgewählter Diskursfragmente dar, die lediglich augenfällige narrative und argumentative Strukturen aufzeigen. Der blitzlichtartige Längsschnitt ermöglicht einen erweiterten Blick auf das Diskursfeld, das einen Teil des diskursiven Kontextes bildet, innerhalb dessen die Problematisierung schulischer Aufklärung stattfindet. Zuletzt soll in Form eines Ausblicks eine diachrone Übersichtsanalyse versucht werden, die noch offene Fragen an den Diskurs stellt. Dass die sexuelle Bildung ein immerfort politisch und ideologisch umkämpftes Terrain darstellt, gerade wenn sie im Kontext institutioneller Bildung besprochen wird, soll hierdurch weiterführend illustriert werden.

## 5.2 Weitblick: Nachfolgende Auseinandersetzungen um Aufklärungsmaterialien

Um einen Einblick in spätere mediale Auseinandersetzungen zu geben, sollen im Folgenden ausgewählte diskursive Ereignisse skizziert werden, die im Zuge der Archivarbeit zur Sichtung des Diskursfeldes für die vorliegende Diskursanalyse recherchiert wurden. Es handelt sich dabei um die öffentlichkeitswirksamen Problematisierungen folgender Aufklärungsmaterialien, die sich wie der Sexualekunde-Atlas an Jugendliche der Sekundarstufe 1 wandten. Die in Klammern gesetzten Jahreszahlen markieren nicht das Erscheinungsjahr der jeweiligen Materialien, sondern den Kumulationspunkt ihrer medialen Diskursivierung: *Muß-Ehen muß es nicht geben* (1979), *betrifft: sexualität*

1425 Vgl. WDR (2014).

(1983) und *Let's talk about Sex* (1993). In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels wird aufgezeigt werden, wie spätere Problematisierungen sexualpädagogischer Materialien in die diskursive Gemengelage eingeordnet werden können und inwiefern die narrativen und argumentativen Strategien der Akteur:innen dem zurückliegenden Diskurs folgen bzw. wie sie sich verschieben.

Alsdann wird in Kapitel 5.3 in Form eines Ausblicks eine Charakterisierung des gegenwärtigen diskursiven »Gewimmels« um die Sexualpädagogik einzuordnen versucht, wobei Kontinuitäten und Verschiebungen der narrativen und argumentativen Muster vorheriger Diskurse aufgezeigt werden. Eine Scharnierfunktion bilden dabei zwei jüngere Diskursivierungen sexualpädagogischer Materialien, die allerdings keine schulischen Aufklärungsmaterialien darstellen und deshalb nicht Sample dieses Kapitels erscheinen: *Körper, Liebe, Doktorspiele* (2007) und *Sexualpädagogik der Vielfalt* (2014). Hinter ersterem Titel verbergen sich zwei Broschüren, die Erziehende und Eltern über die kindliche Sexualität informieren. Letztere Publikation stellt pädagogischen Fachkräften Praxismethoden für die sexuelle Bildung in Schule und Sozialarbeit bereit. Anhand der medialen Skandalisierung dieser Materialien soll musterhaft die Performativität des gegenwärtigen öffentlichen Streitens innerhalb des sexualpädagogischen Diskursfeldes veranschaulicht werden.

Im Zuge der historischen Kontextualisierung fiel auf, dass die recherchierten diskursiven Ereignisse nicht zwangsläufig die Veröffentlichung der Aufklärungswerke bilden. Im Falle der Methodenmappe *betrifft: sexualität* etwa kam es erst zu einem intensiven Diskurs, als diese zurückgezogen werden sollte, ohne dass es zuvor breite öffentliche Aushandlungen über deren Qualität gegeben hätte. Ebenso erfolgten die öffentliche Erregung und teils rhetorische Eskalationen zuvorderst in den sozialen Medien um das Methodenbuch *Sexualpädagogik der Vielfalt* im Rahmen rechtskonservativer Agitationen gegen Gleichstellungspolitik, die im Zuge der Widerstände gegen die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den baden-württembergischen Bildungsplan Fahrt aufnahmen. Nicht zuletzt muss angenommen werden, dass die strategische Platzierung der öffentlichkeitswirksamen Diskursivierungen von *Let's talk about Sex* und *Körper, Liebe, Doktorspiele* in einem Wahljahr bzw. einem Sommerloch zum Agitationserfolg beitrugen. Mit Blick auf die Akteursebene muss ebenso berücksichtigt werden, dass die Problematisierung der Materialien zwar »oft durch Volksbewegungen von unten getragen«<sup>1426</sup> wurde – die

1426 Herzog (2013: 40).

Rücknahme der Broschüre *Körper, Liebe, Doktorspiele* 2007 infolge der diffamierenden Berichterstattung in der *Jungen Freiheit* ist dafür ein Beispiel –, doch wurden ebenso die »wiederholten Rückschläge gegen die Liberalisierung [...] manchmal auf der staatlichen Ebene koordiniert«<sup>1427</sup>. Mustergültig kann hier der Rückzug des Sexualmaterials *betrifft: sexualität* im Jahr 1979 herangeführt werden, das im Rahmen des bevölkerungspolitischen Programms des CDU-geführten Gesundheitsministeriums geschah. Nicht zuletzt erfordert es einen wachen Blick auf die Verschränkungen der öffentlichen Problematisierungen mit anderen Diskurssträngen. So muss die Empörung um die Broschüre *Let's talk about Sex* vor dem Hintergrund der Aids-Krise betrachtet werden, wodurch manche Diskursakteur:innen in der jugendlich-ansprechenden Aufmachung des Heftes eine Ermutigung zu sexueller Betätigung vermuteten und dieses deshalb ablehnten. Eine tiefer gehende diskursanalytische Untersuchung öffentlicher Auseinandersetzungen im Nachgang an den Sexualkunde-Atlas kann sich als ertragreich erweisen, da eine diachrone Analyse Kontinuitäten und Diskursverschiebungen sowie die Verwendung und Verschränkung narrativer und argumentativer Muster herausstellt, die eine historisch informierte Begutachtung gegenwärtiger Problematisierungen der schulischen Aufklärungsmaterialien ermöglicht. Zugleich vermag die Einordnung zeitgenössischer Diskurse sowie die Herausstellung einer Wesensverwandtschaft mit zeithistorischen Topoi, Narrativen und Diskursen helfen, in der sexualpolitischen und sexualpädagogischen Praxis gewappnet zu sein. Eine vertiefende Strukturanalyse der diskursiven Ereignisse, die eine diachrone Untersuchung des Diskursfeldes gestattet, steht noch aus. Diesbezüglich versteht sich die vorliegende Untersuchung als Pilotprojekt einer Diskursanalyse der öffentlichen Auseinandersetzungen um Inhalte, Methoden und Konzepte sexualpädagogischen Arbeitens in der institutionellen Bildung.

### 5.2.1 Zwischen Liberalisierung und sexueller Panik – der Diskurs um *Muß-Ehen muß es nicht geben*

Die Präventionsbroschüre *Muß-Ehen muß es nicht geben*, die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung herausgegeben wurde, richtete sich an Mädchen und Jungen ab 15 Jahren, »die sich zu jung für ein Baby

---

1427 Ebd.

fühlen«<sup>1428</sup>. Die erste Auflage des Heftes, die vornehmlich Schulen und Jugendeinrichtungen adressierte, wurde erstmals 1976 mit dem Untertitel »Information über Empfängnisregelung für junge Paare in Bildern« herausgegeben und war 15 Seiten dünn. Die zweite Auflage vom Dezember 1979 trug den Untertitel nicht mehr und war mit 66 Seiten mehr als viermal so stark wie ihre Vorgängerin. Der biopolitische Anlass der Herausgabe des Empfängnisverhütungsratgebers wird bereits im Vorwort deutlich gemacht:

»Enge partnerschaftliche Beziehungen ergeben sich heute in einem sehr viel jüngeren Alter als früher. Und die überwiegende Mehrheit aller Jugendlichen macht bis zum Alter von 18 Jahren ihre ersten sexuellen Erfahrungen. Viele dieser Jungen und Mädchen schlafen miteinander, ohne an die möglichen Folgen zu denken. Das heißt, ohne über ihren Körper und Verhütungsmethoden Bescheid zu wissen. Allein 1977 gab es 10 Schwangerschaften bei Mädchen unter 13 Jahren, 62 mit 14 Jahren, 375 mit 15 Jahren und rund 2000 mit 16 Jahren.«<sup>1429</sup>

Den hier beschriebenen Trend konstatierten auch Schmidt und Sigusch in ihrer Studie zur Jugendsexualität von 1973. Demzufolge verhielten sich die »16- bis 17-Jährigen [...] sexuell so [...] wie die 19- bis 20-Jährigen 10 Jahre zuvor«<sup>1430</sup>. Der Ratgeber sollte angesichts der steigenden Zahl schwangerer Minderjähriger und des immer häufiger und früher stattfindenden vorehelichen Geschlechtsverkehrs brauchbare Informationen für ein verantwortungsbewusstes Geschlechtsleben geben. Damit wurde versucht, an der Lebensrealität der Jugendlichen anzudocken und ausdrücklich nicht zu belehren, denn angesichts sogenannter junger *Muss-Eben* heißt es: »[...] Zahlen zeigen, daß hier kein Moralisieren hilft und von Familienplanung nicht die Rede sein kann.«<sup>1431</sup> Doch der unaufgeregte Ton der Broschüre wurde nicht immer als dienlich oder angebracht befunden. Die Münchner FDP-Stadtverordnete Cornelia Schmalz-Jacobsen schrieb

1428 Gemäß der Angabe auf dem Cover der zweiten Auflage: *Was Mädchen und Jungen wissen möchten, die sich zu jung für ein Baby fühlen* (vgl. BzGA, 1979).

1429 BzGA (1979: 4).

1430 Schmidt, Gunter; Sigusch, Volkmar (1973); zitiert nach: Henningsen, Schmidt & Sielert (2017: 154).

1431 Ebd.

dazu in der *Zeit* vom 2. Mai 1980: »Das Heft ist klar und deutlich in Bild und Schrift; [...] ohne moralischen Zeigefinger und fern von Voyeurismus. Gerade die nüchterne Klarheit ist es aber, die die Gegner auf den Plan ruft. Klarheit kann Ängste wecken.«<sup>1432</sup>

Vor allem in christlich-konservativen und traditionalistischen Kreisen erregten beide Auflagen der Broschüre Aufregung. Im Bundestag und in einigen Ländern wurde ihre Qualität ebenso intensiv diskutiert wie in der Presse. Dabei appelliert die Publikation stets zur Verantwortung gegenüber einander in der sexuellen Kommunikation, »ganz gleich, ob ihr fest miteinander befreundet seid oder ob es sich ganz ungeplant ergibt«<sup>1433</sup>. Außerdem wird an der Konvention der Ehe festgehalten: Schwangerschaft ist hier – im Unterschied zum Sexualkunde-Atlas – immer mit dieser Institution verbunden. Da aber »junge Muß-Ehen [...] selten von Bestand«<sup>1434</sup> seien, müsse beim vorehelichen Geschlechtsverkehr die Schwangerschaft verhütet werden. Erst wenn in einer stabilen Ehe der Fortpflanzungswunsch bestehe, hätten Kinder »in der Regel bessere Chancen für eine gesunde seelische Entwicklung«<sup>1435</sup>. Neben dieser konservativen bevölkerungspolitischen Normierung wies das Heft noch immer einen eindimensionalen und androzentristischen Sexualitätsbegriff auf. So heißt es zu der Frage »Wie kommt es zu einer Schwangerschaft?« auf Seite 9: »Wenn ein Junge und ein Mädchen miteinander schlafen, spritzt der Junge bei seinem Höhepunkt viele Samenzellen in die Scheide des Mädchens. Samen kann allerdings auch schon vorher aus dem Glied austreten. Deshalb nicht einfach ›ein bißchen reinstecken‹.«<sup>1436</sup>

Der Blick auf den Geschlechtsverkehr sowie die physiologischen Erscheinungen der sexuellen Erregung fokussieren die männliche Sicht. Nichtsdestotrotz kann – im Gegensatz zum nüchtern-sterilen Tenor des Sexualkunde-Atlas – bei dieser Broschüre von einer sexualfreundlichen und zielgruppenorientierten Begleitung gesprochen werden, die sich realpolitischen Erscheinungen anpasst. Im Vorwort wird sachlich bemerkt, dass man »die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen«<sup>1437</sup> könne,

1432 Schmalz-Jacobsen [Zeit] (02.05.1980: 61).

1433 BzGA (1979: 5).

1434 Ebd.: 4.

1435 Ebd.

1436 Ebd.: 9.

1437 Ebd.: 4.

dass sich Jugendliche immer früher sexuell betätigen. Die Broschüre distanziert sich damit von der Haltung, »Kinder würden >verdorben<, wenn sie früh über Sexualität und Verhütungsmethoden aufgeklärt werden«, und, »daß Informationen [...] und eine offene Sprache ihre Kinder regelrecht dazu verführen könnten, das zu tun, worüber die [Eltern] selbst nur schamhaft oder überhaupt nicht reden«<sup>1438</sup>.

Fotografien von Genitalien sind beinahe selbstverständlich abgedruckt, sofern es sich nicht um ein steifes Glied, eine erigierte Klitoris oder eine geöffnete Scheide handelt – in dem Falle kommen Zeichnungen zum Einsatz.<sup>1439</sup> Frauen und Männer werden zudem nicht nur separat abgelichtet (etwa zur Erklärung der Funktionen der Geschlechtsteile auf Seite 6 und 7), sondern auch als gemischtgeschlechtliche Paare.<sup>1440</sup>

Die erste Auflage der Broschüre wurde ein Bestseller. Sie wurde vor allem in Schulen ausgelegt und zusätzlich in Kooperation mit der *Bravo* vertrieben, um »diejenige Zielgruppe Jugendlicher zu erreichen, für die eine solche Aufklärung besonders dringlich ist«<sup>1441</sup>, so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit Fred Zander (SPD) 1978 während einer Debatte um die Broschüre im Plenum des Deutschen Bundestages. Das Vorgehen stieß auf Widerstand. Bundestagsabgeordneter Werner Broll<sup>1442</sup> (CDU/CSU) kritisierte die Zusammenarbeit als »Werbeeffect« für eine »sehr gefährliche Jugendzeitung«, schließlich sei »eine Ausgabe der Zeitschrift >Bravo< von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften am 12. Januar 1978 für jugendgefährdend erklärt worden«<sup>1443</sup>. Zander stellte

1438 Ebd.

1439 Wie der Mann ein Kondom überzieht, wird auf Seite 37 nur mit Zeichnungen illustriert. Auf Seite 58 wird mit Fotografien bebildert, wie die Frau chemische Verhütungsmittel einführt. Nur das letzte Bild, das zeigt, wie ein Verhütungszäpfchen vor den Muttermund geschoben wird, ist eine Zeichnung. Seite 43 zeigt ausschließlich Zeichnungen zur Erklärung der Einführung eines Pessars.

1440 Neben einer Reihe von Fotografien gekleideter Paare werden auch nackte Menschen gezeigt, die zu zweit miteinander interagieren: Die Doppelseite 34 und 35 zeigt ein nacktes Paar küssend (die Genitalien sind verdeckt), Seite 58 zeigt die Köpfe eines liegenden, sich küssenden Paares. Seite 60 und 61 zeigen schließlich Köpfe und nackte Schultern eines Paares, das sich berührt.

1441 Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode: Drucksache 8-107 (28.09.1978: 8446).

1442 Broll arbeitete als Gymnasiallehrer im Schuldienst, zuletzt als Oberstudienrat, bevor 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages wurde.

1443 Ebd.



Abb. 7: Doppelseite 34 und 35 der Broschüre »Muß-Ehen muss es nicht geben«. Text in der Blase: »Klaus ist ganz verliebt in Sabine, seine Schulfreundin. Die beiden gehen schon lange zusammen. Er würde gerne mit ihr schlafen. Bei Gelegenheit spricht er mit seinem Freund Peter darüber. Der sagt: ›Du, steck Dir auf alle Fälle ein Kondom ein. Dann kann wenigstens nichts schief gehen, wenn sie die Pille nicht nimmt und so.«

klar, dass die Kooperation gewählt worden sei, »um eine besondere Gruppe von Jugendlichen zu erreichen, an die wir sonst nicht herangekommen wären«<sup>1444</sup>. Eine »Qualifizierung der sonstigen Inhalte dieser Zeitschrift«<sup>1445</sup> umfasse die Kooperation nicht. Beschwichtigend fügte Zander jedoch hinzu, dass eine Überarbeitung der Broschüre anstehe und in diesem Zuge auch überlegt werde, ob die Zusammenarbeit mit *Bravo* fortgesetzt werde.<sup>1446</sup>

Broll, der zudem kritisierte, dass die Broschüre »in der Mittelstufe von Schulen verteilt«<sup>1447</sup> worden war, befand für diskussionswürdig, ob die Broschüre »im Sinne einer rein technischen Aufklärung der richtige Weg ist, um Jugendliche mit Verantwortung im sexuellen Bereich zusammenzubringen«<sup>1448</sup>. Das zuständige Ministerium verwies darauf, dass die Schulen »in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden«<sup>1449</sup> selbst bestimmen, welche Materialien sie nutzten. Nichtsdestotrotz begrüße es die Bundesregierung »wenn die Informationsmaterialien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Thema Familienplanung im Rahmen des Unterrichts an Schulen verwandt werden«, denn die »vermittelten Kenntnisse über Methoden der Empfängnisregelung sind geeignet, der ständigen Zunahme ungewollter Schwangerschaften bei Jugendlichen entgegenzuwirken«<sup>1450</sup>.

1444 Ebd.

1445 Ebd.

1446 Vgl. ebd.: 8447.

1447 Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode: Drucksache 8-2117 (22.09.1978: 9).

1448 Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode: Drucksache 8-107 (28.09.1978: 8447).

1449 Ebd.

1450 Ebd.

Wenngleich im Rahmen der parlamentarischen Debatte bereits Kritik an der Art und Weise der Besprechung von Sexualität mit dem Vorwurf des Technizismus angebracht wurde, zeichnete sich 1976 noch keine rege Mediendebatte über die Broschüre ab. Allerdings wurde ausführlich darüber berichtet, dass es weiterhin ein Aufbegehren gegen den schulischen Sexualkundeunterricht generell gab. Öffentlichkeitswirksam demonstrierten 1976 vor dem bayerischen Kultusministerium 200 Katholik\*innen vom *Freundeskreis Maria Goretti*<sup>1451</sup> gegen die schulische Sexualerziehung in Form eines Gebetsmarathons – »die komplette Litanei eines altbayerischen Rosenkranzes: 50 Vaterunser, 50 Ave Marie und 50 Ehre sei dem Vater«<sup>1452</sup>. Die Protestaktion sollte darauf aufmerksam machen, »welche Schädigung und Gefährdung für die Kinder von der Sexualerziehung in der Schule ausgeht«<sup>1453</sup>. Man wolle, dass »alles wieder echter und sauberer wird« und die Kinder aus dem »Teufelskreis der Onanie« wieder zu »Zucht und Ordnung zurückfinden«<sup>1454</sup> – »bevor Syphilis den Gaumen wegfrisst und Kinder durch das Gift der Gonorrhöe blind zur Welt kommen, unheilbar«<sup>1455</sup>. Das verpflichtende Moment der »neuheidnisch-sozialistischen Schulsexualerziehung«<sup>1456</sup> lehnte Rita Stumpf, Wortführerin des 14-täglichen Gebetsprotestes, ebenso ab wie die Themen um »hundertprozentige Details über die Ovulationshemmung« oder »sämtliche Verhütungsmittel«, denn »die Kinder probieren das doch alles aus«<sup>1457</sup>. Auch gingen im Laufe des Jahres 1976 hauptsächlich gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel und den Kultusminister Hans Maier Strafanzeigen zu, »in denen wegen der Einführung der >Zwangssexualerziehung in der Schule< der Vorwurf >schwerer Jugendgefährdung< sowie der >Beihilfe zur Verführung von Kindern und Jugendlichen zur Unzucht< erhoben wurde«<sup>1458</sup>. Dem

1451 Der Freundeskreis ist noch immer aktiv; siehe <http://www.freundeskreis-maria-goretti.de>.

1452 O. A. [Spiegel] (19.04.1976: 97). Am Ende der Protestaktion wurde das Kirchenlied *Großer Gott, wir loben dich* angestimmt (vgl. ebd.).

1453 Ebd.

1454 Ebd.: 98.

1455 O. A. [Spiegel] (27.02.1978: 68).

1456 Ebd.

1457 O. A. [Spiegel] (19.04.1976: 97).

1458 Maier, Hans. In: Bayerischer Landtag 8. Wahlperiode: Drucksache 8-7409 (02.02.1978: 1).



Wortlaut dieser »unsinnigen Vorwürfe«<sup>1459</sup> (Hans Maier) zufolge ist davon auszugehen, dass die Aktion aus christlich-konservativen Kreisen um den *Freundeskreis Maria Goretti* stammt. Überraschend erscheint die Tatsache, dass diese Protestaktionen gerade in Bayern stattfanden, in jenem Bundesland, das seine Sexualkunde-Richtlinien gegenüber den KMK-Bestimmungen gelockert hatte und gemäß Ministerialrat Himmelstoß einen Mittelweg zwischen »völliger Tabuisierung« und »Hyperprogressivität«<sup>1460</sup> anstrebte. Die späteren Diskursivierungen der Verhütungsbroschüre müssen daher vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass Ende der 1970er Jahre nicht nur prominent debattiert wurde, wie Sexualerziehung in Schulen zu erfolgen habe, sondern ob überhaupt. Diese Frage wurde auch juristisch relevant, als mehrere Klagen 1977 vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt und mit einem, wie der *Spiegel* formulierte, »Zwar-aber-Urteil«<sup>1461</sup> beschieden wurden. Gemäß dem Ersten Senat sprächen »in der Tat gewichtige Gründe dafür, daß die individuelle Sexualerziehung vorwiegend dem elterlichen häuslichen Bereich und dem natürlichen Erziehungsrecht der Eltern«<sup>1462</sup> zuzuweisen sei. Schließlich könne »die Unterweisung in sexuellen Fragen [...] am natürlichsten in der geschützten und geborgenen Atmosphäre der Familie erfolgen«<sup>1463</sup>. Weiter heißt es: »Es wird auch die Ansicht vertreten, die Grundeinstellung zur Sexualerziehung könnten nur die Eltern mitgeben, weil sie allein für das körperliche Wohl des Kindes, für seine geistige und charakterliche Erziehung verantwortlich seien«<sup>1464</sup>.

Zugleich habe der Staat den Auftrag, »das einzelne Kind zu einem selbstverantwortlichen Mitglied der Gesellschaft heranzubilden«<sup>1465</sup>, weshalb der Schule erzieherische Aufgaben zukommen. Diese umfassen auch die Sexualerziehung, da »die Sexualität vielfache gesellschaftliche Bezüge« besitze und Sexualverhalten »Teil des Allgemeinverhaltens«<sup>1466</sup> sei. Sexualerziehung beinhalte ebenso »Kinder vor sexuellen

---

1459 Ebd.

1460 Ebd.

1461 O.A. [*Spiegel*] (27.02.1978: 63).

1462 BverfG (1977).

1463 Ebd.

1464 Ebd.

1465 Ebd.

1466 Ebd.

Gefahren zu warnen und zu bewahren«<sup>1467</sup>. Deshalb könne dem Staat nicht untersagt werden, »Sexualerziehung als wichtigen Bestandteil der Gesamterziehung des jungen Menschen zu betrachten«<sup>1468</sup>. Diese habe sich aber dadurch auszuzeichnen, dass sie »Zurückhaltung und Toleranz« gebiete, offen gegenüber »vielfachen im sexuellen Bereich möglichen Wertungen«<sup>1469</sup> sei, nicht indoktriniere und darüber hinaus die Eltern informiere. Grundsätzlich urteilte das Bundesverfassungsgericht:

»Der Staat kann daher in der Schule grundsätzlich unabhängig von den Eltern eigene Erziehungsziele verfolgen. Der allgemeine Auftrag der Schule zur Bildung und Erziehung der Kinder ist dem Elternrecht nicht nach, sondern gleichgeordnet. Weder dem Elternrecht noch dem Erziehungsauftrag des Staates kommt ein absoluter Vorrang zu.«<sup>1470</sup>

Hielten die Sexualekunde-Richtlinien der einzelnen Bundesländer auf Grundlage der KMK-Empfehlungen, die Lehrkräfte zur Sexualerziehung an, was angesichts der unzureichenden Ausbildung bereits häufig als »Donnerschlag von Kultusministerbeschlüssen«<sup>1471</sup> wahrgenommen wurde, so ließ das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nunmehr Verunsicherung zurück, was in der Schule gelehrt werden dürfe, ohne Widerstand zu provozieren oder das elterliche Weltbild zu verletzen. Wo hörte die eigentliche Wissensvermittlung auf und wo fing die Erziehung an? Wann handelte es sich noch um erwünschte sozialetische Unterweisungen und wann schon um Indoktrinierung? Der *Spiegel* titelte daher passend auf dem Cover der Ausgabe vom 27. Februar 1978: »Sexualekunde aber wie?«<sup>1472</sup>

Die verbreitete Ratlosigkeit spiegelt sich auch in den Debatten um die Aufklärungsmaterialien wider. Neben *Muß-Ehen muß es nicht geben* standen noch weitere Publikationen in der Kritik: Die vom dänischen Arzt Bent H. Claësson verfassten und im Frankfurter Verlag Neue Kritik erschienen Schriften *Vom lieben und kinderkrigen* für Grundschulen und *sexualinformation für jugendliche* ab zwölf Jahren sowie *Zeig mal! Ein*

1467 Ebd.

1468 Ebd.

1469 Ebd.

1470 Ebd.

1471 Eppelsheim [FAZ] (17.06.2009).

1472 O.A. [Spiegel] (27.02.1978).

*Bilderbuch für Kinder und Eltern* von Will McBride<sup>1473</sup> aus dem evangelischen Peter Hammer Verlag Wuppertal. Umstritten waren diese aufgrund ihrer unverhohlenen Details in Wort und Bild: »Photos vom Vorspiel, vom Beischlaf, von der Empfängnisverhütung – alles im Detail: Kondome zusammengerollt, ausgerollt, aufgeblasen, über einen erigierten Penis gestreift und, mit Samen gefüllt, vom Penis abgestreift«<sup>1474</sup>. Im November 1974 beantragte der saarländische Kultusminister Werner Scherer (CDU) die Indizierung des Bilderbuches *Zeig mal!* mit der Begründung: »Ein drei Jahre altes Mädchen, das angeleitet wird, einen 24jährigen Mann intim zu berühren, ist eindeutig ein Fall für den Staatsanwalt.«<sup>1475</sup> Inter-generationelle Intimkontakte wurden demzufolge sexuell konnotiert und problematisiert. Zudem widersprachen geschlechtsbetonte Posen und die Nacktheit Minderjähriger dem gängigen Narrativ des asexuellen Kindes.<sup>1476</sup>

Gleichfalls öffentliches Interesse entfachte die Entlassung des Lehrers Hans-Jürgen Brennecke aus Uelzen vom Schuldienst, weil er ein Arbeitsblatt ausgab, das seine sexuellen Erlebnisse mit einer Freundin schilderte. Wenngleich damals anerkannte Sexualwissenschaftler wie Helmut Kentler, Gunter Schmidt oder der Psychologe Gerhard Pause dem 27-jährigen Pädagogen »Einklang mit den Erkenntnissen der modernen Sexualpädagogik«<sup>1477</sup> bescheinigten, entließ die zuständige Schulbehörde Brennecke auf Drängen von Eltern.

Obwohl die nicht enden wollenden Schlagzeilen rund um das sexualpädagogische Handlungsfeld ein gewisses Maß an Sensibilität für die Thematik einforderten, gab es ebenso progressive Bestrebungen sonst konservativer Lager. So wurde im Bayerischen Schulbuch-Verlag ein Aufklärungsbuch herausgegeben, in dem die katholische Religionspädagogin Marielene Leist über Petting informierte und dieses »als rechtmäßige Form der Liebe«<sup>1478</sup>

1473 McBride und *Zeig mal!* geraten ab Mitte der 1990er Jahre wieder in die Kritik, da die Bildbände mit Fotografien von Kindern und Jugendlichen arbeiten, deren Genitalbereich großformatig abgebildet wird. Immer wieder gerät das Werk in (Kinder-) Pornografieverdacht, der bis heute aber nicht juristisch bestätigt wurde (vgl. Mayer [Zeit], 11.10.1996; Sager, 2015b: 73).

1474 O. A. [Spiegel] (27.02.1978: 67).

1475 O. A. [Spiegel] (25.11.1974: 186).

1476 Vgl. Sager (2015b: 73).

1477 O. A. [Spiegel] (27.02.1978: 68).

1478 Ebd.

bezeichnete. Sogar der katholische Benziger Verlag druckte in der *Zeitschrift für Religionspädagogik* den Traum eines 14-Jährigen vom Beischlaf mit einer zehn Jahre älteren Frau.<sup>1479</sup>

In die diskrepante Stimmungslage zwischen Katastrophismus und Progressismus reiht sich auch die zweite Auflage von *Muß-Eben muß es nicht geben* ein. Während die einen die Klarheit und Offenheit der Broschüre lobten, wollten andere die Verbreitung unterbinden. Der Moralthologe und Leiter des Essener Instituts für Lehrerfortbildung Johannes Bökmann hielt die Broschüre für eine massive Indoktrinierung. Besonders stieß sich der Redakteur und Herausgeber der christlichen Zeitschrift *Theologisches* daran, dass »Empfängnisverhütung und Frühabtreibung (Minipille, Intra-Uterin-Pessar) [...] in gleicher Weise als »Verhütungsmittel« genannt«<sup>1480</sup> würden. Bei den benannten Empfängnisverhütungsmitteln werden bereits befruchtete Eizellen an der Einnistung in der Gebärmutter schleimhaut gehindert (Nidationshemmung). Der Wirkmechanismus, den Bökmann als »Frühabtreibung« bezeichnet, werde in der Broschüre »verschwiegen«<sup>1481</sup>. Bökmann weiter: »Die Bebilderung, eine Mischung von naiv-sentimentaler und ans Pornographische grenzender – unter der scheinseriösen Marke »die sachliche Seite« alles (z. B. Selbsteinführung von Pessar und chemischer Verhütung) zeigender – Verführung.«<sup>1482</sup>

Bökmann, der einen Zusammenhang »zwischen verfrühten Sexualbeziehungen, neurotischen Störungen und jugendlicher Impotenz« sah, hielt *Muß-Eben muß es nicht geben* für das Werk einer »kulturrevolutionäre[n] Bewegung«, die »Lustgewinn« als »natürliches Grundbedürfnis« und »Triebeanspruch« als »zwingende Norm des Verhaltens«<sup>1483</sup> sähe.

In Bayern ließ Kultusminister Hans Maier (CSU) die Verteilung der Broschüre an Schulen mit der Behauptung unterbinden, sie erinnere an »pornographische Produkte«<sup>1484</sup>. Dagegen monierten FDP und SPD, die der CSU eine »scheinheilige, verlogene, heuchlerische und verklemmte Art« vorwarfen, »mit der maßgebliche Teile der CSU das Thema Sexualerziehung seit Jahren«<sup>1485</sup> behandelten. Auf eine schriftliche Anfrage der

1479 Vgl. ebd.

1480 Bökmann (1979: 3073).

1481 Ebd.

1482 Ebd.

1483 Ebd.: 3071.

1484 O. A. [Hamburger Abendblatt] (05.04.1980).

1485 Zitiert nach: Schmalz-Jacobsen [Zeit] (02.05.1980: 61).

FDP vom 31. März 1980 an die Landesregierung bezüglich der Gründe für die Nichtzulassung der Broschüre gab Maier am 2. Mai desselben Jahres zur Antwort:

»Die für Kinder und Jugendliche gedachte Informationsbroschüre degradiert die menschliche Person zum Objekt gegenseitigen Sexualgebrauchs. Sie gibt lediglich technische Anleitungen für die Verwendung von Mitteln und Methoden der Schwangerschaftsverhütung. [...] Sie untergräbt durch ihre Tendenz die Befähigung des Jugendlichen zu Ehe, Familie und Kind. [...] Entsprechend dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Dezember 1977 hat die Sexualerziehung in der Schule allgemein Rücksicht zu nehmen auf das Persönlichkeitsrecht der Schüler und das natürliche Erziehungsrecht der Eltern sowie deren religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen [...]. Die Schule muß deshalb jeden Versuch einer einseitigen Beeinflussung der Schüler, wie sie durch die Broschüre möglich wäre, unterlassen. Aus diesen Gründen kann das Staatsministerium dieses Informationsmaterial weder zur Verwendung im Unterricht zulassen noch allgemein empfehlen.«<sup>1486</sup>

Zum einen zeigt die Aussage Maiers beispielhaft, wie flexibel das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelegt werden konnte, wenn es um die Begründung für oder gegen (un-)erwünschte Aspekte der schulischen Sexualerziehung ging. Zum anderen offenbart es die Geisteshaltung des Ministers. Als »reaktionärster Kultusverwalter der Bundesrepublik«<sup>1487</sup> verschrien setzte sich Maier dafür ein, dass »christliche Grundsätze und Wertungen in der Öffentlichkeit verkündet und vertreten werden«<sup>1488</sup>. Die Naturgegebenheit der Unterschiedlichkeit der Geschlechter ist ein Bestandteil von Maiers Weltbild – Gattin Adelheid beispielsweise fühle sich glücklich mit ihrer »Mutterschaft, Erziehungs- und Hausarbeit«<sup>1489</sup>. Maier, seit 1976 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, ließ nach und nach Fotografien unbekleideter Menschen aus den Biologiebüchern entfernen. Schulbücher wurden in keinem anderen Bundesland so häufig beanstandet wie in Bayern, woraufhin der *Spiegel* 1981 schrieb:

**1486** Bayerischer Landtag 9. Wahlperiode: Drucksache 9-5224 (02.05.1980: 1f.).

**1487** Böddrich, Jürgen (SPD); zitiert nach: o. A. [Spiegel] (13.04.1981: 126).

**1488** O. A. [Spiegel] (13.04.1981: 126).

**1489** Maier, Hans; zitiert nach: ebd.

»Kein Bundesland, wo Schüler und Studenten, Eltern und Lehrer so wenig zu sagen haben wie in Bayern; kein Land, wo Bildungspolitik so stark mit Strafandrohung verbunden ist wie im deutschen Süden; kein Kultusminister auch, der das Leistungsprinzip derart zum alleinseligmachenden Fetisch aufbaut wie Münchens Maier.«<sup>1490</sup>

Auch 1981 wurde *Muß-Ehen muß es nicht geben* wieder im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert und dort parteiübergreifend in die Nähe der Pornografie gerückt. Günter Schlatter (SPD) zeigte sich besorgt, dass die Broschüre ausliege, wo sie minderjährige Kinder zu Gesicht bekämen. Er fragte die Bundesregierung, ob diese die »laut Presseberichten öffentlich erhobene Behauptung gelten [lässt], die Bundesregierung ermögliche es durch die in Frage stehende Broschüre insbesondere Kindern, in den Besitz von Pornographie zu gelangen?«<sup>1491</sup> Broll (CDU/CSU) gab zu verstehen, dass *Muß-Ehen muß es nicht geben* »weniger die mangelnde Aufklärung über technische Vorgänge als vielmehr eine mangelnde sittliche Haltung zum Inhalt«<sup>1492</sup> habe. Die Angst vor einer Demoralisierung der Jugend und die traditionelle Stilisierung dieser als besonders vulnerable, für der Verführung zur Unzucht besonders anfällige Gruppe bekam seit Beginn der 1970er Jahre infolge der schrittweisen Legalisierung von Pornografie neue Dynamik. Bereits 1970 sah der Sexualwissenschaftler Heinz Hunger »skandinavische Verhältnisse«<sup>1493</sup> unter den deutschen Jugendlichen. Schmalz-Jacobsen kommentierte die erneute Aufregung um die Sexualerziehung in Verbindung mit der Broschüre:

»Es kommt sicherlich nicht von ungefähr, daß die gleichen Leute, die sich vehement gegen die Sexualerziehung wenden, auch andere emanzipatorische Ansätze – im Extrem bis hin zur demokratischen Verfassung – ablehnen. In einem Brief an mich z. B. heißt es: >Freiheit + Liebe =

1490 O. A. [Spiegel] (13.04.1981: 113).

1491 Deutscher Bundestag 9. Wahlperiode: Drucksache 9-54 (30.09.1981: 3090).

1492 Ebd.

1493 O. A. [Spiegel] (03.08.1970: 46). Zur Erklärung: Dänemark war 1969 das erste Land, das Pornografie legalisierte, weshalb sich dänische Publikationen unter der westdeutschen Bevölkerung besonderer Beliebtheit erfreuten. Schweden folgte 1970, in der BRD wurde pornografisches Material schließlich 1973 legalisiert (vgl. Eder, 2015: 38).

Demokratie = Pornokratie. Verflucht sei Satan und seine modernen Demokratenweiber! <<<sup>1494</sup>

Der Kommentar der FDP-Politikerin verweist erstens auf den Umstand, dass Emanzipations- und Liberalisierungsbemühungen für soziale Veränderungen verantwortlich gemacht werden, die konservative Gesellschafts- und Lebensentwürfe zunehmend verwerfen. Die Aktionen gegen Gleichstellungspolitik oder die schulische Sexuaufklärung können als Reaktionen auf Prekarisierungsprozesse gelesen werden, deren Zweck darin besteht, diese Erfahrungen zu bewältigen. Damit wird zweitens von Schmalz-Jacobsen auf die diskrepante sexual- und geschlechterpolitische Gemengelage der 1970er Jahre hingewiesen. Der zeithistorische Blick auf dieses Jahrzehnt werde nach Frei, Maubach, Morina und Tändler noch immer zu oft von den Topoi des *roten Jahrzehnts* oder der *Ära der Sozialdemokratie* begleitet, welche dem Narrativ folgen, dass »die Linke den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik ihren Stempel aufdrückte«<sup>1495</sup>, und »ignoriert die Erfolge der konservativen und rechten Gegenmobilisierung in den politisch polarisierten siebziger Jahren, die unter diesem Blickwinkel auch als ›schwarzes Jahrzehnt‹ erscheinen können«<sup>1496</sup>. Der reflexive Blick der Presse auf das Sexualitätsdispositiv der 1970er artikuliert mannigfach kulturpessimistische Narrative von der »Libidoisierung in Wort, Bild und Ton«, der »Sexpansion des Buchmarktes« oder der »Lust-Seuche«<sup>1497</sup>, die um sich greife. Kirchlich-konservative Vertreter:innen sahen »in einer übermächtig gewordenen Sexualität die Hauptursache für den Abfall des Menschen von Gott und den Unfrieden der Menschen untereinander«<sup>1498</sup>.

Eine dezidierte Untersuchung des angerissenen Diskurses um die sexuelle Bildung ist lohnenswert, will man sich von der Revolutionsmetapher oder vom Bild der *Fundamentalliberalisierung* (Habermas) lösen, um die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in einem Jahrzehnt zu erfassen, in dem die fortschreitenden Sexualisierung der Gesellschaft im Zuge der »Aufweichung der Pornografieparagrafen, der massenhaften Verbreitung

1494 Schmalz-Jacobsen [Zeit] (02.05.1980: 61).

1495 Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019: 140).

1496 Ebd.

1497 O.A. [Spiegel] (03.08.1970: 32–46).

1498 Keil [Zeit] (11.06.1971: 48).

von Aufklärungsschriften, dem Boom der Sex- und Pornofilme und der Sexualisierung der Jugendmedien«<sup>1499</sup> weiter Fahrt aufnahm.

### 5.2.2 Sexualpolitik der »Konservativen Wende« – der Diskurs um *betrifft: sexualität*

Im Jahr 1983 wurden vielfach verwendete Aufklärungsmaterialien vom Bundesfamilienminister Heiner Geißler im Auftrag Helmut Kohls zurückgezogen. Unter dem Titel *betrifft: sexualität* waren zunächst sieben Filme erschienen, die vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ab 1976 herausgegeben wurden. Die dazugehörigen *Materialien zur Sexualerziehung im Medienverbund für Jugendliche, Eltern und Pädagogen* erschienen in einer Materialmappe ab 1977 im Westermann Verlag (Bielefeld). Die Filme und die dazugehörigen Handreichungen hatte ein Expert:innen-Team aus Hamburg konzipiert. Die sogenannte *Cursex Projektgruppe* arbeitete seit 1970 zu Fragen der Sexuaufklärung und bestand aus sieben Pädagog:innen und Wissenschaftler:innen. Diese wiesen darauf hin, dass sich die Materialien explizit an »Jugendliche und deren Eltern« richteten und ebenso als »Arbeitsmittel für Schule, Jugendarbeit und Elternbildung gedacht«<sup>1500</sup> seien. Das pädagogische Ziel des Konzeptes war es, »Jugendlichen im Zeitalter der Massenmedien und der Vermarktung von Sexualität Orientierung zu geben«<sup>1501</sup>. Die Materialmappe enthielt eine Loseblattsammlung im Zeitungsformat (36 A2-Bögen oder 72 A3-Seiten), wobei sieben Themenbereiche farblich gekennzeichnet waren und sich auf die jeweiligen Aufklärungsfilmbezüge bezogen. Gemäß den Autor:innen waren die Materialien »aber auch ohne die Kenntnis der Filme sinnvoll verwendbar«<sup>1502</sup>. Für Lehrkräfte gab es ferner ein Begleitheft zu den Materialien.

Die reich bebilderte Arbeitsmappe enthielt neben gebräuchlichen Informationen rund um die Themen Pubertät, Schwangerschaft und Verhütung auch Texte, die sich mit Freundschaft und Liebe, Sexualität und Sprache, den gesellschaftlichen Auswirkungen der Geschlechterrollen und

1499 Eder (2015: 38).

1500 BzgA (1977).

1501 Koch, Friedrich; zitiert nach: Henningsen, Schmidt & Sielert (2017: 85).

1502 BzgA (1977).



den Folgen sexueller Darstellungen sowie mit Homosexualität auseinandersetzen. Die enthaltenen Spielanleitungen, Arbeitsaufgaben und Ideen für die Gruppenarbeit zeigen, dass die Materialien für den Einsatz in der Schule didaktisiert waren und zu einer Beschäftigung mit Fragen rund um Sexualität anregen sollten.

Die letzten acht Seiten gaben »Informationen für Eltern«, die »eine Hilfestellung für kitzlige Erziehungssituationen« und wissenschaftlich fundierte Aussagen zur Jugendsexualität enthielten, die »falsche Vorstellungen über das Sexualleben der Jugendlichen«<sup>1503</sup> thematisierten. Außerdem wurde ausführlich erklärt, welche sexualpädagogischen Ziele die Arbeitsmappe vertrete und wie diese umgesetzt werden. Ebenso enthielten die Seiten Tipps bezüglich der »Hauptprobleme der heutigen Jugendlichen«: Eltern wurde hier zum Beispiel Rat zur Empfängnisverhütung gegeben (»Wenn Sie [...] offen darüber sprechen, was Sie selbst zur Empfängnisverhütung tun, so ist das schon ein großer Schritt.«<sup>1504</sup>) oder zur Homosexualität (»Homosexualität ist keine Krankheit [...] Halten Sie unverbrüchlich zu Ihrem Kind, komme, was da kommen mag.«<sup>1505</sup>).

Erstmals wurden die Aufklärungsfilm im NDR am 29. März bis 10. Mai wöchentlich jeden Dienstagabend im Fernsehen ausgestrahlt und laut Angaben der *Zeit* bei den Endverbrauchern gut aufgenommen. In der Wochenzeitung lobte Karlheinz Lutzmann, Lehrer und Schulleiter in Hamburg, die Filmreihe als den »erste[n] größere[n] Versuch, gesellschaftliche und vor allem Partnerschafts-Probleme der Jugendlichen nicht nur ins Fernsehbild, sondern überhaupt zur Sprache zu bringen.«<sup>1506</sup> Das »sexualpädagogische Fernsehexperiment« sei ein »begrüßenswerter Vorstoß in neue Gebiete der emanzipatorischen Sexualerziehung«, da es unter anderem zeige, dass Sexualerziehung eben »mehr als [nur] biologische Aufklärung«<sup>1507</sup> sei.

Im Sommer 1977 wurden die Filme schließlich an die Landesbildstellen der BRD ausgeliefert, sodass die siebenteilige Filmreihe auch den Schulen zur Verfügung stand. *Betrifft: sexualität* war ein breit angenommenes Aufklärungsmaterial, das in der schulischen wie außerschulischen Sexualerzie-

1503 Ebd.: 72.

1504 Ebd.: 65.

1505 Ebd.

1506 Lutzmann [*Zeit*] (27.05.1977: 40).

1507 Vgl. ebd.

hungsarbeit genutzt wurde. Rückblickend gibt zum Beispiel der Kreisverband Reutlingen des *pro familia e. V.* in der Jubiläumsschrift von 2001 an, dass man mit dem Aufklärungsfilm zum Thema Gefühle »gerne und gut gearbeitet« habe, da hier

»auf phantastisch prägnante Weise typische Szenen in Jugendgruppen dargestellt [wurden], in denen die Sprachlosigkeit und Scham im Umgang mit Sexualität angemessen und deutlich wurde. Viele ausgezeichnete Gruppengespräche und -diskussionen wurden durch diesen Film in unserer sexualpädagogischen Arbeit ausgelöst.«<sup>1508</sup>

Trotz großer Nachfrage ließ Bundesfamilienminister Geißler kurz nach der Regierungsübernahme der CDU das Aufklärungspaket zurückziehen. Das Besondere an der Aktion war, dass es im Vorfeld keine öffentlichen Diskussionen – weder im Parlament noch in der Presse – um die Aufklärungsmaterialien gab, die den Minister in irgendeiner Weise zu dieser Amtshandlung gezwungen oder bewegt hätten. Die wenigen kritischen Stimmen, die es gab, vermochten keinen öffentlichkeitswirksamen Diskurs zu entfachen oder politischen Druck auszuüben. Einer der wenigen Kritiker:innen war Johannes Bökmann – jener hatte zuvor schon die Verhütungsbroschüre *Muß-Ehen muss es nicht geben* verworfen. Nach Auffassung des Moraltheologen wird im Arbeitsblatt »Empfängnisregelung« die »christliche Moralauffassung lächerlich gemacht«<sup>1509</sup>, indem ausgewählte Priester und die Kirche abgewertet werden. In »Comics werden Richter ironisiert, die Bundesprüfstelle wird veralbert, die Wirkung von Pornographie verharmlost«<sup>1510</sup>. Zudem gebe das Arbeitsblatt »Freundschaft und Liebe« »detaillierte Hinweise auf Homosexuellenzeitschriften«<sup>1511</sup>, woran sich der Theologe stieß.

Der Entschluss Geißlers wurde im Eilverfahren umgesetzt. Die BZgA musste daraufhin die von ihr produzierte Arbeitsmappe inklusive der siebenteiligen Filmreihe vernichten. Der Wert des vernichteten Materials wird auf 1.076.260 D-Mark bemessen.<sup>1512</sup> »Von der Filmserie hatte die

1508 pro familia Kreisverband Tübingen/Reutlingen e.V. (2001: 29).

1509 Bökmann (1979: 3073).

1510 Ebd.

1511 Ebd.

1512 Vgl. ebd.

BZgA insgesamt 219 Kopien herstellen lassen, von der Arbeitsmappe waren im Zeitpunkt der Weisung bei der BZgA 79 400 Exemplare vorhanden.«<sup>1513</sup> Auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion teilte die Bundesregierung am 25. November 1983 mit, dass die Materialien Inhalte und Darstellungen enthielten,

»die den Vorstellungen der Bundesregierung über eine wertorientierte Sexualpädagogik nicht entsprechen, weil darin Sexualität auch ohne Liebe und ohne tiefere gefühlsmäßige Bindungen propagiert [...], sittliche Normen abgewertet und der Wert der grundgesetzlich geschützten Institutionen Ehe und Familie in Frage gestellt werden.«<sup>1514</sup>

Sexualpädagoge Uwe Sielert erkennt hinter der Aktion die Absicht der Regierung »einen Schlussstrich unter die sexualpädagogischen Ausläufer der >sexuellen Revolution< [zu] setzen«<sup>1515</sup>. Der Vorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Sexualeforschung Ernest Bornemann kommentierte die Handlung damit, dass es »unter den Regierungen Reagan, Thatcher, Kohl [...] kaum noch möglich [ist], eine aufklärende und gesundmachende Sexualpolitik zu betreiben«<sup>1516</sup>. Besagter Kreisverband der *pro familia* gibt an »dem gesamten Medienpaket lange nachgetrauert«<sup>1517</sup> zu haben. Weiter heißt es: »Was die damalige Regierung als Ersatz anbot, entsprach in keiner Weise weder unseren Erfahrungen mit Fragen und Problemen von Jugendlichen noch einer Herangehensweise, die Jugendliche wirklich ansprechen konnte.«<sup>1518</sup>

Anstelle des besagten Aufklärungsmaterials investierte Geißler mehr als eine halbe Millionen D-Mark für ein Bilderbuch *Das Leben vor der Geburt*. Dieses sollte schwangeren Frauen, die sich unsicher waren, ob sie das Kind austragen wollten, »die Entscheidung für das Kind erleichtern«<sup>1519</sup>. Die Maßnahmen verdeutlichten nicht nur die Nähe des Ministeriums zur christlich-fundamentalistischen »Lebensschutz«-Bewegung, sie wurden auch gerahmt von weiteren konservativen bevölkerungspolitischen Stra-

1513 Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode: Drucksache 10-682 (25.11.1983: 1).

1514 Ebd.: 3.

1515 Sielert (2011: 260).

1516 Bornemann [Zeit] (22.03.1985: 57).

1517 pro familia Kreisverband Tübingen/Reutlingen e.V. (2001: 29).

1518 Ebd.

1519 O.A. [Spiegel] (05.08.1985: 38).

tegien, die in der Öffentlichkeit stark kritisiert wurden: 1984 rief Geißler die Stiftung *Mutter und Kind – zum Schutz des ungeborenen Lebens* ins Leben, die dafür Sorge tragen sollte, dass die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in der BRD zurückging. Dazu stellte die Stiftung Müttern in finanzieller Not monatlich eine Unterstützung zur Verfügung. Diese sowie Gelder aus der Sozialhilfe, aus Wohnzuschüssen und Erziehungsgeld sollten Geißler zufolge Abtreibungen obsolet werden lassen. Schließlich sei es unerhört, dass »in einem Land mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen Mark« finanzielle Engpässe der »Grund für einen Schwangerschaftsabbruch«<sup>1520</sup> seien. Sollte sich die Geburtenrate nicht verändern, so hatte eine interministerielle Arbeitsgruppe ermittelt, vermindere sich die Zahl der Bundesbürger von 57 Millionen Bundesbürgern (1984) auf 52 Millionen bis zum Jahre 2000, 2030 sollten es nur noch 38,3 Millionen Westdeutsche sein.<sup>1521</sup> Diese Prognose wurde zum einen vonseiten der Wissenschaft kritisiert, da die Berechnungen strittig waren, und zum anderen wurde vonseiten Kritiker:innen unterstellt, die Regierung Kohl nutze die Zahlen als Legitimation für die Durchsetzung eigener konservativer Bevölkerungsinteressen.

Damit die Westdeutschen nicht ausstarben, so die Angst der Konservativen seit Adenauer<sup>1522</sup>, mussten neue Maßnahmen her, die Müttern das »Ja zum Kind« (Helmut Kohl) erleichterten. Mit der Reform des Paragraphen 218 StGB am 21. Juni 1976 wurde ein Schwangerschaftsabbruch straffrei, im Falle, dass die Mutter sich in einer Notlage befindet. Damit ermittelt werden konnte, ob die Bedingungen für die sogenannte Notlagenindikation vorlagen, mussten sich werdende Mütter an eine Beratungsstelle wenden. Die Schwangerschaftsbeendigung konnte im Anschluss mit einer Karenzzeit von drei Tagen durchgeführt werden. Weil aber in CDU-regierten Bundesländern Mediziner:innen verwehrt wurde, legale Schwangerschaftsunterbrechungen durchzuführen<sup>1523</sup> und

1520 O. A. [Spiegel] (20.02.1984: 101).

1521 Vgl. o. A. [Spiegel] (07.05.1984: 52).

1522 Konrad Adenauer sorgte sich 30 Jahre zuvor bereits um die »wachsende[ ] Überalterung des deutschen Volkes« (ebd.: 52).

1523 Entschied sich ein:e Mediziner:in eine legale Abtreibung durchzuführen, benötigte diese:r eine ministerielle Genehmigung, die in CDU-regierten Ländern nicht erteilt wurde (vgl. o. A. [Spiegel], 21.05.1984: 37). Die Verweigerungshaltung der Ministerien führte zu einer erhöhten Abortsmigration, Frauen ließen Schwangerschaftsabbrüche in anderen Bundesländern oder im Ausland vornehmen.

weil Geißler mithilfe der Stiftungshilfe die Notlagenindikation unterbinden wollte, stand die Regierung im Verdacht, sie wolle die Novellierung des Paragraphen 218 wieder rückgängig machen. Der Aktionismus der Regierung Kohl ließ daran keinen Zweifel: *pro familia*, die älteste bundesdeutsche Familienberatungsstelle mit über hundert Beratungsstellen, weigerte sich 1984, die Mittel der Stiftung *Mutter und Kind* an Schwangere zu verteilen, woraufhin Geißler die Landesregierungen aufrief, die Beratungsstellen nicht länger zu unterstützen.<sup>1524</sup> 1985 klagten Abtreibungsgegner:innen gegen die von der Krankenkasse bezahlte Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen – erfolglos. Bundeskanzler Helmut Kohl befürwortete den Schritt gegen die »Abtreibung auf Krankenschein«<sup>1525</sup>. CDU-Bundestagsabgeordneter Herbert Werner bezeichnete die Unterstützung von Abtreibungen durch den Pflichtbeitrag an die gesetzliche Krankenkasse gar als »Mitfinanzierung von Tötungshandlungen«<sup>1526</sup>.

Doch erschienen die Bemühungen der Regierung um die Reduktion von Abtreibungen angesichts zeitgleicher Kürzungen von Sozialhilfe, Mutterschaftsgeld und anderen Hilfeleistungen (BAföG) als inkonsistent. Über Jahre hinweg säumten Berichte über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage von Familien die Medien.<sup>1527</sup> Von einem Sozialabbau war die Rede. Im *Spiegel*-Report über die Lage der Familien nach der Wende von 1984 wird an Einzelfällen kleinteilig illustriert, wie »verheerend« die Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik »für die Familie«<sup>1528</sup> gewesen seien. Als besonders widersprüchlich wird hier ausgeführt, dass die *Stiftung Mutter und Kind* eine befristete Hilfe für »Schwangere in materieller Not«<sup>1529</sup> von 1.000 bis 15.000 D-Mark im Jahr zur Verfügung stellte, während gleichzeitig das Mutterschaftsgeld gekürzt werde, wodurch – so wird eine interne Auswertung Familienpolitik durch die CSU [!] zitiert – »noch mehr Mütter in Not geraten und sich die Lebenschancen ungeborener Kinder weiter verschlechtern«<sup>1530</sup> würden.

1524 Vgl. o. A. [Spiegel] (16.07.1984: 46).

1525 Kohl, Helmut; zitiert nach: o. A. [Spiegel] (08.07.1985: 78).

1526 Ebd.

1527 Vgl. u. a. o. A. [Spiegel] (07.05.1984).

1528 O. A. [Spiegel] (07.05.1984: 37).

1529 Ebd.: 40.

1530 Ebd.: 40.

Der Kölner Jugenddezernent Hans-Erich Körner erklärte 1984 gegenüber dem *Spiegel*: »Bis zu 20 Prozent des Einkommens können die Kürzungen der letzten beiden Jahre bei den Mehrkind-Familien ausmachen.«<sup>1531</sup> Der Vorsitzende des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Otto Fichtner, konstatierte, dass Familien »wegen der Einschnitte in die Sozialgesetze auf einer dicht bestandenen Rolltreppe nach unten«<sup>1532</sup> seien. Auch die vergleichende europäische Studie *Unemployment, Poverty and Social Policy* wird zitiert, wonach in der BRD ledige oder geschiedene Mütter in »extreme[r] Armut«<sup>1533</sup> lebten.

Selbsthilfe- und Beratungsinitiativen warfen der Regierung eine qualitative Bevölkerungspolitik vor, von der ausschließlich Kleinfamilien der Mittelschicht profitierten. Die Vizepräsidentin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Margot von Renesse, zählte kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Eltern mit einem behinderten oder pflegebedürftigen Kind zu den Opfern der konservativen Wende, wenngleich eben jenen im Vorfeld besondere Hilfe und Förderung zugesprochen worden war.<sup>1534</sup>

Die Vernichtung des Medienpaketes *betrifft: sexualität* muss im Zeichen der revisionistischen Bevölkerungspolitik Geisslers zugunsten der Retraditionalisierung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen betrachtet werden. Dies hinterließ auch in der sexualpädagogischen Praxis der 1980er Jahre Spuren. Die Stagnation beklagten Medien und Wissenschaft zugleich. In der *Zeit* illustrierte Viola Roggenkamp 1990 anhand von Schülerzitate die Qualität der schulischen Aufklärungsarbeit und schlussfolgerte:

»Die ›systemspengende Kraft befreiter Sexualität‹, von der vor zwanzig Jahren die antiautoritäre Schüler- und Studentenbewegung soviel redete, sie hat Erwachsene – Eltern wie Lehrer und Lehrerinnen – hervorgebracht, die mit Kindern und Jugendlichen noch immer nicht über Sexualität in Verbindung mit Lust und Liebe reden können.«<sup>1535</sup>

Infolge der Vernichtung von *betrifft: sexualität* sei Roggenkamp zufolge »in der Bundesrepublik neben Pornos aus der Videothek *Bravo* zum Bun-

1531 Ebd.: 37.

1532 Fichtner, Otto; zitiert nach: ebd.

1533 Zitiert nach: ebd.

1534 Vgl. o. A. [*Spiegel*] (07.05.1984: 40).

1535 Roggenkamp [*Zeit*] (12.01.1990: 61).

desaufklärer avanciert«<sup>1536</sup>. Mehr als 20 Jahre nach den KMK-Richtlinien zur geschlechtlichen Erziehung an Schulen gab es in der BRD noch immer keinen eigenständigen Lehrstuhl an bundesdeutschen Universitäten, die Sexualaufklärung war nach wie vor vornehmlich auf den Biologieunterricht konzentriert. Dieser fokussierte eher auf das Sexualwissen, sprich naturwissenschaftliche Erkenntnisse über Befruchtung, Empfängnis- und Infektionsverhütung, Schwangerschaft und Embryologie. Lehrkräfte waren angesichts der sexualpolitischen Retraditionalisierungstendenzen nach wie vor unsicher, was und wie sie Sexualität thematisieren, um Eltern nicht zu vergällen. Laut einer Untersuchung von Glück und Schliewert aus dem Jahre 1987 fühlten sich zwei Drittel der befragten Lehrkräfte für die Sexualerziehung in der Schule ungenügend ausgebildet.<sup>1537</sup> Zudem erklärten die Befragten, dass sexuelle Aufklärung »eher zufällig und gelegentlich als vorausgeplant und mit anderen Fachlehrern abgesprochen erfolge, wie eigentlich von den amtlichen Bestimmungen vorgesehen«<sup>1538</sup>. So sei Roggenkamp zufolge nicht verwunderlich, dass »die alten Tabus und Klischees zwischen Frau und Mann [...] ungebrochen« seien, »weil über sie nicht geredet wird«<sup>1539</sup>. Zu den häufig vernachlässigten Themen gehören auch Themen wie Selbstbefriedigung, Lustaspekte und gleichgeschlechtliche Sexualität.

Bernd Höhne resümiert in seiner Untersuchung ausgewählter Sexualkundeliteratur sowie von Büchern für den Religions- und Biologieunterricht, die in den 1980er Jahren erschienen sind, dass sich mit diesem Lernmaterial »kein emanzipatorischer Sexualkundeunterricht aufbauen«<sup>1540</sup> lasse. Vor allem auf die Erwähnung und Darstellung von männlicher Homosexualität legte Höhne bei der Bewertung seinen Fokus. Wenn Homosexualität erwähnt wurde, dann geschah dies zumeist in gesonderten Kapiteln, während außerhalb dieser »Homosexuelle nicht gleichwertig erwähnt«<sup>1541</sup> würden. Hin und wieder zeige sich ein emanzipatorischer Ansatz, etwa

1536 Ebd.

1537 Vgl. Kluge (1992: 296). Kluge bezieht sich hierbei auf eine Studie Schliewerts von 1987 (*Schule – der richtige Ort für die Sexualerziehung? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung*), die zum Zeitpunkt der Fertigstellung von Kluges Beitrag noch unveröffentlicht war.

1538 Ebd.

1539 Ebd.

1540 Höhne (1992: 88).

1541 Ebd.: 100.

wenn »ein wesentlich breiteres Verständnis von Sexualität vorherrscht« oder »die Geschlechterstereotypen in Frage gestellt«<sup>1542</sup> wurden. Es gebe aber auch Bücher mit eindeutig »repressiver Tendenz«<sup>1543</sup>. Auffallend sei hierbei, dass vor allem Bücher, die vor dem Aufkommen des erworbenen Immunschwächesyndroms Aids erschienen, als tendenziell sexualfreundlicher eingestuft wurden. Auch bezüglich der Quantität zeigt das Angebot an Sexualaufklärungsliteratur eine Entwicklung. Ab Ende der 1970er Jahre gibt es auf dem Markt einen deutlichen Einschnitt. Sager stellt zwischen 1978 und 1989 folgenden Trend heraus:

»Nur noch neun Schriften werden in dieser Periode veröffentlicht und damit ebenso viele wie allein im Jahr 1969. [...] 1978 und 1979 erscheint kein einziges Buch zur familiären Sexualaufklärung. Zwischen 1980 und 1982 werden fünf Bücher publiziert, dann erfolgt der nächste Einschnitt: Von 1983 bis 1986 wird wiederum kein Buch veröffentlicht.«<sup>1544</sup>

Als Ursache für den ersten Einbruch des Aufklärungsangebots macht Sager die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die schulische Sexualerziehung aus, die 1977 höchstrichterlich normiert wurde und unter den Verantwortlichen Irritationen hervorrief, ehe eine Neuausrichtung der Sexualerziehung begonnen habe.<sup>1545</sup> Für den zweiten Einschnitt wird das Auftreten von Aids verantwortlich gemacht. Bis Mitte der 1980er Jahre kann damit eine gesellschaftliche Hysterie und Ohnmacht wahrgenommen werden, die sich erst legte, als Ende des Jahrzehnts die Übertragungswege nachvollzogen wurden und der Erreger diagnostiziert werden konnte. Bis dahin herrschte in der Medizin Unwissenheit hinsichtlich des Infektionsverlaufs, die auch die sexualerzieherische Arbeit zu sachgemäßem präventivem Verhalten erschwerte.

Eine Detailanalyse der öffentlichen Empörungen und Rechtfertigungen um den Einzug des Methodenpakets *betrifft: sexualität* und die Vernichtung der Filme aus den Landesbildstellen kann einen umfassenderen

1542 Ebd.: 99f. Sexualfreundlich seien vor allem *Das große Teensexbuch* (1982) von Bernd Ruting u. a. und *Heiße Jahre* (1983) von Matthias Frings und Elmar Kraushaar.

1543 Ebd.: 99. Besonders stellt Höhne die Literatur von Westheimer und Kravetz – *First Love* (1988) – sowie von Brauer, Kapitzke, Mehl und Wrage – *Junge, Mädchen, Mann und Frau* (1987) – als repressiv hervor.

1544 Sager (2015a: 194).

1545 Vgl. ebd.



Einblick in die agonalen Diskurspositionen gegenüber der Geissler'schen Sexualprogrammatisierung geben. Angesichts der vorangegangenen positiven Würdigung der Materialmappe in der Presse erscheint die Untersuchung der narrativen und argumentativen Strukturen, mit denen die Delegitimierung des Materials 1983 erfolgte, lohnenswert. Der Grad der Beteiligung kirchlicher Akteur:innen an der »pauschalen Abqualifizierung«<sup>1546</sup> der Methodenmappe kann ebenso aufschlussreich sein in Anbetracht der Diskrepanz innerkirchlicher Liberalisierungstendenzen dieser Zeit einerseits und der auf Regierungsebene verkündeten »geistig-moralischen Erneuerung« andererseits. Die Sexualitätspolitik der christlich-liberalen Koalition bildete nicht zuletzt das Fundament für sexualpädagogische Defizite, die spätestens ab Mitte der 1980er Jahre mit der Ausbreitung der Immunsuffizienz Aids deutlich wurden. Der Topos der *konservativen Wende*, den Sielert »als die Jahre der reaktionären Ereignisse und sexualpädagogischen Ernüchterung«<sup>1547</sup> markiert, kann aus dieser diskurshistorischen Perspektive dekonstruiert und bewertet werden.

### 5.2.3 Der Diskurs um *Let's talk about Sex* in der HIV-Krise

Nachdem im Dezember 1991 die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. den Auftrag erhielt, eine Aufklärungsbroschüre für die HIV- und Aids-Prävention zu entwickeln, die sich vor allem an 14- bis 18-jährige Jugendliche richten sollte, wurde *Let's talk about Sex – Ein Sex-Heft für Jugendliche* am 29. Oktober 1993 veröffentlicht und anlässlich des Welt-Aids-Tages am 29. November desselben Jahres auf einer Pressekonferenz durch den Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz Ulrich Galle (SPD) vorgestellt.

Bereits das inhaltliche Konzept, das unaufgeräumte Layout und die explizite Bildauswahl des Heftes intendierten Jugendlichkeit, Frische und eine Aufgeschlossenheit gegenüber sexuellen Fragen der Adressat:innen. So verzichten die Herausgebenden auf ein Inhaltsverzeichnis und leiten nach dem Präludium »Worum es in diesem Heft geht« (Seiten 2/3) auf der anschließenden Doppelseite direkt in die Thematik mit der Herausstellung der Lustaspekte der Sexualität ein (Seite 3 und 4). Den Eyecatcher jener Doppel-

1546 Koch, Friedrich; zitiert nach: Henningsen, Schmidt & Sielert (2017: 85).

1547 Sielert (2011: 260).

seite ist das Bild einer nackten Frau, die ihren Genitalbereich, der dem Blick der Betrachtenden verwehrt wird, lustvoll berührt.

Nebstehender Text thematisiert die »Lust am eigenen Körper« und räumt mit Mythen rund um das Thema Selbstbefriedigung auf. Auf Seite 9 befinden sich naturgetreue Zeichnungen, auf denen mehrfach das männliche und weibliche Genital im nicht erregten und im erregten Zustand abgebildet sind. Unter der Überschrift »Total Normal« verdeutlichen die Verfasser:innen, dass jeder Penis, jede Klitoris sowie die Schamlippen »einzigartig sind«<sup>1548</sup> und sich im sexuell erregten Zustand verändern. Evident wird durch nebenstehende Aufzählung individueller körperlicher Unterschiede der Versuch der Verfasser:innen, dem Normdruck entgegenzuwirken, dem Jugendliche durch den Vergleich mit anderen Altersgenoss:innen und durch die Konfrontation mit Bildern anderer Körper zwangsläufig ausgesetzt sind.

Neben der farbenfrohen und bilderreichen Gestaltung unterscheidet sich das Heft auch dadurch von klassischer Sach- oder Aufklärungsliteratur, dass neben sachlichen Informationen unkommentierte Erfahrungsberichte und Meinungsbilder von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingearbeitet sind. Häufig werden von den Verfasser:innen Fragen gestellt, die allerdings unbeantwortet bleiben. Getreu dem Leitspruch »eine gute Frage ist besser als zehn schlechte Antworten« wurden beispielsweise auf den Seiten 22/23 ausgewählte Fragen zusammengetragen, »die Jugendliche zum Thema Sexualität gestellt und diskutiert haben«<sup>1549</sup>. Die einleitende Frage »Was würdest du antworten?«<sup>1550</sup> stiftet zur Auseinandersetzung mit ausgewählten Aspekten menschlicher Sexualität an. Dabei werden Gesichtspunkte der Sexualerziehung besprochen wie das erste Mal, Liebe und Gefühle, Verhütung von Schwangerschaft und Krankheiten (HIV wird dabei gesondert auf der letzten Doppelseite behandelt) sowie



Abb. 8: Zentrales Bild auf Seite 5 von *Let's talk about Sex – Ein Sex-Heft für Jugendliche*

1548 LZG (1993: 9).

1549 LZG (1993: 23).

1550 Ebd.

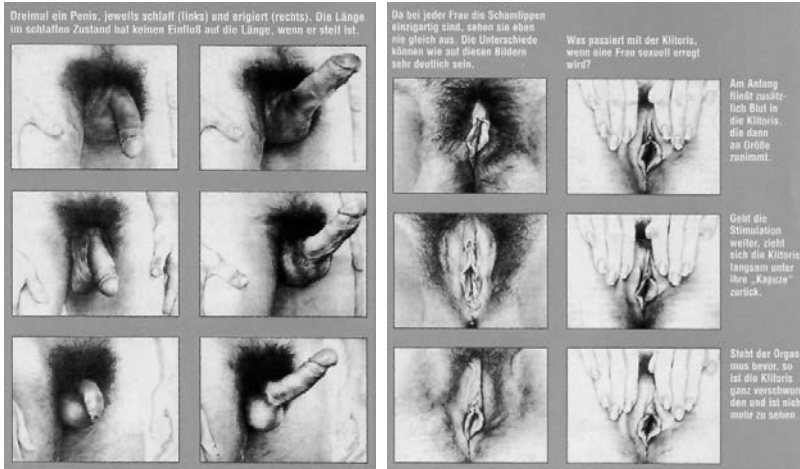


Abb. 9: Abbildungen der Genitalien auf Seite 9 von *Let's talk about Sex – Ein Sex-Heft für Jugendliche*

Homosexualität. Während in der Vergangenheit bereits der Themenkanon und die Bildsprache von Sexuaufklärungsbüchern Anlass öffentlicher Diskussionen wurde, spielten bei dieser Broschüre noch weitere Aspekte eine Rolle, die als provokant wahrgenommen wurden: Zum einen wurde der Einsatz einer den Jugendlichen vertrauten Alltags- oder Umgangssprache von Kritiker:innen als unangemessen, vulgär und gewaltvoll beurteilt. Befürworter:innen wiesen dagegen darauf hin, dass diese Vokabeln von einem Teil der Jugendlichen aber benutzt werde. Anstoß fand hier vor allem die Doppelseite 10/11, auf der Fremd- und Schimpfwörter benannt und erklärt werden. Dass der Analverkehr geläufiger als »Arschficken« bekannt sei, die Vagina mitunter als »Möse« bezeichnet werde und Petting »sexueller Kontakt [...] ohne zu vögeln« sei, provozierte Kritiker:innen ebenso wie Beleidigungen, die den Hintergrund der Doppelseite füllten: »Schwule Sau«, »Fick dich selbst«, »Alte Fotze«, »Sven ist ein Wichser«<sup>1551</sup>. Allerdings blieben diese Formulierungen von den Verfasser:innen nicht unkommentiert. Auf Seite 11 informieren diese, dass es Begriffe gebe, die Menschen als »beleidigend« empfinden oder die nicht »lustvoll« seien; deshalb »wäre es [schön], wenn man sich verständlich ausdrücken würde und für die vielen Gefühle passende Worte

1551 Ebd.: 9f.

fände«<sup>1552</sup>. Es lässt sich demnach feststellen, dass die Broschüre umgangssprachliche Sexualbegriffe reflexiv benutzt, was bedeutet, dass Redewendungen und Begriffe gelegentlich problematisiert wurden. Dennoch wurde darauf verzichtet, den Jugendlichen ein Vokabular mit an die Hand zu geben, dass im Kanon der Hoch- und Fachsprache als *guter Ton* galt.

Ebenso lässt die Broschüre auf ihren 31 Seiten ein einheitliches Normen- und Wertemodell vermissen, was schließlich den folgenden öffentlichkeitswirksamen Streit um die Angemessenheit des Materials provozierte. Der sexualpädagogische Ansatz des Heftes bestehe darin, so Norbert Kluge in einer Streitschrift anlässlich der Diskussion um die Broschüre, dass Jugendliche »sich als Subjekt aufgefordert und zum kommunikativen Handeln aufgerufen«<sup>1553</sup> fühlten. Die Intention der Verfasser:innen sei es gewesen, »Jugendlichen Materialien zu unterschiedlichen Standpunkten anzubieten, die es ihnen ermöglichen, verschiedene Wertkonzepte und Verhaltensmuster selbst zu erkennen und beurteilen zu lernen«<sup>1554</sup>. Beispielsweise dekretierten die Autor:innen bezüglich der HIV-Prävention nicht die Nutzung von Präservativen, sondern artikulierten die Safer-Sex-Strategie wie folgt: »Kondome schützen. Eure Entscheidung zählt. Bedenkt das Risiko und laßt euch nicht verrückt machen«<sup>1555</sup>. Hinsichtlich der Frage nach einer grundsätzlichen Kondompflicht oder zur Causa Schwangerschaftsabbruch verlieren die Verfasser:innen kein Wort, sondern führen zwei gegensätzliche Meinungen von Jugendlichen auf, ohne diese zusätzlich zu werten oder zu gewichten. Die Adressat:innen sollen durch die selbstgeleitete Auseinandersetzung mit sexualethischen Fragen die Kompetenz erwerben, sich innerhalb der etablierten Normen und Erwartungen und der zugleich gelebten Wertepluralität zu orientieren.

Nachdem die Broschüre ab Dezember 1993 vornehmlich an Multiplikator:innen der Jugendarbeit und an Beratungsstellen gestreut worden war, ließen erste empörende Reaktionen nicht lange auf sich warten. Am 31. Dezember 1993 – vier Wochen nach Erscheinen der Broschüre – titelte die *Allgemeine Zeitung Mainz* »Cunnilingus oder die Erotisierung der Jugend in Rheinland-Pfalz«<sup>1556</sup>. Der Redakteur Jens Nissen empfand den

1552 Ebd.: 10.

1553 Kluge (1994: 23).

1554 Ebd.: 22.

1555 LZG (1993: 31).

1556 Nissen [Allgemeine Zeitung Mainz] (31.12.1993).

Text der Broschüre als »schockierend« und beklagte den »freien Fall in den Vulgarismus«<sup>1557</sup>. Der ehemalige *Spiegel*-Autor konzentrierte sich bei seiner Bewertung vor allem auf ausgewählte Vokabeln der in der Broschüre verwendeten Alltagssprache wie etwa »arschficken«, »vögeln« oder »wichsen«<sup>1558</sup> und führte Zitate fragmentarisch und mitunter dekontextualisiert an. Nichtsdestotrotz fand mit Nissens Artikel *Let's talk about Sex* ein breites öffentliches Interesse. Die in den darauffolgenden Tagen in Reaktion auf den Artikel eingereichten Leser:innenbriefe – insgesamt 16 Zuschriften wurden veröffentlicht – zeigten sich ähnlich empört.<sup>1559</sup> Im Zentrum der Kritik stand neben der Sprache der Broschüre das Unverständnis darüber, dass die Landesregierung und der zuständige Sozialminister das Material guthießen. Von einer »Riesensauerei«, einer »Kulturschande« und von der vorsätzlichen »Anstiftung zu >perversem< Verhalten«<sup>1560</sup> war die Rede.

Am 3. Januar 1994 erging ein offener Brief des Mainzer Bischofs und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping. Darin forderte Lehmann die Unterbindung des weiteren Vertriebs der Broschüre, denn diese »verletzt radikal das Empfinden vieler Menschen«, verursache »große Schäden« und fördere bewusst die »Sprachverwilderung« und »Verrohung der menschlichen Beziehungen«<sup>1561</sup>. Der Vorwurf der Verkommung qua Sprache mag sich lexikalisch denen des Diskurses um den Sexualekunde-Atlas ähneln, inhaltlich unterscheidet sich die Kritik allerdings dadurch, dass bei Letzterem ein medizinisches Vokabular, im aktuellen Diskurs aber eine Angleichung an die *parole*, die gesprochene Sprache der Adressat:innen, verworfen wird.

Lehmann fasste die Botschaft der Broschüre wie folgt zusammen: »Macht das, was Euch Spaß macht!«<sup>1562</sup>, wodurch »der Erziehungsauftrag der Eltern [...] herabgesetzt und ausgehöhlt, ja mitunter lächerlich gemacht« werde und die Broschüre ein »tendenziöses Machtwerk« jenseits »wirklicher Aufklärung«<sup>1563</sup> darstelle. Dementsprechend sei er »entsetzt

1557 Ebd.

1558 Ebd.

1559 Vgl. ebd.

1560 Zitiert nach: Eisenhuth (1994: 35).

1561 Lehmann (03.01.1994).

1562 Ebd.

1563 Ebd.: 63.

über die Tatsache, daß ein solches Heft [...] vom Sozialminister sogar für den Schulunterricht empfohlen wird.«<sup>1564</sup>

Der Brief Lehmanns wurde am 5. Januar 1994 in der *Mainzer Rhein-Zeitung* (MRZ) aufgegriffen<sup>1565</sup> und in der Ausgabe vom 8. Januar 1994 derselben Tageszeitung auf einer Sonderseite abgedruckt – zusammen mit ausgewählten Textabschnitten sowie Kommentaren von weiteren Kritiker:innen und Befürworter:innen der Broschüre.

In einem offenen Antwortschreiben an Bischof Lehmann stellte Ministerpräsident Scharping klar, dass das veröffentlichte *Sex-Heft* nicht für die Verwendung in Schulen »beabsichtigt war und ist«<sup>1566</sup>, was sich schon aus der geringen Auflage von 30.000 Exemplare ableiten lasse. Zudem sei die Broschüre »für verantwortliche Multiplikatoren«<sup>1567</sup> vorgesehen, die in Gesundheitsämtern, Aids-Beratungsstellen sowie im Jugend- und Sozialbereich arbeiteten. Die Broschüre sei hierbei ein Vehikel, um Diskussionen unter Jugendlichen sowie zwischen diesen und den Multiplikator:innen zu evozieren, die dazu beitragen sollen, dass Jugendliche »beurteilen und entscheiden, was [...] am ehesten hilft, sich in der Pluralität eine eigene Haltung zu bilden«<sup>1568</sup>.

Die Behauptung, dass die Broschüre für den schulischen Sexualkundeunterricht konzipiert worden sei, hielt sich allerdings unter Kritiker:innen hartnäckig als Argument gegen die Verwendung. Die Inadäquatheit für den Schulunterricht bildet ein Narrativ, das die Argumente der Kritiker:innen zu stützen vermochte, wenngleich ebendiese Absicht vonseiten der Landesregierung Scharping zufolge nicht bestand. Die Forderung der Unterbindung der Verbreitung des Heftes an Schulen war folglich das Motiv zahlreicher Briefe an die zuständige Landeszentrale.<sup>1569</sup> Ebenso wird wiederholt auf die Sexualaufklärung der 1960er und -70er Jahre rekurriert, in deren Tradition die Broschüre stehe. Das Aufklärungskonzept jener Zeit der sexuellen Liberalisierung habe allerdings, so etwa Lehmann, »große Schäden statt des verkündeten Fortschritts verursacht«, weshalb

1564 Ebd.: 62.

1565 O. A. [Mainzer Rhein-Zeitung] (05.01.1994).

1566 Scharping (1994).

1567 Ebd.

1568 Ebd.

1569 So etwa der Brief des Kreisverbandes Mainz der CDU Senioren-Union (vgl. CDU-Senioren-Union Kreisverband Mainz, 10.01.1994) oder die Stellungnahme des Landeselternsprechers Hans Althoff (vgl. o. A. [Mainzer Rhein Zeitung], 14.01.1994).

die Verfolgung eben jenes Ansatzes in der besagten Broschüre »einen rüden Rückfall in für überholt geglaubte Positionen«<sup>1570</sup> bedeute. Die Aussage des Theologen verweist auf ein Verständnis, das dem zeithistorischen Narrativ der »konservativen Tendenzwende«<sup>1571</sup> folgt, dergestalt im Sinne konservativer Akteur:innen althergebrachte Gesellschafts- und Lebensentwürfe durch Überwindung der »68er«-Ideen vermehrt Gültigkeit beanspruchen sollten. In Bezug auf das Sexualitätsdispositiv sollte die Liberalisierung auch über die Ablehnung schulischer Sexualerziehung und Aufklärungsmittel zurückgenommen werden, denn diese sei Produkt einer destruktiven Sexualpolitik.

Christa Meves, Psychotherapeutin und Vertreterin einer repressiven Sexualerziehung im Zeichen einer christlich-moralischen »Kultivierung des Liebens«<sup>1572</sup>, konstatierte zum Beispiel, die »Copulation und Perversion von Kindern und Jugendlichen«<sup>1573</sup> sei das Resultat einer lange andauernden allgemeinen Sexualisierung des Alltags. Das Heft führe den Trend nur fort, wenn auch erstmals in Rheinland-Pfalz mit Steuergeldern. In sprachlicher Hinsicht sei die Broschüre »eine Eskalation an drastischer Direktheit« und durch die großformatige Abbildung von Genitalien werde »die Geschlechtlichkeit lächerlich gemacht, in den Schmutz gezogen und gleichzeitig zur Betätigung jedweder Art stimuliert«<sup>1574</sup>.

Meves' Kritik an *Let's talk about Sex* erfuhr, da sie in Presse und Fernsehen kaum zitiert wurde, jenseits christlich-fundamentalistischer und rechtskonservativer Kreise kaum Beachtung. Da sich die 1987 zum Katholizismus konvertierte »Psychagogin« bis heute regelmäßig zur Sexualerziehung zu Wort meldet und nicht zuletzt mit ihrer Publikation *Kindgerechte Sexualerziehung* von 1992, in der sie infolge einer vermeintlich neuerlichen Sexwelle für eine Neuorientierung der Sexualerziehung eintritt, zunehmend Gehör erlangt, sollen die Thesen Meves' im Folgenden Erwähnung finden. Ab den 1990er Jahren werden Meves' Ausführungen häufiger von evangelikalen, katholisch-fundamentalistischen und neurechten Gruppierungen herangezogen, um eine repressive Sexualerziehung zu

1570 Lehmann (03.01.1994).

1571 Schildt & Siegfried (2009: 245).

1572 Meves [Katholische Monatsschrift] (1994a: 122). Die Monatsschrift wird von Johannes Bökmann herausgegeben, der seine konservativ-christliche Haltung zu vorherigen Materialien kundgetan hatte.

1573 Ebd.: 115.

1574 Ebd.

begründen. Aktuell rekurrieren Kritiker:innen einer diversitätssensiblen Sexualerziehung auf Meves' Position, etwa die Initiative *Besorgte Eltern*, in deren »Expertenetzwerk«<sup>1575</sup> die Therapeutin aufgeführt wird. Die Initiative begreift sich als soziale Bewegung von rechts und wendet sich unter anderem gegen die verpflichtende Teilnahme an der schulischen Sexualaufklärung.<sup>1576</sup>

Infolge einer von Meves propagierten Sexwelle, die zum Beispiel mit *Let's talk about Sex* »bewußt« fortgeführt werde, zeichnet die Jugendpsychologin ein kulturpessimistisches Szenario: »[V]orangetrieben durch eine systematische Labilisierung der jungen Generation« intendiere die liberale Sexualerziehung mit ihrem »bindungslosen »revolutionären Potenzial« die »Zerstörung unserer gesellschaftlichen Ordnung«<sup>1577</sup>.

Die propagierte »schrankenlose Liberalisierung« des Sex-Heftes etwa suggeriere Beliebigkeit – auch von Beziehungskonstellationen. Ebenso sei die Strategie »Kinder durch eine möglichst früh einsetzende sexuelle Betätigung aus dem Schutzraum der Familie herauszulösen« ein »Ansatzpunkt zur politischen Aufwiegelung gegen die bestehende Ordnung«. Die »Lächerlichmachung« von Elternansichten in der Broschüre stelle bereits den Versuch dar, »die jungen Menschen aus ihren Beziehungen zu lösen«<sup>1578</sup>. Mit der Gleichsetzung von Homo- und Heterosexualität werde zudem eine »sozialistische Gleichheitsideologie«<sup>1579</sup> bemüht und eine »Pseudo-Emanzipation«<sup>1580</sup> erreicht, die die Jugendlichen eher gefährde, denn: »Warum wird den Jugendlichen ausgerechnet die Homosexualität, nachdem sich der Analverkehr als eine Hauptinfektionsquelle für Aids erwiesen hat, nun auch noch als das Heroische, bisher so wenig Anerkannte, geradezu ans Herz gelegt?«<sup>1581</sup>

Manche Jugendlichen würden irritiert, wenn davon gesprochen werde, dass homosexuelle Gefühle auf Dauer nicht verleugnet werden dürfen. Dies setze voraus, so Meves, dass Homosexualität angeboren sei, was nicht stimme (sie führt hier eine Studie des *Batelle-Instituts* Seattle heran, die ausführe, dass nur ein bis zwei Prozent der Bevölkerung ausschließlich ho-

1575 Ebert (2015).

1576 Vgl. Grün & Teidelbaum (2014: 19); Kemper (2014: 18).

1577 Meves [Katholische Monatsschrift] (1994a: 121).

1578 Ebd.: 120.

1579 Ebd.: 121.

1580 Ebd.: 114.

1581 Meves [Katholische Monatsschrift] (1994a: 118).



mosexuell seien).<sup>1582</sup> Tatsächlich neigten Jugendliche in »der sogenannten homoerotischen Phase im Jugendalter [...] zunächst [!] zu einem gleichgeschlechtlichen Schwarm«, wobei sie sich »harmlos [!] erotisch in eine besonders >tolle Type< des gleichen Geschlechts«<sup>1583</sup> verliebten. Diese Schwärmerie sei temporär begrenzt. Darauf gehe das Aufklärungsbuch allerdings nicht ein. Diese »Desinformation« suggeriere den Jugendlichen, die mit dem Trend der »angeblichen Gleichwertigkeit der Homosexualität« mitgehen und sich »tapfer damit solidarisieren«<sup>1584</sup> wollen: »Dann praktiziere doch auch diesen so besonderen Sex, mit dem du dich aus dem Gewöhnlichen, dem Üblichen, dem Heterosexuellen heraushebst.«<sup>1585</sup> Weil homosexuelles Verhalten »in Broschüren als erstrebenswert hervorgehoben und gleichzeitig der häufige Partnerwechsel als normal dargestellt« werde, würden Jugendliche nicht nur »umgepolt«, zudem werde »Aids auch in die heterosexuellen Beziehungen der jungen Generation hineingetragen«<sup>1586</sup>. Mit der Prämisse der Vermeidbarkeit von Homosexualität baute Meves eine Gefahrenkulisse auf, die Schwule als Opfer einer sexualpädagogisch initiierten Fehlleitung und Täter einer vorsätzlichen Ansteckung des Volkes erkannte.

Die Abwertung gleichgeschlechtlicher Lebensentwürfe, sei es aufgrund von traditionellen Ordnungsvorstellungen oder im Zuge des Schulddiskurses in der Aids-Krise, war im hegemonialen Mediendiskurs durchaus gebräuchlich. Bezeichnend hierfür ist Nissens Äußerung, die Broschüre folge »dem Trend radikaler Schwulen-Gruppen«, wobei den Adressat:innen »eingetrichtert [wird], daß es sich um Diskriminierung handelt, daß Homosexuelle nicht heiraten und keine Kinder adoptieren dürfen [...]«<sup>1587</sup>. Selbst durch Dekontextualisierung versucht der Journalist konservative Deutungsmuster zu etablieren, etwa wenn er die Aussage einer Jugendlichen (Gundula, 17 Jahre) aus der Broschüre fragmentarisch wiedergibt: »Logo hab' ich schon mit Jungs gepennt, die ich nur geil fand [...]«<sup>1588</sup>. Um den ursprünglichen Sinngehalt der Aussage zu verdeutlichen, wird im Folgenden das gesamte Zitat wiedergegeben. Dieses stellt eine von zwei

1582 Ebd.

1583 Ebd.

1584 Ebd.

1585 Ebd.

1586 Ebd.

1587 Nissen [Allgemeine Zeitung Mainz] (31.12.1993).

1588 Ebd.

durch die Herausgebenden ausgewählten Antworten auf die Frage, ob »Sex nur mit Liebe«<sup>1589</sup> möglich sei, dar:

»Logo hab' ich schon mit Jungs gepennt, die ich nur geil fand. Aber so ganz der Hit war das nicht, jedenfalls kein Vergleich zu dem, was Sven und ich zusammen fühlen. Nich', daß ich jetzt anderen was an die Backe labern will, daß sie das Rummachen sein lassen sollen. Ich hab' einfach Super-Glück mit Sven gehabt. Ich wußte vorher auch nicht, wie scharf Liebe machen kann. Klingt 'n bißchen komisch, aber is' das Geilste, was du dir vorstellen kannst.«<sup>1590</sup>

Allein die Aussage von Gundula, für die die Liebe zu ihrem Sven »das Geilste« sei, zeigt, dass die Kritik, das *Sex-Heft* propagiere Sexualität ohne Liebe, nicht haltbar ist. Auch auf Seite 15 wird in einem Potpourri aus Zitaten von Jugendlichen zum Thema Liebe unter anderem angeführt, dass »Sex ohne Liebe [...] eine kalte Veranstaltung«<sup>1591</sup> sei. Nicht zuletzt artikulieren die Autor:innen bereits im Vorwort der kritisierten Broschüre: »[...] es gibt immer eine Doppelseite für ein Thema. Bis auf die Liebe, die hat vier Seiten, weil sie's wert ist«<sup>1592</sup>. Sexualität wird nach wie vor als in festen Partnerschaften erwünscht verhandelt. Unverständlich sei auch für Scharping, dass der Broschüre vorgeworfen werde, sie propagiere »Sexualität als bloße eigene Lusterfüllung ohne Rücksicht, ohne Sinnerfüllung, ohne Orientierung, ohne Liebe und gegenseitige Achtung«<sup>1593</sup>. Diese Vorhaltungen könnten nur jene äußern, die die Broschüre nicht gelesen hätten. Ebenso deutlich äußert sich die Redakteurin der MRZ Irmela Heß in ihrem Kommentar zum *Sex-Heft* mit dem Titel »Erst lesen, dann denken, dann streiten« vom 8. Januar 1994.<sup>1594</sup> Die massive Kritik an der Sprachwahl der Autor:innen hielt Scharping ebenso für übertrieben. In seinem Brief an Bischof Lehmann schreibt er:

»Nun gibt es diese Sprache aber, unter Jugendlichen und Erwachsenen, im privaten Gespräch und in anderen Räumen. Wer so tut, als gäbe es diese Rea-

1589 LZG (1993: 25).

1590 Ebd.

1591 Ebd.: 15.

1592 Ebd.: 2.

1593 Scharping (1994).

1594 Hess [Mainzer Rhein Zeitung] (08.01.1994).

lität nicht, der schneidet sich den Zugang und die Möglichkeit des Gespräches gerade mit solchen Jugendlichen, die schwer ansprechbar sind ab oder erschwert sie.«<sup>1595</sup>

Die Reaktionen um *Let's talk about Sex* blieben in der restlichen Bundesrepublik und selbst in Übersee nicht unberücksichtigt. Bis Juli 1994 thematisierten um die 600 Presseartikel in und außerhalb der BRD die Broschüre und die laufenden Diskussionen.

Die *taz* witzelte am 10. Januar 1994 darüber, dass das *Sex-Heft* »Konservative und Christen in Mainz in Rage geraten« lasse, und fragt sich, aus welchem Verkehr man das Heft ziehen wolle: »Aus dem Analverkehr?«<sup>1596</sup> Unter dem Titel »Wichsen Bischöfe?« befand Ivo Bozic im *Neuen Deutschland* die Broschüre für jugend- und zeitgemäß. Man könne die Jugend heute nicht mehr »mit altem Kühlhausvokabular [...] ansprechen«, sonst müsse man »sich nicht wundern, wenn die Broschüre in den Amtswartezimmern liegen bleibt«<sup>1597</sup>. Neben der zeitgemäßen Sprache zeichne sich das Heft dadurch aus, dass es mit alten Tabus wie Homosexualität und Onanie aufräume. Der Landauer Sexualpädagoge Norbert Kluge pflichtete gegenüber der Lokalzeitung *Rheinpfalz* bei, dass er die Broschüre für ein »ehrliches, jugendnahes Gesprächsangebot« und »ein Stück Lebenshilfe«<sup>1598</sup> halte.

Selbst das *TIME Magazine New York* berichtete am 24. Januar 1994 über den »breezy title« [kesser Titel] und »earthy slang«<sup>1599</sup> [derber Jargon] der Broschüre. Darin war eine ganz eigene Version der Debatte zu lesen: Demnach habe die Landesregierung angesichts der drohenden Rücknahme den Kompromiss ausgehandelt, dass die Broschüre zwar in Jugendeinrichtungen und Diskotheken ausgelegt werde, aber nicht in Schulen: »Facing calls for its withdrawal, the government by week's end carved out a compromise: the pamphlet will be distributed at youth recreation centers and discos, but not to schools.«<sup>1600</sup>

Die Jugendzeitschrift *POP-Rocky* legte die Broschüre als Dünndruckausgabe in einer Auflage von 333.000 Stück bei. Wenig überraschend

1595 Scharping (1994).

1596 O. A. [die tageszeitung] (10.01.1994).

1597 Bozic [Neues Deutschland] (13.01.1994).

1598 Kluge [Rheinpfalz] (10.01.1994).

1599 O. A. [TIME Magazine] (24.01.1994).

1600 Ebd.

war die erste Auflage des Heftes bereits Ende Januar 1994 vergriffen.<sup>1601</sup> Als eines der ersten Medienformate berichtete die *Ärzte Zeitung* am 18. Januar, dass die hohe »Nachfrage mit Landesmitteln nicht befriedigt werden könne«<sup>1602</sup>. Täglich erreichten den Vorsitzenden der zuständigen Landeszentrale Thilo Schmidt-von Hülst »Hunderte von Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet«<sup>1603</sup>. Vor allem kirchliche Einrichtungen und ältere Menschen hätten einen Bedarf an dem *Sex-Heft*. Diese Nachricht verriet, dass infolge der Debatten um die Broschüre diese nicht in erster Linie der ursprünglichen Zielgruppe zukam, sondern die breite Nachfrage anderer Interessent:innen Engpässe in der Jugendarbeit zur Folge hatte.

In Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahlen urteilte Sozialminister Galle, dass die CDU »eine sachliche Diskussion über die Broschüre zu verhindern« wisse und diese stattdessen für »eine politische Auseinandersetzung« instrumentalisieren. »Nicht nur viel Unwahres und Einseitiges« sei infolgedessen öffentlich verbreitet worden, auch der Minister und seine Familie würden »beschimpft, beleidigt und gedemütigt«<sup>1604</sup>. Dass Galle von einigen Kreisen fortan als *Porno-Minister* titulierte wurde, trug zur empfundenen Erniedrigung bei.

Dass sich nicht nur in den öffentlichen Medien ein Dualismus zwischen CDU und SPD hinsichtlich der Bewertung der Broschüre abzeichnete, sondern auch in den Debatten im Landesparlament, zeigen zwei Anfragen (beide CDU) und deren Beantwortung durch Sozialminister Galle (SPD). In einer mündlichen Anfrage an die Landesregierung formulierte der Landtagsabgeordnete Böhr (CDU):

»Erachtet die Landesregierung das [...] Sex-Heft als die richtige Form, Jugendliche mit Fragen der Sexualität vertraut zu machen, und entsprechen nach Auffassung der Landesregierung Aufmachung, Themenwahl, Themengewichtung und Sprache dieser Broschüre den vom Grundgesetz und von der Verfassung für Rheinland-Pfalz vorgegebenen Wertentscheidungen für Ehe und Familie?«<sup>1605</sup>

**1601** Vgl. Sabo & Wanielik (1994: 29).

**1602** O. A. [*Ärzte Zeitung*] (19.01.1994).

**1603** Ebd.

**1604** Landtag Rheinland-Pfalz 12. Wahlperiode: Plenarprotokoll 12-70 (20.01.1994: 5500).

**1605** Landtag Rheinland-Pfalz 12. Wahlperiode: Drucksache 12-4061 (06.01.1994).

Darauf antwortete Galle am 20. Januar auf der 70. Sitzung des Landtags, dass die zuständige Landeszentrale »zugegeben – einen unkonventionellen Weg« zur Sexualerziehung und HIV-Prävention gegangen sei, was »in Anbetracht von bisher 151 AIDS-Toten in Rheinland-Pfalz [...] sicherlich keine verwerfliche Entscheidung«<sup>1606</sup> darstelle. Galle argumentierte, dass das *Sex-Heft*, welches einen »Baustein von Maßnahmen zur AIDS-Prävention« bilde, »sehr wohl menschliche Wärme, Liebe und Zuneigung«<sup>1607</sup> vermittele, wenngleich ein Gros der Berichterstattung das Gegenteil behauptete. Zudem lasse die »Form der Aufbereitung [...] eine hohe Akzeptanz bei der Zielgruppe erwarten«, die »folgerichtig auch in der Broschüre zu Wort«<sup>1608</sup> komme. Die Konzeption sei zum einen von einem Fachinstitut durch einen sogenannten Pretest und zum zweiten durch »zwei wissenschaftliche Gutachten [...] ausdrücklich befürwortet«<sup>1609</sup> worden. »Themenwahl und Themengewichtung« seien einmal von der Zielgruppe selbst – »14- bis 18jährige Jugendliche im Rahmen der außerschulischen offenen Jugendarbeit« – und außerdem aus wissenschaftlichen Kreisen – »ich nenne zum Beispiel den Landauer Sexualpädagogen Professor Kluge und Herrn Professor Dr. Schmidt von der Abteilung für Sexualforschung der Psychiatrischen und Nervenklinik des Universitätskrankenhauses Hamburg-Eppendorf« – »als zutreffend gewertet«<sup>1610</sup> worden. Galle weiter:

»Diese nach Inhalt, Form und Sprache um den Zugang zu Jugendlichen bemühte Broschüre zum Thema Sexualität sollte einen Beitrag zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen Menschen auf Entwicklung einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit leisten. Zu keinem Zeitpunkt sollte in die verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen, etwa der Ehe oder der Familie, eingegriffen werden. Auch in seiner Würde und Ehre sollte niemand verletzt werden. Der Vorrang des Elternrechts bei der Erziehung bleibt durch ein solches Angebot unberührt.«<sup>1611</sup>

1606 Landtag Rheinland-Pfalz 12. Wahlperiode: Plenarprotokoll 12-70 (20.01.1994: 5500).

1607 Ebd.: 5501.

1608 Ebd.

1609 Ebd.

1610 Ebd.

1611 Ebd.

Nachdem Kultusministerin Rose Götte in der Pressemitteilung am 13. Januar 1994 mitgeteilt hatte, dass sie keine Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Broschüre an Schulen habe<sup>1612</sup>, vernahm man nicht nur in der Presse erneut ablehnende Stimmen, etwa von Landeselternsprecher Hans Althoff oder von Gerster, der sich getäuscht fühlte und von einer »Ohrfeige« für Scharping und einem »Eiertanz«<sup>1613</sup> der Regierung sprach. Die *Rheinpfalz* sprach inzwischen von einem »Kreuzzug«<sup>1614</sup> des CDU-Abgeordneten gegen die Broschüre. Auch im Landtag äußerten sich Abgeordnete über die vermeintliche Diskrepanz zwischen Scharpings und Göttes Äußerungen. Helga Hammer (CDU) stellte am 14. Januar eine Kleine Anfrage an die Landesregierung, an welchen Schulen die Broschüre eingesetzt werde und inwiefern »Eltern in die Entscheidung über den Einsatz der Broschüre im Unterricht einbezogen«<sup>1615</sup> würden. Götte antwortete darauf, dass – wie bereits Scharping in seinem Brief an Bischof Lehmann ausgeführt hatte – die Broschüre »nicht an den Schulen verteilt« werde, es aber in pädagogischer Eigenverantwortung jeder Lehrkraft liege, ob und wie das *Sex-Heft* im Unterricht eingesetzt werde. Mit Verweis auf die Richtlinien zur Sexualerziehung (1987) führt Götte schließlich aus, dass die Eltern rechtzeitig über Ziel, Inhalt und Gestaltung der Sexualerziehung unterrichtet werden müssen.<sup>1616</sup> Das Einverständnis der Eltern sei allerdings nicht erforderlich. Unterstützung erhielt die SPD von der Opposition, zuvorderst von den Grünen, die bei der Rede Galles applaudierten<sup>1617</sup> und sich in der Presse für die Broschüre sowie deren Verwendung im Schulkontext aussprachen.<sup>1618</sup>

Da auch der Landesvorsitzende der SPD Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, den Eindruck hatte, dass viele Diskussionsteilnehmende »gar nicht

**1612** Bereits im Vorfeld hatte der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Tilman Boehlkau die Pädagog:innen ermutigt, das *Sex-Heft* im Unterricht einzusetzen (vgl. Böckmann [Die Rheinpfalz], 14.01.1994).

**1613** O. A. [Mainzer Rhein Zeitung] (14.01.1994).

**1614** Böckmann [Die Rheinpfalz] (14.01.1994).

**1615** Landtag Rheinland-Pfalz 12. Wahlperiode: Drucksache 12-4295 (03.02.1994).

**1616** Vgl. ebd.

**1617** Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz 12. Wahlperiode: Drucksache 12-70 (20.01.1994: 5500–5501).

**1618** Vgl. u. a. Parade [Tagesspiegel] (09.01.1994).

kennen, was sie kritisierten«<sup>1619</sup>, beauftragte dieser eine Anhörung im sozialpolitischen Ausschuss. Am 1. März 1994 befragte dieser Ausschuss Expert:innen aus Schule und Wissenschaft bezüglich der Broschüre – Jugendliche kamen ebenso wie im öffentlichen Diskurs auch hier nicht zu Wort. Nachdem der sozialpolitische Ausschuss die Ergebnisse der Anhörung am 14. April beraten hatte, wurde eine Neuauflage der Broschüre im Juni 1994 beschlossen. Zudem wurde eine Veröffentlichung in Auftrag gegeben, die jene Debatten und Ereignisse rund um die Broschüre erfassen und rekonstruieren sollte. Die Dokumentation erschien noch im Sommer 1994 im Verlag Peter Sabo.<sup>1620</sup> 1996 erschien schließlich die zweite Auflage von *Let's talk about Sex*. Wenngleich diese in Text- und Bild nicht entschärft wurde, löste sie keine erneute öffentliche Debatte aus.

Der Diskurs um die Broschüre im Jahr 1994 muss vor dem Hintergrund der Aids-Krise dekonstruiert werden. Die Angst um eine Pandemie und die in den Medien meist hysterisch hervorgebrachten Ansteckungswege sedimentierten sich in den Debatten um eine adäquate Sexualerziehung, die einem Risikodiskurs zugeführt wurden und in einem dominanten Treue- und Keuschheitsdiskurs mündeten. Dessen Performativität zu ergründen vermag Aussagen darüber zu generieren, inwiefern die Jugend als althergebrachte Risikogruppe angesichts neuer Gefahren in der *Risikogesellschaft* (Ulrich Beck) rekonstruiert wurde, wie sich die Diskurspositionen bezüglich autosexueller Betätigungen gegenüber dem als riskant eingestuften Geschlechtsverkehr verschieben und so eine Überhöhung des heterosexuellen Ideal ablösen, und welche Narrative in Bezug auf nicht-heterosexuelle Interaktionen zum Einsatz kommen, die in der Broschüre Erwähnung finden und im öffentlichen Diskurs wahlweise als vermeidbar oder virulent formuliert werden.

Sager zustimmend kann aufgezeigt werden, dass Aids »die Sexualpädagogik und Sexualaufklärung vor neue Herausforderungen stellte«<sup>1621</sup>. Der Umgang mit HIV und Aids wurde in der Folge in den Themenkanon der Sexualekdidaktik und -konzepte aufgenommen, der sich an den KMK-Richtlinien zur geschlechtlichen Erziehung in der Schule von 1968 orientierte. Ob und wie die Thematik aufgegriffen und in andere Aspekte der

1619 Beck, Kurt; zitiert nach: o. A. [Mainzer Rhein Zeitung] (10.01.1994).

1620 Die Dokumentation erleichterte auch den Feldzugang, da ausgewählte Artikel, Stellungnahmen und Briefe einfacher zugänglich waren.

1621 Sager (2015a: 194).

Sexualität eingebunden wurde, geriet in der Folgezeit zum Qualitätsmerkmal von Aufklärungsmaterialien.<sup>1622</sup>

### 5.3 Ausblick: Die ständige Sorge um die bedrohte Nation

»Odysseus, oh! Weiser Odysseus! Sei auf der Hut!  
Die Schläuche, die du nur verschlossest, sind offen,  
die Winde sind schon entfesselt; verlässt du nur einen  
Augenblick noch das Ruder, ist alles verloren. Nun hat  
sich die zweite Geburt, von der ich sprach, vollzogen.«

*Jean Jacques Rousseau (2004 [1762]: 440)*

Etymologisch verweist der Begriff der Jugend »auf die Annahme einer Virginität, also eine noch fehlende bzw. noch gar nicht erwachte Sexualität, deren Bewahrung mit der Durchsetzung der Moderne zunehmend in den Fokus pädagogischer Bemühungen rückte«<sup>1623</sup>. Die Zeit der Pubeszenz wird folgerichtig als »zweite Geburt« (Rousseau) und »bedeutender Einschnitt in die Persönlichkeitsentwicklung«<sup>1624</sup> (Albert Scherr) konstruiert und pädagogisiert. Die Geschlechtsentwicklung bildet folgerichtig die zentrale Aufgabe in der Jugendphase, die vonseiten verschiedener Erziehungs- und Sozialisationsinstanzen entsprechend normativer Sexualitätsvorstellungen und erwünschter Geschlechterbeziehungen zu formen, zu kultivieren versucht wird. Angesichts immerwährender Risiken, denen die ausgemachte Problemgruppe der »verführbaren« Jugend ausgesetzt ist, wurde diese zum ewigen Gegenstand öffentlicher Sorgesdiskurse. Diese waren nicht erst seit der Anti-Onanie-Kampagne im 19. Jahrhundert von Versuchen geprägt, den wenn auch unvermeidlichen »Augenblick der Krisis«<sup>1625</sup> (Rousseau) hinauszuzögern. Die »moralischen Paniken«<sup>1626</sup> um die Sexualität Heranwachsender, »die zyklisch auftretenden Diskussionen

**1622** So wurde zum Beispiel 1989 das Aufklärungsbuch *Hurra, wir sind nicht schwanger* für »eine junge, sexuell unerfahrene Leserschaft« kritisiert, da das ursprünglich auf Englisch erschienene Taschenbuch zwar »in leicht verständlicher Diktion« über STI aufkläre, allerdings Aids nicht erwähnt werde (vgl. o. A. [Spiegel], 27/1989: 175).

**1623** Klein & Sager (2010: 96).

**1624** Scherr, Albert (2009); zitiert nach: Klein & Sager (2010: 96).

**1625** Rousseau (2004 [1762] : 439).

**1626** Heidenreich & Herrmann (01.02.2014).



über jugendsexuelle Katastrophen«, spiegeln dabei Sexualforscherin Silja Matthiesen zufolge »eher die Ängste der Erwachsenen als reale Verhältnisse bei den Jugendlichen wider«<sup>1627</sup>. Unter diesen Vorzeichen ließ sich die vorliegende Diskursanalyse von der Frage Foucaults leiten: »[W]arum ist das sexuelle Verhalten, warum sind die dazugehörigen Betätigungen und Genüsse Gegenstand moralischer Sorge und Beunruhigung? [...] Warum diese Problematisierung?«<sup>1628</sup>

Sicherlich können partikular-strategische oder psychodynamische Gesichtspunkte in den Blick genommen werden. Zum Beispiel kann es Sympathiepunkte oder Wählerinnen:stimmen bringen, wenn es gelingt, dem politischen Gegner die Verantwortung an unerwünschten Erscheinungen, etwa der »Auflösung der sittlichen Grundlagen unserer Gesellschaft«<sup>1629</sup>, anzulasten. Darüber hinaus stillen ausgedehnte Berichterstattungen über das Sexualverhalten der Bevölkerung oder über problematisierte Praktiken, Ansichten oder Konzepte sexueller Bildung den Voyeurismus der Leser:innen und verheißen hohe Auflagen.

Die kommunikativen Handlungen der diskursiven Akteur:innen dürfen aber nicht nur im Lichte von Partikularinteressen gelesen, sondern müssen mit Blick auf die wirklichkeitskonstituierende Machtwirkung von Diskursen bestimmten Diskurssträngen und -positionen zugeordnet werden, die innerhalb eines Sexualitätsdispositiv machtvolle Strukturen ausbilden können. Insofern ist das kommunikative Handeln innerhalb dieser Diskurse nicht *unschuldig*, sondern mit der Durchsetzung von Macht verbunden, die letztlich das, »was Menschen als Welt, in der sie leben, individuell wie kollektiv erfahren«, und damit »das gesellschaftliche Sein der Menschen«<sup>1630</sup> beeinflusst. Indem das Konzept des Framings in die Diskursanalyse integriert wurde, wonach ein bestimmter (metaphorischer) Sprachgebrauch Auswirkungen auf die Wahrnehmung und das Handeln hat, sollte die subjektkonstituierende Bedeutung von Sprache noch einmal aus kognitionswissenschaftlicher Sicht hervorgehoben werden.

Mit der Negierung einer vordiskursiven Realität oder Wahrheit wird Butler folgend davon ausgegangen, »dass die bloße Idee, es gäbe eine Natur des Geschlechts oder eine natürliche Sexualität, eben eine Idee ist, also

1627 Matthiesen, Silja; zitiert nach: ebd.

1628 Foucault (1986: 17).

1629 O.A. [Spiegel] (10.08.1970: 27).

1630 Bührmann & Schneider (2012: 28).

keine Tatsache«<sup>1631</sup>. Die dokumentierten Auseinandersetzungen stellten so in aller erster Linie die Wirkungsmächtigkeit der Heterosexualität als dem vermeintlich natürlichen Begehren unter Beweis. Vermittels dominanter Topoi und Narrative werden Geschlechtnormen (re-)produziert, die »bestimmte[ ] Ideale von Weiblichkeit und Männlichkeit« artikulieren und »fast immer mit der Idealisierung der heterosexuellen Bindung in Zusammenhang stehen«<sup>1632</sup>. Im Mediendiskurs um den Sexualkunde-Atlas wurden diese hegemonial im Rahmen von Sittlichkeitspostulaten verhandelt, die das postfaschistische Handeln prägen sollten. Im Zuge der Aids-Krise wurde das heterosexuelle Ideal unter Zuhilfenahme medizinischer Diskurse abgesichert, schließlich erschien es sogar aus epidemiologischen Gründen wenig erstrebenswert davon abzuweichen. Indem Ende der 1960er Jahre durch romantisierendes und mystifizierendes Sprechen über Sex eine erwünschte gesellschaftliche Ordnung vergeschlechtlicht und als natürlich gesetzt wurde, gelang es ab Mitte der 1980er Jahre (natur-)wissenschaftlich gestützt über die Referenz auf Körperöffnungen eine bestimmte geschlechtliche Ordnung zu stabilisieren. Gleichsam wurde im Kontext der Auseinandersetzung mit *betrifft: sexualität* die Alternativlosigkeit traditioneller Beziehungsmodelle dadurch plausibilisiert, dass wiederholt auf die Gefahr des Aussterbens des deutschen Volkes hingewiesen wurde. Das apokalyptische Szenario sollte biopolitische Maßnahmen auf Kosten der sexuellen Selbstbestimmung und lustaffirmativer Pädagogikkonzepte rechtfertigen.

Des Weiteren erfolgt infolge eines populär verengten Sexualitätsbegriffs hartnäckig über alle Diskurse hinweg eine Verneinung bzw. Ausblendung der kindlichen Sexualität. Die Erwähnung des Kindes erfolgt vielmehr in einem Gefahrendiskurs, der »die von Geburt an bedrohte Natur des Kindes durch die falschen Übergriffe der Erwachsenen«<sup>1633</sup> thematisiert. Waren es 1969 noch die ungeschminkten sexualbezüglichen Informationen im Sexualkunde-Atlas, die womöglich traumatisierten, wurde 1979 befürchtet, dass die wertfreien Verhütungsempfehlungen in *Muß-Ehen muß es nicht geben* zur Nachahmung ermunterten. In beiden Diskursen wurde ebenso die schulische Sexualerziehung per se als Gefahrenkulisse heraufbeschworen, die sich dem Wohle des Kindes, mit Sicherheit aber

1631 Villa (2012: 100).

1632 Butler, Judith; zitiert nach: Villa (2012: 101).

1633 Andresen (2001: 52).

der elterlichen Vollmacht entzogen. Ein wiederkehrender Topos ist der der »Frühsexualisierung«. 1994 wurden dagegen im Gefahrendiskurs »Kind« der Folgenreichtum einer ausschweifenden Sexualität verhandelt, die letztlich auch Kinder und Jugendliche den Folgen von Aids aussetze, weshalb diese über die Gefahren aufgeklärt und die vorgeblich oder potenziell Schuldigen zur Disziplinierung angehalten werden sollten. Ganz gleich, mit welchen phobischen Narrativen der Gefahrendiskurs um die Kindheit und Jugend geführt wird, immer spielt dieser »gezielt mit der Angst vor dem Chaos«<sup>1634</sup>, stets gilt die konstruierte Krise der »Sorge um die bedrohte Nation«<sup>1635</sup>. Diese wird auch in jüngeren und jüngsten Diskursen evident und zeigt sich mustergültig in den durch extrem rechte Kräfte initiierten Angriffen auf die sexualpädagogischen Materialien *Körper, Liebe, Doktorspiele* sowie *Sexualpädagogik der Vielfalt*. Im Folgenden wird insbesondere auf jene Texte und Akteur:innen fokussiert, die den sinnbildlichen Stein ins Rollen brachten. Diese werden in einen größeren diskursiven Kontext eingeordnet, in dem die Problematisierungen stattfanden und auch öffentlichkeitswirksam wurden. Mit Rückschau auf die zuvor dokumentierten Diskurse wird eine vergleichende Überblicksanalyse versucht, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben will, sondern Phänomene diskurshistorisch einzuordnen versucht, die derzeit im Zuge eines gemutmaßten »gesellschaftspolitischen Rollbacks«<sup>1636</sup> herausgestellt werden.

Dass es in den Jahren 2007 und 2014 so extensiv gelang, die betreffenden sexualpädagogischen Materialien öffentlich anzuprangern, wird mit Blick auf den gesellschaftspolitischen Diskurs innerhalb extrem rechter Gruppierungen nicht als zufällige Erscheinung verstanden, sondern wird mit zwei Wellen rechtsextremer Proteste in der BRD in Verbindung gebracht, die sich gegen eine Liberalisierung der Geschlechter- und Familienpolitik richteten. Die Erziehungswissenschaftlerin Juliane Lang stellt einen ersten Kumulationspunkt um 2007 und einen zweiten ab 2013/14 (zeitgleich zur Herausbildung der *Alternative für Deutschland*) heraus, in denen vermehrt gleichstellungspolitische Bemühungen »in bundesdeutschen Leitmedien wie dem *Spiegel* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*«<sup>1637</sup> kritisiert

1634 Schreiber (2015: 15).

1635 Andresen (2001: 52).

1636 BMH (2016: 9).

1637 Lang (2015: 170). Kursivschreibung i. O.

und diffamiert wurden. Verhandelt wurden dabei prominent der Begriff *Gender* sowie die gleichstellungspolitische Strategie des *Gender-Mainstreaming*. Dies begreifen Hark und Villa insofern als »historisches Novum«, als im Kontrast »zu den historischen Vorläufern des Anti-Feminismus [...] heute gegen ein akademisches Konzept mobilisiert«<sup>1638</sup> wird. 1996 entwickelte die EU ein Konzept zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und verpflichtete 1997 im Vertrag von Amsterdam die Beitrittsstaaten zum sogenannten *Gender-Mainstreaming* mit dem Ziel, die »Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu erreichen«<sup>1639</sup>. *Gender-Mainstreaming*, das seit 1999 auch für die Bundesrepublik handlungsleitend ist, wird dabei als Instrument verstanden, mit dessen Hilfe »gesellschaftliche Strukturen und Praktiken sowie das Verhältnis zwischen Frauen und Männern radikal überdacht werden [...], um die tief sitzenden und oft verborgenen Ursachen für Ungleichheiten auszumerzen«<sup>1640</sup>.

Die Idee von gewordenen Geschlechterverhältnissen als Resultat einer Verewigungarbeit (Bourdieu) wird von rechten Gleichstellungskritiker:innen verworfen und einer naturalistischen und/oder gottgewollten Vorstellung von Geschlecht gegenübergestellt, die eine grundsätzliche Verschiedenheit der Geschlechter postuliert. Die bisherigen Erkenntnisse der Sozialwissenschaften werden dabei ignoriert, wonach vergeschlechtlichte Rollenerwartungen nicht nur historisch variieren, sondern auch »je nach Kulturkreis, ethnischer Herkunft, Religion, Bildung, sozialer Klasse sowie nach dem geographischen, wirtschaftlichen und politischen Umfeld«<sup>1641</sup>. Stattdessen wird der analytischen Kategorie *Gender* und in der Folge den Gender Studies jegliche Wissenschaftlichkeit und der Gleichstellungspolitik jegliche Handlungsgrundlage abgesprochen. Zugleich aber werde Gender zu einem Grundsatz stilisiert, nach dem der Staat handle. Die rechte Gleichstellungskritik, der »Anti-Genderismus«<sup>1642</sup>, versteht sich damit als »Gegendiskurs zu einem hegemonialen, gleichstellungsorientierten Diskurs um die Ordnung der Geschlechter«<sup>1643</sup>. Unter Gender wird dementsprechend spätestens seit 2007 eine

1638 Hark & Villa (2015: 26).

1639 Europäische Kommission Referat B4 (2004: 5).

1640 Ebd.: 7.

1641 Ebd.: 11.

1642 Hark & Villa (2015: 7).

1643 Lang (2015: 172).

umfassende Kulturkritik von rechts formuliert, die zuvor bereits die NPD mit expliziteren aggressiven und völkischen Narrativen führte und nun infolge einer daran anschlussfähigen Skandalisierung sexualpädagogischer Materialien in den Verbreitungsmedien der BRD popularisiert wurde.<sup>1644</sup>

Als musterhaft kann dabei die öffentliche Debatte um die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) von 2001 bis 2007 herausgegebenen Broschüren *Körper, Liebe, Doktorspiele* gelten. Das zwei Bände umfassende Aufklärungsmaterial war vornehmlich an Eltern und Erziehende in Kindertageseinrichtungen adressiert und beinhaltete Informationen über die frühkindliche Sexualität (erstes bis drittes Lebensjahr, Band 1) und die sexuelle Entwicklung von Kindern im Vorschulalter (viertes bis sechstes Lebensjahr, Band 2). Nachdem die Broschüre im Sommer 2007 medial skandalisiert worden war, ließ die damalige verantwortliche Bundesministerin Ursula von der Leyen diese zurückziehen und »diverse andere, von der BZgA in Auftrag gegebene Medien für Kinder auf Eis legen«<sup>1645</sup>. Mit dem Material sollte dem nach wie vor wissenschaftlich marginalisierten und öffentlich tabuisierten Thema der kindlichen Sexualentwicklung Aufklärung entgegengesetzt werden. Elisabeth Pott, zu dieser Zeit Direktorin der BZgA, gab retrospektiv gegenüber dem *Spiegel* an, dass die »frühkindliche Sexualentwicklung [...] ein schwieriges, hochsensibles Gebiet«<sup>1646</sup> und die Broschüre deshalb sorgfältig entwickelt und evaluiert worden sei. Mit diskurshistorischem Blick erkennt Sager spätestens ab 2004 die Tendenz einer Re-Tabuisierung kindlicher Sexualität, die sie als Folge der öffentlichen Diskursivierung von sexueller Gewalt und Missbrauch vermutet.<sup>1647</sup> Die Aussage Potts kann in diese Spannungslage eingebettet werden. Eine kurze Rekonstruktion des Diskurses um die Informationsbroschüren soll zeigen, wie der Gefahrendiskurs Kind reproduziert und mit einer rechten Kulturkritik verschränkt wird, die bis heute das öffentliche Streiten (nicht nur) um die sexuelle Bildung prägt.

**1644** Als einer der frühen archetypischen Texte, die eine massive Kritik an Gender und Gender-Mainstreaming in den Leitmedien üben, wird Volker Zastros Kommentar »Gender Mainstreaming – Politische Geschlechtsumwandlung« in der FAZ von 2006 benannt.

**1645** Sielert (2011: 263).

**1646** Zitiert nach: Badenschier [Spiegel Online] (31.07.2007).

**1647** Sager (2015a: 230).

### 5.3.1 Das Hofieren rechter Kulturkritik im Diskurs um Körper, Liebe, Doktorspiele

Am 29. Juni widmete sich die *Junge Freiheit* der Kritik an der vom Bundesfamilienministerium unterstützten Sexuaufklärung in Schulen und Kindergärten. Die neurechte Wochenzeitung gilt als zentrale Akteurin in der öffentlichen Diskursivierung des »Anti-Genderismus«. <sup>1648</sup> In ihrem Artikel »Auf dem Weg zum neuen Menschen« prangerte die römisch-katholische Soziologin und Publizistin Gabriele Kuby <sup>1649</sup> den »massiven Ausbau der Kinderkrippen« und damit die fortschreitende »Verstaatlichung der Erziehung« an, die »negative Auswirkungen auf die seelische Gesundheit« des Kindes habe, da dieses »der Obhut der eigenen Mutter« <sup>1650</sup> entrissen werde. Zudem werde die Professionalität der Kinderbetreuung mit guter Erziehung gleichgesetzt, was Kuby zufolge ein Fehlschluss sei, denn die Werteerziehung in den öffentlichen Einrichtungen für Klein- und Kleinstkinder orientiere sich an einer »feministische[n] Agenda«, die unweigerlich in eine »moralische Zerrüttung des Volkes« münde – »die Wurzel des Übels« <sup>1651</sup>. Im Zentrum dieser Agenda, dem Gender-Mainstreaming, stehe das »social engineering«, ein Programm zur »Schaffung des neuen, geschlechtsvariablen Menschen« <sup>1652</sup>. Dazu versuche der Staat die Kinder »so früh wie möglich [zu] sexualisieren« <sup>1653</sup>. Verantwortlich für die Umsetzung des Gender-Mainstreamings, das Kuby als Aufhebung der »Geschlechtsdifferenzierung von Mann und Frau« und der »Heterosexualität als Norm« <sup>1654</sup> verstehen will, sei die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

In diesem Präludium bettet Kuby ihre Kritik an *Körper, Liebe, Doktorspiele* in eine Drohkulisse, die sie auf unterschiedlichen Ebenen etabliert und die für die aktuelle neurechte und christlich-fundamentalistische Kritik an einer diversitätssensiblen und vorurteilsbewussten Aufklärung als idealtypisch gelten muss. Auf institutioneller Ebene werden Sexual-

<sup>1648</sup> Lang (2015: 170).

<sup>1649</sup> Kuby ist eine populäre Rednerin auf Veranstaltungen der extremen Rechten und von Fundamentalist:innen.

<sup>1650</sup> Kuby [*Junge Freiheit*] (29.06.2007).

<sup>1651</sup> Ebd.

<sup>1652</sup> Ebd.

<sup>1653</sup> Ebd.

<sup>1654</sup> Ebd.

erziehung, Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitik und Feminismus miteinander vermischt – die Dekonturierung der unterschiedlichen Handlungsfelder dient der Heraufbeschwörung eines vermeintlich einflussreichen Feindes, dessen Macht bis in die höchsten Instanzen der EU- und Bundespolitik reiche. Von hier entfaltete sich in Form des Gender-Mainstreaming eine hegemoniale destruktive Ideologie, die die althergebrachte Ordnung zerstören will und damit den Untergang des Abendlandes einleitet.<sup>1655</sup> Die Rahmung von Gender als Ideologie in Abgrenzung zu Kubys simplizistischem Geschlechterverständnis dient als »argumentative Figur, die die eigene antidemokratische Haltung verschleiern soll«<sup>1656</sup>. Indem die vorgebliche Ideologie, der ein apokalyptisches Potenzial in Bezug auf die Zukunft der Nation zugeschrieben wird, zudem in Opposition zum Wohl des Kindes und der Familie gestellt und als totalitär gekennzeichnet wird, geriert sich Kuby »als Verteidiger der Meinungsfreiheit gegen eine machtvoll imaginierte Gender-Politik«<sup>1657</sup> und leitet antietatistische Forderungen ab – wie hier in einem späteren Interview mit der *Jungen Freiheit*:

»Es wird an der heterosexuellen Vereinigung zur Zeugung des Menschen gerüttelt und damit das Fundament der Familie zerstört. [...] Wenn das Familienministerium die Schaltzentrale der Gender-Ideologie ist, dann sollte es uns alarmieren, dass der Staat mit dem massiven Krippenausbau nun bereits nach den einjährigen Kindern greift.«<sup>1658</sup>

Kuby fordert einen Nachtwächterstaat, der sich aus jeglichen Belangen der Kindererziehung heraushält.<sup>1659</sup> Im sozialen Raum der Familie wird

**1655** Auch in späteren Texten versteht Kuby Gender-Mainstreaming als »Ideologie«, hinter deren »Fassade [...] sich der Generalangriff auf die moralischen Normen« verberge, »denen wir die abendländische Kultur verdanken. Ohne sie kann weder die Familie noch das Christentum bestehen« (Kuby, 2009: 5).

**1656** Lang (2015: 172).

**1657** Ebd.: 173.

**1658** Kuby [Junge Freiheit] (21.09.2007). Zu einer Einordnung der Aussagen Kubys in den extrem rechten Diskurs um Gender siehe u. a. Lang (2015).

**1659** Die antietatistische Haltung ist allerdings insofern inkonsequent, als zugleich in paternalistischer Manier der Staat dazu angehalten wird, traditionelle Geschlechter- und Familienbilder zu wahren, etwa in dem die Ehe eben nicht für alle geöffnet, Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert werden oder Kinderrechte nicht in das Grundgesetz implementiert werden sollen.

dagegen jenes christlich-konservative Wertesystem verortet, auf das Kuby sich zurückbesinnt und das als Gegenfolie ex negativo zu allen Liberalisierungstendenzen verhandelt wird, die unter den Schlagworten »Feminismus« und »Gender« firmieren und deren Wurzeln sie in der »sexuellen Revolution« verortet. Dieser Logik folgt auch später die Absichtserklärung des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen, das »links-rot-grün verseuchte[ ] 68er-Deutschland«<sup>1660</sup> überwinden zu wollen.<sup>1661</sup> Baader macht darauf aufmerksam, »dass die Kritik an 68 das Framing für eine transnational agierende Neue Rechte bildet«<sup>1662</sup>, die »die 68er« mit »den Eliten« gleichsetzt. Die »politische Emotionalisierung auch über nationalradikale Positionen hinaus« funktioniert Baader gemäß zum einen, weil die Deutungskämpfe jener Zeit bis heute erstaunlich polarisieren, und zum anderen, weil die Neue Rechte auf die Bereiche »Familie, Kindheit, Geschlecht und Sexualität«<sup>1663</sup> fokussiere, und damit auf Themen, die auffällig emotional besetzt sind. Gender wird eben dazu sinnentleert und resignifiziert, indem es situativ eingesetzt wird, um ein ausgemachtes Gefahrenpotenzial mit alten Argumentationsmustern neu zu verhandeln und mit anderen Diskurssträngen zu verschränken. Dadurch wird eine Drohkulissen systemischen Ausmaßes entworfen. Der synergetische Effekt ist zum Beispiel im AfD-Grundsatzprogramm zu lesen: »Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche ›Gender-Studies‹, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen.«<sup>1664</sup>

In Bezug auf die institutionelle Sexualerziehung fungiert Gender als leerer Signifikant, der synonym für »(Früh-)Sexualisierung« und »Pornographisierung« eingesetzt wird – jene Narrative, die in den zurückliegenden Diskursen bereits gebraucht und auch im aktuellen Diskurs um sexuelle Bildung von rechts-konservativen Akteur:innen genutzt werden.<sup>1665</sup>

**1660** Meuthen, Jörg; zitiert nach: Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019: 139).

**1661** In Kapitel 5.1. wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Narrativ von der sexuellen Revolution von rechten Akteur:innen mit der Absicht herangeführt wird, eine abrupte und absolute Entfernung von altherwürdigen Normen und Werten zu propagieren.

**1662** Baader (2019: 241).

**1663** Ebd.

**1664** AfD (2016: 108).

**1665** Schlagworte wie »Frühsexualisierung« (Initiative *Besorgte Eltern*) oder »Pornographisierung« (Bernd Sauer, baden-württembergischer Vorsitzender des Philologenver-



Auch Kuby bemüht diese Narrative in ihrer Kritik an *Körper, Liebe, Doktorspiele*, indem sie in den Broschüren eine »Sexualisierung der Kinder und Jugendlichen ab einem Jahr«<sup>1666</sup> ausmacht, die sie wiederum in eine größere Gefahrenkulisse einbettet, die sie als »Zwangssexualisierung durch Staat und Medien«<sup>1667</sup> fasst. Hinsichtlich der sexualpädagogischen Schriften der BZgA resümiert sie:

»Sie verführen Kinder und Jugendliche zu einer auf Lustbefriedigung reduzierten Sexualität ohne eheliche Bindung. Durchgängig wird die Gleichwertigkeit jeder Form sexueller Praxis – homo [!], lesbisch, bi, trans – mit der Heterosexualität unterstellt. Die Kinder und Jugendlichen werden ab neun Jahren in der Schule zu Experten der Verhütung ausgebildet. Abtreibung wird ihnen als eine harmlose Option zur freien Entscheidung angeboten.«<sup>1668</sup>

In derselben Ausgabe zeigt sich Gründer und Chefredakteur Dieter Steinfassunglos ob der durch Kubys aufgezeigten »unerbittlich« fortschreitenden »Sexualisierung der Gesellschaft«, die »dem demographischen Tod entgegentreibt«<sup>1669</sup>. Deshalb müsse Sexualerziehung die »immer früher stattfindenden sexuellen Betätigungen« problematisieren und eine »positive Vorbereitung auf die Elternschaft« stattfinden, anstatt »ausschließlich [!] die Aufklärung über sexuelle Orientierung, sexuelle Praktiken und Empfängnisverhütung«<sup>1670</sup> zu thematisieren. Daher – so schlussfolgert Stein willkürlich – sei es auch »nachvollziehbar, »daß der Islam in den Einwanderungsmilieus auf dem Vormarsch ist«<sup>1671</sup>. Auffällig wird hier die Superlativierung eines konstruierten Trends, dessen apokalyptische Ausmaße die Kulturnation verschwinden ließen – einmal, weil die zukünftigen Kulturträger:innen sich (durch die Sexualerziehung verschul-

---

bandes) fielen zum Beispiel unter öffentlichkeitswirksamen Kritiker:innen der baden-württembergischen Bildungsplanreform von 2014, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als schulische Lerninhalte berücksichtigt (vgl. u. a. Grün & Teidelbaum, 2014: 19; Billmann, 2015).

**1666** Kuby [Junge Freiheit] (29.06.2007).

**1667** Ebd.

**1668** Ebd.

**1669** Stein [Junge Freiheit] (29.06.2007).

**1670** Ebd.

**1671** Ebd.

det) gegen eine Elternschaft entschieden oder verlernten dies zu tun, und ein weiteres Mal infolge einer vermeintlichen Islamisierung. Der rechte Diskurs um Gender wird hier mit rassistischen Motiven angereichert und offenbart, dass die Etablierung des Gefahrendiskurses über das Kind letztlich instrumentalisierenden Charakter hat, dergestalt sie der Legitimierung völkischer Ordnungsvorstellungen im Angesicht der Angst vor dem sozialen Wandel und dem Verlust einer wie auch immer gearteten deutschen Identität dient.

Kuby gründet ihre konkrete Kritik an *Körper, Liebe, Doktorspiele* auf Textstellen aus der ersten Broschüre *für Eltern zur kindlichen Sexualerziehung vom 1. bis zum 3. Lebensjahr*. Diese zitiert die Publizistin allerdings nur fragmentarisch und nicht durchgängig korrekt – wie im Folgenden exemplarisch aufgezeigt werden wird. Der Kölner *Express* übernahm am 31. Juli die Zitate Kubys wortgetreu und wurde anschließend von sämtlichen Zeitungen und Zeitschriften zitiert. *Focus* und *Spiegel* berichteten unter Zuhilfenahme der falschen Belege über einen durch von der Leyen initiierten Stopp der Broschüren, da die Ministerin einige Formulierungen für »missverständlich und zweideutig«<sup>1672</sup> gehalten habe.<sup>1673</sup> *Focus Online* zitiert zudem die im *Express* abgedruckte Aussage des Sprechers von der Leyens, Marc Kinert: »Die Broschüre haben wir von der alten Regierung [SPD-Grüne] geerbt, und die Ministerin kann ja nicht jeden Text kennen«<sup>1674</sup>. Damit wird der rot-grünen Vorgängerregierung eine Diskursposition zugeschrieben, die sich von der der CDU/CSU unterscheidet, wodurch eine Essenzialisierung erfolgt, die eine rechte Kulturkritik bedient.

Da bis 2007 laut ISP »weder von Seiten der vielen Eltern und ErzieherInnen« Kritik an *Körper, Liebe, Doktorspiele* geäußert wurde, »noch [...] die Fachwelt etwas zu bemängeln«<sup>1675</sup> hätte, sieht das Institut hinter der Kritik keine »fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema«<sup>1676</sup>, son-

1672 Badenschier [Spiegel Online] (31.07.2007).

1673 Die *Junge Freiheit* verstand den Stopp der Broschüre als Erfolg, den sie hyperbolisch ausschmückte. Demnach habe sich das Bundesfamilienministerium infolge der »zahlreichen Bürgerproteste [...] gezwungen« gesehen, *Körper, Liebe, Doktorspiele* »zurückzuziehen« (Schwarz [Junge Freiheit], 21.09.2007). Eine breite Bürgerbewegung konnte in der Rekonstruktion der Berichterstattungen nicht belegt werden.

1674 Badenschier [Spiegel Online] (06.08.2007).

1675 ISP (2007: 1).

1676 Ebd.: 2.

dern »eine politisch motivierte Attacke [...] gegen diese Broschüren, deren Herausgeber und gegen die Autorin«<sup>1677</sup>.

Im *Express* vom 31. Juli 2008 erhalten dagegen kritischere Stimmen das Wort.<sup>1678</sup> So zitiert der Autor des Artikels *Sollen wir unsere Kinder so aufklären?* Jasper Juckel den Leiter des Instituts für Familienwissenschaften in Bonn, Thomas Schirmmacher: »Den Kitzler seiner kleinen Tochter streicheln, ihm Kosenamen geben: Wenn ein Vater das tatsächlich täte, würde es vor jedem Gericht den Tatbestand des Missbrauchs Minderjähriger erfüllen.«<sup>1679</sup> Auch der *Focus* zitiert die Aussage Schirmmachers im *Express*.<sup>1680</sup>

Juckel führt in seinem Artikel ebenfalls den Leiter des Instituts für Kinderpsychologie in Hannover, Wolfgang Bergmann, ins Feld: »Kinder, die die Genitalien ihrer Eltern erkunden sollen – das geht nicht.«<sup>1681</sup> Hierbei ist es wichtig, zu erwähnen, dass Juckel wortwörtlich die von Kuby dekontextualisiert und verfälscht wiedergegebenen Textstellen der besagten Broschüre zitiert – ohne seine Quelle namentlich zu erwähnen. Konkret zitiert Juckel: »Kindliche Erkundungen der Genitalien Erwachsener können manchmal Erregungsgefühle auslösen.«<sup>1682</sup> Tatsächlich wird auf Seite 27 im ersten Band der Broschüre im Rahmen des Erkundungsverhaltens von Kindern ausgeführt:

»Wenn Kinder entdecken, dass sie Jungen bzw. Mädchen sind, möchten sie sich vergleichen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Mutter und Vater erkunden. Und dies tun sie am liebsten handgreiflich. Wer mit seiner Tochter bzw. seinem Sohn einmal in dieser Phase gemeinsam gebadet oder sich länger nackt mit ihr/ihm beschäftigt hat, wird dies bestätigen können.

1677 Ebd.: 1.

1678 Der Artikel des *Express* ist über die Internetpräsenz des Boulevardblattes nicht mehr verfügbar, der Text wurde aber in ein Online-Forum kopiert; siehe <http://www.carookee.net/forum/Elternforum/51/17744717;0;01105?print> (abgerufen am 07.08.2021).

1679 Zitiert nach: Juckel [*Express*] (24.07.2007).

1680 Vgl. o. A. [*Focus Online*] (30.07.2007). Ulrike Schmauch von der Fachhochschule Frankfurt am Main macht später in ihrer Stellungnahme zu den öffentlichen Angriffen auf *Körper, Liebe, Doktorspiele* aufmerksam, dass Schirmmacher keine »fachliche Autorität« sei, sondern »ein evangelikaler Theologe und Missionswissenschaftler« (Schmauch, 10.08.2007). Schmauchs Stellungnahme wurde von den Leitmedien nicht aufgenommen.

1681 Juckel [*Express*] (24.07.2007).

1682 Ebd.

Da ist keine Körperregion vor intensivster Erkundung sicher und natürlich auch nicht die Genitalien, die manchmal Erregungszustände bei den Erwachsenen auslösen. «<sup>1683</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass sich Bergmann gegen die Aufforderung an Kinder, die Genitalien Erwachsener zu erkunden, ausspricht. Allerdings ist in der Broschüre nie davon die Rede. Außerdem sei noch jene Textstelle zitiert, auf die etwa Schirrmacher Bezug nimmt. Hier wurde zwar korrekt zitiert, allerdings erschließt sich für die Leser:innen ohne konkrete Zusammenhänge nicht die Intention der Aussage: »Scheide und vor allem Klitoris erfahren kaum Beachtung durch zärtliche Berührungen (weder durch Vater noch Mutter) und erschweren es damit für Mädchen, Stolz auf seine Geschlechtlichkeit zu entwickeln.«<sup>1684</sup>

Auf Seite 27 der Broschüre *Körper, Liebe, Doctorspiele* steht diese Passage im Zusammenhang mit der Bedeutung der Elternteile für die positive Identifikation von Mädchen mit ihrer Geschlechtlichkeit:

»[...] Es ist damit nichts anderes gemeint, als dass das Kind eine Bestätigung in seinem Mädchensein braucht, wie es die meisten Jungen automatisch aufgrund ihrer Anatomie erhalten. Mütter geben dem Penis oft verschiedene und manchmal auch liebevolle Namen und drücken damit unbewusst Anerkennung aus.

Demgegenüber erfahren Scheide und vor allem Klitoris kaum Beachtung durch Benennung und zärtliche Berührung (weder seitens des Vaters noch der Mutter) und erschweren es damit für das Mädchen, Stolz auf seine Geschlechtlichkeit zu entwickeln. Wobei mit diesem Hinweis die Anerkennung als Mädchen nicht auf seine genitale Geschlechtlichkeit reduziert werden soll. Für die Entwicklung ist es wichtig, dass der Vater mit seiner Tochter spielt und ihr dabei zeigt, wie lieb er sie hat und wie stolz er auf sie ist!«<sup>1685</sup>

*Spiegel Online* und *Focus Online*, die die Kritik um die Broschüre aufnehmen, beziehen sich auf ebenjenen Artikel Juckels und ähneln sich in ihren Einschätzungen und Kommentaren. Daher muss der Beurteilung des IPS

**1683** BzgA (2000: 27).

**1684** Juckel [Express] (24.07.2007); zitiert nach: Kuby [Junge Freiheit] (29.06.2007).

**1685** BzgA (2000: 27).

über die Qualität der Berichterstattung der genannten Medien zugestimmt werden:

»Weder die RedakteurInnen noch die befragten ExpertInnen haben sich offensichtlich die Mühe gemacht, die Textpassagen in ihrem originalen Zusammenhang zu lesen. An keiner Stelle wird [...] diskutiert, welche manipulative Sinnestellung durch die allseits weitergereichte >Zitatauswahl< erfolgt.«<sup>1686</sup>

Selbst die Behauptungen der 64-jährigen Mutter Ulla Lang, die am 18. Juli 2007 gegen die Autorin und die BZgA bei der Staatsanwaltschaft Köln Anzeige erstattet hatte (*Express* und *Spiegel* berichteten<sup>1687</sup>), wurden nicht überprüft. So gab Lang gegenüber *Spiegel Online* an, sie habe die Broschüren gelesen und daraufhin entschieden, dass diese eine »Aufforderung zum sexuellen Missbrauch von Kindern« enthalten.<sup>1688</sup> Die Zitate, die sie gegenüber dem *Spiegel* preisgab, waren aber mit denen Kubys identisch. Insofern muss Lang eine geistige Nähe zu Kuby und Juckel beigemessen werden. Im Übrigen wurde die Strafanzeige am 3. August 2007 bereits eingestellt. Im Doktorspiel zum Beispiel erkannte die Staatsanwaltschaft »kein Bestimmen des Kindes zu sexuellen Handlungen an sich selbst«<sup>1689</sup>. In Bezug auf den restlichen Inhalt der Broschüren stellte der Oberstaatsanwalt Wolf fest:

»[...] dass die Beschuldigten die Leser gerade nicht zu missbräuchlichen Handlungen an Kindern anregen möchten. [...] Auch im Weiteren bemüht sich die Autorin gerade um eine Abgrenzung von normalem, wünschenswertem Umgang gegenüber dem Kind von strafrechtlich Verwerflichem. Dies wird auch durch die Passage auf S. 21 der Broschüre deutlich. Dort heißt es »wenn Sie hingegen Körperkontakt suchen oder Ihr Kind berühren um Ihre eigene Sexualität geht, die Sie an und mit dem Kind befriedigen wollen, dann müssen Sie dieses Verhalten unbedingt unterlassen«. [...] Der Inhalt der Broschüre ist daher gerade nicht als Anleitung für Erwachsene zum sexuellen Missbrauch des Kindes zu verstehen. Eine Aufforderung zum sexuellen Missbrauch von Kindern oder zu anderen Straftaten ist somit nicht festzustellen.«<sup>1690</sup>

<sup>1686</sup> Sielert (2007).

<sup>1687</sup> Vgl. Badenschier [Spiegel Online] (31.07.2007) und Juckel [Express] (24.07.2007).

<sup>1688</sup> Badenschier [Spiegel Online] (31.07.2007).

<sup>1689</sup> Staatsanwaltschaft Köln (03.08.2007: 2).

<sup>1690</sup> Ebd.

Wenn nicht die Presse, so schien doch die Jurisdiktion sichtlich bereit, die verhandelten Broschüren zu rezipieren, und auf der Grundlage der Lektüre ein Urteil zu fällen. Letztendlich wurden die Broschüren dennoch nicht weiter vertrieben oder neu aufgelegt. Sie verschwanden unwiderruflich von der Internetpräsenz der BZgA – sie ist bis heute weder bestell- noch digital abrufbar. *Körper, Liebe, Doktorspiele* war bis dahin laut *Spiegel* insgesamt 650.000-mal unter anderem »an Kindergärten, Familienbildungsstätten, Kinderärzte« verteilt und als PDF-Version vielfach heruntergeladen worden. »Die Strategie einer aufhetzenden Pressekampagne im Sommerloch«, so meint das ISP noch im August 2007, »scheint aufgegangen zu sein«<sup>1691</sup>.

### 5.3.2 Re-Normierung von Sexualität im Diskurs um *Sexualpädagogik der Vielfalt*

2014 gelang ein weiteres Mal die Skandalisierung sexualpädagogischer Materialien im Namen neurechter Kulturkritik. Das Methodenbuch *Sexualpädagogik der Vielfalt*, das 2008 in der ersten und 2012 in einer überarbeiteten zweiten Auflage erschienen war, geriet im Frühjahr 2014 in den Sog medialen Interesses, der unter anderem in einer destruktiven Image-Kampagne der *Bild* und der Bedrohung einer der Autor:innen in den sozialen Medien gipfelte. Im Zuge einer Einordnung des Diskurses wird häufig konstatiert, die lautstarken Proteste gegen die schulische Sexualerziehung seien ein neues Phänomen mit einer ebenso neuartigen Dynamik, Intensität und Rasanz.<sup>1692</sup> Abgesehen davon, dass jedem diskursiven Ereignis eine Eigentümlichkeit eingeschrieben werden muss, soll anhand dieser vergleichenden Überblicksanalyse diese These hinterfragt werden.

Zunächst kann der diskursive Kontext, in dem die öffentlichkeitswirksame Problematisierung von *Sexualpädagogik der Vielfalt* erfolgte, nicht auf das Jahr 2014 begrenzt werden, er konzentriert sich ebenso wenig auf die Bildungsplan-Diskussionen in Baden-Württemberg, sondern erhält eine Öffentlichkeitswirksamkeit mit journalistischen Beiträgen, die gleichstellungspolitische Bestrebungen der Grünen anlässlich des grünen Wahlerfol-

<sup>1691</sup> ISP (2007).

<sup>1692</sup> Vgl. u. a. Burkhard Jellonnek in BMH (2016: 7–12).

ges in Baden-Württemberg problematisieren und ihr Vorbild unter anderem in den Massendemonstrationen gegen die Gleichstellung homo- und heterosexueller Partnerschaften in Frankreich (*Manif pour tout*) finden. Als prototypisch kann hier der Artikel »Die totale Aufklärung« von Alexander Kissler im *The European* vom 5. April 2011 gelten, der in neurechten Kreisen intensiv rezipiert wurde.<sup>1693</sup>

Den Erfolg der Grünen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wird von Kissler eingangs als problematisch gerahmt und anhand der geschlechterpolitischen Programmatik der Partei ausgeführt, die er als »Klientelismus der gröberen Art, die Regentschaft des Randes über die Mitte«<sup>1694</sup> charakterisiert. Indem sich die Grünen für die Gleichstellung von LSBTIQ\*-Lebensformen einsetzten, propagierten sie »Lebensstil und Weltanschauung winziger gesellschaftlicher Gruppen«, was Kissler als »falsch verstandene[ ] Gleichberechtigung«<sup>1695</sup> interpretiert. Den Gleichstellungsgrundsatz, der auch die Bildungspolitik der Grünen prägt, rahmt Kissler als »bizarrr unterleibsfixiert«, denn damit bemühte sich die Partei um das »stete öffentliche Bereden und Herzeigen des Menschenleibs, gerne nackt, gerne minderjährig«<sup>1696</sup>. Kissler weiter:

»Der Staat soll sämtliche Kleinkinder, Kinder und Jugendliche von morgens bis abends, von der ersten bis zur letzten Stunde mit Intimität bedrängen. Die Schule soll Ort sein einer totalen Ideologisierung des Sexuellen – vor Auge, Ohr und Seele minderjähriger, heranreifender Menschen.«

Auf diesem Wege verfolgten die Grünen eine »Neuerfindung der Schule als Sexualanstalt«<sup>1697</sup>. Aus dem Grunde müssten die Grünen dringend bekämpft werden.

**1693** Einen Vorgeschmack liefern bereits eindrücklich die Kommentare zu Kisslers Artikel (vgl. Kissler [The European], 05.04.2011).

**1694** Kissler [The European] (05.04.2011).

**1695** Ebd.

**1696** Ebd. In diskreditierender Absicht wird hier auf problematische Entgrenzungen im Verhältnis von kindlicher und erwachsener Sexualität in den 1980er Jahren rekurriert, von denen sich die Partei längst distanziert hat. Erfolgreich war diese Diskursstrategie allemal, denn im Wahljahr 2013 wurde die einmalige Forderung nach der Legalisierung pädosexueller Kontakte heftig debattiert (vgl. Walter, Klecha & Hensel, 2015).

**1697** Ebd.

Kissler nutzt eine populäre Diskursstrategie, bei der Vertreter:innen einer konservativen Geschlechter- und Familienpolitik einen genital verstandenen Sexualitätsbegriffs, der bereits in vorausgehenden Diskursen bestimmend war, reproduzieren und auf diese Weise eine sexualisierte Sicht auf Gleichstellungspolitik vollziehen. Konkret werden die Dimensionen Geschlecht und Sexualität sowie die sexuelle Orientierung und Sex miteinander vermischt, wodurch (lediglich) Identitäten jenseits der Heteronorm als hypersexualisierte Wesen konstruiert werden, vor denen Kinder und Jugendliche geschützt gehören, damit sie ihre Unschuld bewahren. In dieser Folgerichtigkeit versteht Kissler Gleichstellungspolitik als »unterleibsfixiert« und eine Bildungspolitik unter dem Primat der Gleichbehandlung als Sexualisierung. Diesen Diskurseffekt stellen auch die Sozialwissenschaftler:innen Caterina Rohde-Abuba, Stefan Vennmann und Tatjana Zimenkova in ihrer Analyse der Auseinandersetzungen um die Bildungsplanreform in Baden-Württemberg als Kalkül LSBTIQ\*-feindlicher Organisationen heraus.<sup>1698</sup>

An das von Kissler konstruierte Bedrohungsszenario schloss die Publizistin Birgit Kelle am 21. März 2014 an, als sie beklagte, dass evangelikale Vertreter:innen im Rahmen der Bildungsplanreform zu spät angehört, außerdem keine katholischen »und auch nicht islamische Vertreter«<sup>1699</sup> eingeladen wurden. Zuvor hatten reaktionäre Gruppierungen Widerstand gegen die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im neuen Bildungsplan angemeldet. Dazu nutzen sie verschiedene Aktionsformen: der evangelikale Realschullehrer Gabriel Stängle hatte eine Petition gegen eine Bildung »unter dem Diktat des Regenbogens« initiiert; in Flugschriften, Artikeln, Fernsehsendungen und auf Demonstrationen, die unter anderem das Bündnis *Rettet die Familie*<sup>1700</sup> ausgerichtet hatte, wurde vor »Frühsexualisierung«, »Pornografisierung« und Gender-Mainstreaming

1698 Rohde-Abuba, Vennmann & Zimenkova (2019: 718).

1699 Kelle [The European] (21.03.2014). Paradox erscheint hier die argumentativ-strategische Aufnahme islamischer Vertreter:innen in die Diskurskoalition, während islamische Glaubensgemeinschaften an anderer Stelle als Bedrohung einer christlichen Abendlandkultur markiert werden (vgl. Stein [Junge Freiheit], 29.06.2007).

1700 Das Bündnis hat dieselbe Postadresse wie die *Zivile Koalition*, die marktradikale und rechtspopulistische Ansichten vertritt und zu denen Beatrix von Storch, EU-Abgeordnete der AfD, als Gründungsmitglied zählt. Außerdem kooperiert das Bündnis mit extrem rechten sowie fundamentalistischen Kreisen, die unter anderem die körperliche Züchtigung von Kindern befürworten und den Holocaust leugnen (vgl. Grün & Teidelbaum, 2014).



ming gewarnt. Dass sich zudem auch die katholisch-traditionalistische Piusbruderschaft, die NPD oder die Jungen Nationalisten unter die Demonstrierenden mischten, zeigt, dass die lautstarken Proteste gegen den Bildungsplan zuallererst Diskursräume rechtsradikaler und fundamentalistischer Kräfte waren.<sup>1701</sup>

In ebendiesem ideologischen Fahrwasser nimmt Kelle, selbst Sprecherin des Bündnisses *Rettet die Familie*, die Widerstände zum Anlass, um einen Blick auf die gegenwärtige sexualpädagogische Praxis zu werfen, die zu einer »Anleitung zum Experimentieren in alle Richtungen«<sup>1702</sup> verkommen sei. In einer Reihe von Materialien, die eine unerwünschte Sexualerziehung repräsentierten, nennt sie das Methodenbuch *Sexualpädagogik der Vielfalt* als »Standardwerk«, getreu welchem Kinder »sexuelle Praktiken im Unterricht besprechen« und zum Beispiel einen »neuen Puff für alle«<sup>1703</sup> kreieren müssen. Kelle beschließt ihre Polemik mit vorgeblichen Belegen dafür, dass einige Kinder im Zuge besagter Sexualerziehung »den Unterschied zwischen Sex und Liebe nicht mehr kennen«, woraus sie schlussfolgert: »Unsere Kinder brauchen nicht Zugang zu Sexualität, wir müssen sie eher davor schützen.«<sup>1704</sup>

Vier Tage später ging die Internetpräsenz der *Demo für alle* online, deren Organisationsteam Birgit Kelle, Hedwig von Beverfoerde und Sven von Storch angehören.<sup>1705</sup> Die weitere öffentliche Problematisierung des Methodenbuchs nahm spätestens ab Mitte April 2014 an Tempo zu.

Kelle bedient sich des altbekannten phobischen Narrativs der Entmystifizierung bzw. Entromantisierung von Sexualität infolge einer nüchtern-funktionalen Besprechung ebendieser.<sup>1706</sup> Ebenso folgt sie dem christlich-konservativen Sexualitätsdiskurs, indem sie das Kind als asexuelles Wesen versteht, dessen Unschuld omnipotent bedroht werde. Ihre Kritik an einer allgegenwärtigen Sexualisierung ist allerdings weniger Ausdruck einer Sexu-

**1701** Vgl. u. a. Grün & Teidelbaum (2014); Billmann (2015).

**1702** Kelle [The European] (21.03.2014).

**1703** Ebd. Die Bemerkung bezieht sich auf eine Methode des Buches, die in späteren Diskursfragmenten am häufigsten rezipiert wird, vermutlich da die Enttabuisierung von Sexarbeit – zumal unter dem Blickwinkel der Diversität – gängigen Sichtweisen auf Sexualität am ehesten widerspricht.

**1704** Ebd.

**1705** Vgl. Kemper (2014: 55).

**1706** Das phobische Narrativ war schon im Diskurs um den Sexualekunde-Atlas dominant (siehe Kapitel 4.5.1).

alfeindlichkeit als Instrument einer (Re-)Normierung von Sexualität. Diese vollzieht sie in Form einer *sexualisierenden Sexualtabuisierung*<sup>1707</sup>, wenn sie eine sexuelle Bildung wünscht, die aufklärt, »was eigentlich nötig ist, um ein Kind großzuziehen«, und »wie man beziehungsfähig bleibt«, anstatt »wie man Kinder in allen Lebenslagen verhindert« und »wie man ohne sich Geschlechtskrankheiten einzufangen möglichst früh und auch viele Sexualpartner haben kann«<sup>1708</sup>. Jegliche Spielarten von Sexualität, die nicht einer erwünscht traditionellen und heteronormativen Perspektive folgen, werden sexualisiert und verworfen. Insofern wird eine diversitätssensible Sexualerziehung, die sich an den Wirklichkeiten der Adressat:innen orientiert, als Verstärker einer Bedrohungskulisse verhandelt, die eine christlich-abendländische Ordnung vorgeblich verwirft.<sup>1709</sup> Sie muss deshalb diskreditiert werden.

Diese Angelegenheit übernahm das Gros der anschließenden medialen Inszenierungen. Ob Printmedien wie *SZ*, *FAZ* und *Bild* oder Fernsehsendungen wie *hart aber fair* oder *Porno, Puff und Petting: Hilfe, mein Kind wird aufgeklärt!* – Tuider zufolge trugen diese zum Missverständnis und zur Verzerrung sexualpädagogischer Anliegen und Ansätze bei und verbannten diese auch weiterhin in die »Schmuddelecke«<sup>1710</sup>.

Strategisch werden gleichsam im Diskurs um *Körper, Liebe, Doktorspiele 2007* mit dem Verweis auf den Kinderschutz und die damit artikulierte Sorge um das Kindeswohl konservative Argumentationsmuster geltend gemacht, die »einen instrumentellen und affektiv-projektiven Charakter«<sup>1711</sup> haben. In Anbetracht der Tatsache, dass Kinderrechte in neurechten Diskursen ansonsten keine Geltung erhalten, dient das Kind vielmehr als Chiffre, mit deren Hilfe eine Essenzialisierung des vermeintlich fremden Anderen, um die althergebrachte Normalitäts- und Ordnungsvorstellung (dichotome Geschlechtsvorstellung, Orientierung an heteronormativen

**1707** Der Begriff wird hier von Sophinette Becker adaptiert, die diesen zur Klassifizierung eines Trends des aktuellen Kindheitsdiskurses nutzt (siehe Kapitel 5.3.3).

**1708** Kelle [The European] (21.03.2014).

**1709** Besonders auffällig wird die Drohkulisse vom christlich-fundamentalistischen Leiter der »Aktion Kinder in Gefahr«, Mathias von Gersdorff, konstruiert, indem dieser konstatierte: »Die katholische Kirche hat eine sehr genau definierte Sexualmoral, die homosexuelle Handlungen klar als schwere Sünden bezeichnet. Außerdem widerspricht das Menschenbild, das sie vertritt, völlig dem der immanenten Philosophie der Homo-Lobby« (DVCK, 2010).

**1710** Tuider, Elisabeth. In: BMH (2016: 20).

**1711** Schmincke (2015: 101).

Konzepten) gegenüber einer befürchteten Perversion (zu der Homosexualität und Trans\*konzepte gezählt werden) und einer Verfremdung (Wissen um das Kontinuum an Geschlechtern, Berechtigung vielfältiger Sexualitäten) abzugrenzen.

Ebenso werden wiederholt nicht-cisgeschlechtliche Identitäts- und nicht-heterosexuelle Lebensentwürfe pathologisiert, um die Heterosexualität unter Berufung auf eine natürliche bzw. göttliche Ordnung zu (re-)naturalisieren. Wenngleich Lebensformen jenseits der Heteronorm delegitimiert wurden, wurden diese zugleich hegemonial gesetzt: Die Bedrohung »einer Mikro-Mikro-Minderheit« wurde heraufbeschworen, »die ihr Programm mit großer systematischer Kraft zur Staatsdoktrin erhoben hat«, die also mit dem »Gender-Mainstreaming-Programm« eine »Sozialideologie« verfolge, deren »Ziel es ist, eine neue Weltordnung zu schaffen«<sup>1712</sup>, die die gottgewollte Geschlechterordnung außer Kraft zu setzen und die Kinder in ihrem Sinne umzuerziehen vermag.

Neben der Umerziehungs- und Bedrohungsrhetorik verweist Tuider auf weitere Kommunikationsstrategien: So habe man durch falsches oder unzusammenhängendes Zitieren Aussagen verfälscht und dekontextualisiert, mittels apodiktischer Reizwörter (wie »Frühsexualisierung«) vor allem »Menschen ohne sexual- und geschlechterpädagogische Fachkenntnisse« verunsichert und sich nicht zuletzt einzelne Personen herausgegriffen, die anschließend »verhöhnt, verlacht und lächerlich gemacht«<sup>1713</sup>, mitunter auch verbal angegriffen wurden. Tuider stellt hierbei die *Hatespeech* als eine besonders aggressive, gewalttätige Form des Sprechens heraus, die strategisch eingesetzt werde, um »jene, die aus der heteronormativen Matrix fallen oder aus dieser ausbrechen, an genau jene Matrix zu »erinnern«, sie [...] zu »korrigieren« und ihnen damit den »Anspruch auf Normalität« zu entziehen«<sup>1714</sup>. *Hatespeech* sei aus diesem Grunde ein besonders wirkungsvolles Sanktionierungsmittel, da es das Subjekt zum Schweigen bringen solle.

Dekontextualisierungen oder falsche Zitationen treten auch in vorherigen Diskursen in Erscheinung. Allerdings ist zu vermuten, dass der Trend dieser unlauteren Kommunikationsstrategie zunimmt. Eine aktuelle US-amerikanische Studie der Universitäten Princeton und New York zur Verbreitung von Fake News (2019) ergab, dass insbesondere ältere Menschen

1712 Compact-Magazin (2014); zitiert nach: Lang (2015: 175).

1713 BMH (2016: 26).

1714 Ebd.: 27.

und rechtspopulistische Akteur:innen ungleich häufiger Fake News teilen und produzieren.<sup>1715</sup> Mag dies auf eine mangelhafte Medienkompetenz bzw. auf eine bewusste Instrumentalisierung zurückzuführen sein, verweist eine vorangegangene Studie der Stiftung *Neue Verantwortung* auf systemische Bedingungen für die Verbreitung von Fake News in Deutschland. Über einen Zeitraum von sechs Monaten wurden bis zur Bundestagswahl am 24. September 2017 zehn Fake-News-Fälle mit nationaler Reichweite ausgewertet. Auffällig war, dass sich zwar zuvorderst in den Neuen Medien Falschinformationen tummelten. Doch auch die klassischen Medien hatten ihren Anteil: So verbreiteten Bild.de und Welt.de. »auffallend oft [...] Fake News«<sup>1716</sup>. Zudem: »Unsauberes Arbeiten betrifft in zwei Fällen auch die dpa, die Deutsche Presse-Agentur«<sup>1717</sup>. Auch staatliche Institutionen waren »bei der Verbreitung beteiligt«, wofür die Autor:innen der Studie die »oft unprofessionelle oder mindestens sorglose Öffentlichkeitsarbeit, ob von der Polizei auf Twitter oder bei der Auskunft staatlicher Stellen gegenüber Medien«<sup>1718</sup>, verantwortlich zeichnen. Im Zuge dessen konnte der ausgemachte Trend der US-Studie für die BRD bestätigt werden: Dass gerade rechtspopulistische Akteur:innen Fake News »für ihre ideologische Kampagne als Teil ihrer Kommunikationsstrategie«<sup>1719</sup> nutzten.

Dass in der BRD Fake News nichtsdestotrotz in überschaubaren Mengen kursierten, erklären die Autor:innen der Studie einmal mit »hohe[n] Vertrauenswerte[n] in das hiesige Mediensystem« und einer »weitaus geringere[n] Bedeutung der Social-Media-Kanäle als Informationsquelle im Vergleich zu den USA«<sup>1720</sup>. Kann also die zunehmende Dekontextualisierung und die damit einhergehende Verunsachlichung in den öffentlichen Diskursen um sexualpädagogische Materialien auf die zunehmende Boulevardisierung der Medienlandschaft und den stärkeren Einfluss der Sozialen Medien zurückgeführt werden, »die affektive Handlungen eher anregen als kognitive«<sup>1721</sup>? Und ist daher in Zukunft eine Zunahme verunsachlichender Kommunikationsstrategien unter dem Primat der Sensation zu erwarten?

---

1715 Vgl. Universität New York (09.01.2019).

1716 Meier, Rühl & Sänglerlaub (2018).

1717 Ebd.

1718 Ebd.

1719 Ebd.

1720 Ebd.

1721 Ebd.

Zusätzlich wurden in den Medien der Neuen Rechten wie der *Jungen Freiheit*, *Compact* oder der *Freien Welt* sexuelle Bildung mit Missbrauch, Gewalt, Pädophilie und mit Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht, womit sich eines geläufigen Narratives bedient und dieses um eine neue Komponente angereicht wurde: Die Aufarbeitung von problematischen Entgrenzungen und Tabubrüchen in pädagogischen und therapeutischen Settings der 1970er und 1980er Jahre, die einer positiven Mystifizierung von Sexualität<sup>1722</sup> in der kritischen Erziehungs- und Sexualwissenschaft geschuldet war<sup>1723</sup>, werden nunmehr in neurechten und christlich-fundamentalistischen Diskursräumen dazu genutzt, gegen liberale Sexualpädagogikkonzepte per se zu mobilisieren. Gegenstand der Instrumentalisierung sind radikale Vorstöße um die Enthierarchisierung von Generationengrenzen auf sexualrechtlicher und sexualpädagogischer Ebene durch Akteur:innen, die damit verbundene Gewaltdimensionen ausblendeten oder negierten. Die in diesem Kontext derzeit am prominentesten beforschte Person ist der Soziologe Helmut Kentler, der als Begründer der emanzipatorischen Sexualerziehung gilt und dessen zehn Thesen, in denen er 1969 formulierte, unter welchen Bedingungen eine nicht-repressive Sexualerziehung gelingen kann, bis heute Gültigkeit beanspruchen.<sup>1724</sup> Jedoch müssen Kentlers Taten im Rahmen seiner sozialpädagogischen Tätigkeiten in der Berliner Jugendhilfe im Lichte neuester Erkenntnisse scharf verurteilt werden. Bisher untersucht wurde Kentlers *Unterstützung pädosexueller bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung*, so der Titel des

1722 Die Sexualwissenschaftlerin Sophinette Becker versteht diese Tendenz retrospektiv als »Überfrachtung der Sexualität mit Erwartungen – die irgendwann enttäuscht werden musste« (Becker, Sophinette; zitiert nach: Westhoff & Westhoff [Deutschlandfunk], 25.05.2017). Dies hatte zur Folge, dass in der sexuellen Bildung mitunter die Ökonomie- und Gesellschaftskritik radikaler Akteur:innen und nicht die Bedarfe der Adressat:innen im Mittelpunkt standen.

1723 Baader weist darauf hin, dass verschiedene pädagogische Handlungsfelder und Disziplinen in den 1970er bis 1990er Jahren in pädosexuelle Positionen involviert waren, dergestalt sie Pädosexualität legitimierten und für die Abschaffung von Schutzaltersgrenzen votierten (vgl. Baader, 2018: 71). Eingebunden werden müssen diese Positionierungen in den Kontext der Überwindung einer lustfeindlichen Sexualideologie, im Rahmen derer Sexualität als omniprésente Bedrohung für das Kind verstanden wurde, sowie um die Diskussionen der Herabsetzung der Schutzaltersgrenzen im Rahmen der Strafrechtsreform 1973, wobei für gleichgeschlechtliche Sexualkontakte eine höhere Schutzaltersgrenze (bis 1994) angesetzt wurde (vgl. ebd.: 73).

1724 Vgl. Kentler (1969: 11).

Abschlussberichtes von Teresa Nentwig vom Göttinger Institut für Demokratieforschung. Begleitet von medialen Berichterstattungen (unter anderem in Printmedien wie *Spiegel*, *taz*, *EMMA*, *Berliner Morgenpost* sowie in Fernsehbeiträgen von *ARD*, *ZDF*, *NDR*) wird dabei auf das von Kentler initiierte pädosexuelle »Experiment« fokussiert, schwierige Jungen in die Obhut pädophiler Männer zu bringen.<sup>1725</sup> Eine Forschungsgruppe der Universität Hildesheim erschließt nun bisher unberücksichtigte Gewalthandlungen und -erfahrungen, die sich in diesem Kontext ergaben.

Neurechte und christlich-fundamentalistische Initiativen wie die *Demo für alle*, die sich unter anderem gegen eine verpflichtende Sexualerziehung sowie gegen die Berücksichtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt einsetzt, nehmen die Missbrauchsvorwürfe zum Anlass, eine diversitätssensible Sexualerziehung pauschal zu diffamieren, die »ein Tummelplatz anrühiger Ideologen« sei, deren »Ziele [...] bewusst verschleiert« würden und deren »Praktiken [...] äußerst fragwürdig«<sup>1726</sup> seien. Diese Unterstellungen werden stellvertretend genutzt, um eine Ablehnung sexualfreundlicher Konzepte mittels Diffamierung zu bestärken. Denn die vorgeblich »problematische Vorgeschichte« der *Sexualpädagogik der Vielfalt* und die inkriminierte »pädophile« Motivation der Aufklärer:innen werden argumentativ verknüpft mit der Verurteilung jeglicher lustaffirmativer Botschaften, der Thematisierung der »Vielfalt von Geschlechts- und Sexualoptionen« sowie der Ermutigung der Adressat:innen »NEIN zu sagen«<sup>1727</sup>. Sämtliche Inhalte, so liest man in der von der *Demo für alle* beworbenen Elternbroschüre der *Initiative Elternaktion*, seien für die Adressat:innen »schwer verstörend und seelisch belastend«; sie bewirkten »eine völlige Überforderung für ein Kind«<sup>1728</sup>.

Die Diffamierung als Argumentationsstrategie ist aus früheren Diskursen bereits bekannt, neu ist hier hingegen, dass Sexualpädagog:innen, die für sexuelle Selbstbestimmung eintreten, pauschal pädophile Motive unterstellt werden, die sie im Zuge ihrer Arbeit auslebten, indem sie die »Schamgrenze des Kindes überschritten«<sup>1729</sup> und so dessen Schutzraum

1725 Vgl. Baader, Oppermann, Schröder, Schröder (2020). Der Begriff des »Experiments« wurde von Kentler verwendet und wird in Anführungsstriche gesetzt, um zu verdeutlichen, dass es sich hierbei um eine Zitation handelt.

1726 Ehe-Familie-Leben e.V. Initiative Elternaktion (o. J.: 5).

1727 Ebd.: 8.

1728 Ebd.

1729 Ebd.

verletzten. Verknüpft werden mit dieser Vorhaltung wiederholt zwei Figuren: Helmut Kentler als »der wohl bedeutendste Pädophilenaktivist«<sup>1730</sup> sowie Uwe Sielert als Begründer einer Sexualerziehung, die eine »Verbindung von Kentlers Sexualisierungsansatz mit dem Konzept der Identitätsverwirrung, das aus dem Gender Mainstreaming stammt«<sup>1731</sup>, darstelle. Die Abwertung einer liberalen Sexualerziehung erfolgt hierdurch erstens »durch kriminalisierende Prädikatoren«<sup>1732</sup>, mit denen eine »destruktive Imagearbeit« durchgeführt wird, bei der »aggressive Muster« eingesetzt werden und der politische Gegner »mit negativen Werten und/oder Amoralität in Verbindung gebracht wird«<sup>1733</sup>. Zweitens wird infolge der pauschalen Kriminalisierung die Ablehnung von Gender-Mainstreaming plausibilisiert, dergestalt die vermeintlich Gesellschaft zersetzende Maßnahme als durch unredliche Akteur:innen verfolgt stilisiert wird. Auch die Kulturwissenschaftlerin Katrin Kämpf formuliert in ihrer Untersuchung des Einsatzes der Kategorie Pädophilie in aktuellen antifeministischen und antiqueren Krisendiskursen, dass »Pädophiliargumentationen die Imagination einer gefährdeten und unbedingt zu schützenden heteronormativen Ordnung stützen und sie plausibel erscheinen lassen«<sup>1734</sup>. Sie macht zugleich darauf aufmerksam, dass in christlich-konservativen und extrem rechten Milieus dieses argumentative Muster »bereits weit vor den aktuellen Debatten um Gender-Mainstreaming« Anwendung fand, wobei auch hier schon die »68er« als Feindbild stilisiert wurden, dergestalt diese Sexualität enttabuisiert sowie Kinder und Jugendliche möglichst früh an Sexualität herangeführt hätten, »um >durch die Zerstörung ihrer familiären Bindungen< auf ein Ende des Kapitalismus hinzuarbeiten«<sup>1735</sup>. Als eine der populärsten Figuren stellt Kämpf die katholische Psychagogin Christa Meves heraus, die bereits in den Dokumentationen der vorherigen Diskurse (siehe Kapitel 5.2) Erwähnung fand. Meves, die heute auf der *Demo für alle* auftritt und für *Freie-Welt.net* schreibt, jenem neurechten Agitationsmedium von Beatrix und Sven von Storch, positioniert sich schon seit den 1970er Jahren gegen sexuelle Liberalisierungserscheinungen und für

1730 Ebd.: 9.

1731 Ebd.: 11.

1732 Wodak et al. (1990: 352).

1733 Ebd.: 52.

1734 Kämpf (2015: 110).

1735 Ebd.: 114. Kämpf zitiert hier fragmentarisch Christa Meves.

die Retraditionalisierung der Geschlechter- und Familienpolitik. Meves formulierte bereits 1997, dass die »Frühsexualisierung« von Kindern dazu führe, dass diese selbst auf Kinder »fixiert«<sup>1736</sup> blieben. Dass dieses etablierte Narrativ aktuell mit Antigenderismus verknüpft wird, erkennt Kämpf als Strategie, »einerseits Anschlussfähigkeiten zu generieren und christlich-konservative, neurechte oder neonazistische Ideenwelten [...] zu normalisieren« sowie andererseits »eine vermeintliche >Frühsexualisierung< von Kindern und eine Enttabuisierung von Pädophilie mit der Normalisierung von Homosexualität diskursiv«<sup>1737</sup> zu verknüpfen. Dieses argumentative Muster wird auch im Diskurs um das Methodenbuch *Sexualpädagogik der Vielfalt* wiederholt genutzt.<sup>1738</sup>

Dieser »übergreifigen, verunsichernden Sexualpädagogik«<sup>1739</sup> setzt die *Initiative Elternaktion* die familiäre Sexualerziehung entgegen, welche sie hingegen als wertorientiert markiert. Alternativ empfiehlt sie Workshops des Vereins *TeenStar* für »Kids von 9 bis 11 Jahren« und »Jugendliche von 12 bis 17 Jahren«<sup>1740</sup>. In den 1980er Jahren von der österreichischen Missionsschwester Hanna Klaus gegründet, ist *TeenStar* inzwischen auch mindestens in Ungarn und Deutschland aktiv. Besonders häufig tritt Gudrun Kugler in Erscheinung, die auf diversen Veranstaltungen neurechter und christlich-fundamentalistischer Akteur:innen (unter anderem bei der *Internationalen Vereinigung für Beratungs- und Therapiefreiheit*, der *Demo für alle* sowie bei diversen »Lebensschutz«-Veranstaltungen) das Projekt vertritt.<sup>1741</sup> *TeenStar* legt Jugendlichen »nahe, Sexualität erst in der Ehe zu leben«, es verurteilt Masturbation als »Fehlschritt« und Homosexualität als »Identitätsproblem und >Verirrung«<sup>1742</sup>. In geleakten Schulungsmaterialien des Vereins ist unter anderem zu lesen:

1736 Meves, Christa (1997); zitiert nach: ebd.

1737 Ebd.: 116. Kuby folgt dieser Strategie, wenn sie davon spricht, dass *Körper, Liebe, Doktorspiele* pädosexuellen Wünschen entspreche (vgl. Kämpf, 2015: 118; siehe Kapitel 5.3.1).

1738 Vgl. u. a. Voigt [FAZ] (2014); Schmelcher [FAZ] (14.10.2014). In manchen Fällen erfüllten diese Diffamierungen den Straftatbestand der üblen Nachrede und wurden juristisch geahndet. Ein Wiederholungstäter ist Akif Piriñçi, der u. a. wegen Beleidigung und Anstiftung zum Mord mehrfach verurteilt wurde (vgl. o. A. [taz.de], 27.07.2014).

1739 Ehe-Familie-Leben e. V. Initiative Elternaktion (o. J.: 18).

1740 Ebd.: 23.

1741 Vgl. o. A. [queer.de] (13.07.2018).

1742 Haimerl [Salzburger Nachrichten] (30.06.2019).



»Der Schlüssel zur Abnahme homosexueller Neigungen und zur Entwicklung des eigenen heterosexuellen Potenzials sind neben einer geeigneten Therapie Motivation, Ausdauer, Bereitschaft und Mut, sich den schmerzhaften inneren Konflikten emotional zu stellen. [...] Diese Veränderung wurde auch wissenschaftlich nachgewiesen. Befragte aus diesen Studien hatten [...] erlebt [...]: größere Selbstannahme, sich selbst besser zu verstehen; größere Fähigkeit, anderen zu vertrauen; größeres Selbstwertgefühl, stärkere Selbstbehauptung; Abnahme von Einsamkeit und Depressionen; größere emotionale Stabilität. [...]

In der Öffentlichkeit wird der homosexuelle Lebensstil zunehmend als gleichwertig erstrebenswerte Lebensvariante zur Heterosexualität dargestellt. Dabei unterschlägt man die Tatsachen, dass der gelebte homosexuelle Lebensstil mit einer Reihe von erheblichen physischen Risiken und psychischen Problemen behaftet ist. Umfangreiche Studien aus USA, Europa und Neuseeland weisen unmissverständlich auf diese Tatsache hin.«<sup>1743</sup>

Allein diese Auszüge offenbaren ein pathologisierendes Verständnis nicht-heterosexueller Lebensformen und suggerieren eine Überwindung oder Heilung mittels Therapie, deren Erfolg anhand fraglicher, nicht dokumentierter Studien suggeriert wird. Der Verstoß des Konzeptes von *TeenStar* gegen grundlegende Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsgesetze wird hierdurch evident. Zu dieser Erkenntnis kommen auch Expert:innen, die im Auftrag des bis 2019 amtierenden österreichischen Bundesministers für Bildung Heinz Faßmann die Inhalte von *TeenStar* überprüfen sollten. Wie *Der Standard* am 1. April 2019 berichtete, fiel »[s]owohl die Analyse der im Ministerium angesiedelten Koordinationsstelle für Gesundheitsförderung als auch jene des Bundeszentrums für Sexualpädagogik [...] vernichtend aus: Erkannt wurden unter anderem Geschlechterdiskriminierung und menschenrechtlich bedenkliche Aussagen«<sup>1744</sup>. Aufgrund dessen empfahl Faßmann österreichischen Schulen die Beendigung der Zusammenarbeit mit *TeenStar*. Im Zuge der Debatten brachten Vertreter:innen der ÖVP und FPÖ einen Antrag ein, der vorsieht, in der schulischen Sexualerziehung gar keine Vereine oder schulfremde Personen mehr zuzulassen. Auf dem fundamentalistischen Nachrichtenportal *kath.net* wird der Schritt als Teilerfolg gelobt: »Durch die Maßnahme

1743 Tóth [falter.at] (20.11.2018).

1744 Gaigg [DerStandard] (01.04.2019).

wäre zwar Teenstar betroffen, allerdings deutlich mehr mehrere [!] linke Gruppierungen.«<sup>1745</sup> Öffentlichkeitswirksame Diskussionen um *TeenStar* bleiben in Deutschland bisher aus – obwohl der Verein nachweislich mindestens in Sachsen<sup>1746</sup> und Bayern<sup>1747</sup> aktiv ist. Insofern scheint der Verstoß vonseiten christlich-fundamentalistischer Aufklärer:innen gegen das Indoktrinationsverbot getreu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1977 der öffentlichen Meinung als nicht gewichtig.<sup>1748</sup> Paradoxe Weise kann die Unterschätzung einer möglichen Bedrohung eines breiten demokratisch-pluralistischen Konsenses daraus resultieren, dass christlich-fundamentalistische Positionen als verlachenswert unmodern erscheinen und deshalb nicht ernsthaft konsensfähig erscheinen.<sup>1749</sup> Gleichzeitig schaffen es aber eben jene Akteur:innen im öffentlichen Diskurs Deutungsmacht zu erlangen, da diese Synergieeffekte der »konservativen geschlechter- und familienpolitischen Netzwerke«<sup>1750</sup> nutzen, die sich mindestens europaweit ausgebildet haben.<sup>1751</sup>

### 5.3.3 Anregungen zum Schluss

Nichtsdestotrotz wird abschließend vorgeschlagen, die Gültigkeit des Narratives des *Rollback* oder *Backlash* dahingehend zu überprüfen, inwiefern dieses produktiver akzentuiert oder gegebenenfalls relativiert werden muss.

1745 O.A. [kath.net] (14.06.2019).

1746 Recherchen des LSVD Sachsen zufolge wurden zwei Schulveranstaltungen im Freistaat dokumentiert.

1747 Jüngst wurde ein Sexualpädagogik-Kurs in der vierten Klasse einer Grundschule im Landkreis Regensburg vom bayerischen Kultusministerium und dem Staatlichen Schulamt Regensburg abgebrochen, nachdem Inhalte von *Teen Star* bei den betreffenden Stellen vorlagen. Der Bayerische Rundfunk stellte daraufhin tieferegehende Recherchen an (vgl. Dannecker [BR], 08.07.2022).

1748 Indes warnt zuvorderst die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern*, etwa mit ihrer Pressemitteilung »Vertreter\*innen von Teenstar haben in bayerischen Schulen keinen Platz!«, vor den fundamentalistischen Inhalten des Vereins (vgl. GEW Bayern, 12.07.2022).

1749 Vgl. Siri (2015: 243).

1750 Kemper (2014: 9).

1751 Der Soziologe Andreas Kemper erstellte hierzu ein Schaubild über das Netzwerk einflussreicher klerikal-aristokratischer Antifeminist:innen, die einflussreiche Schaltstellen besetzen (vgl. Kemper, 2019).

Denn der Versuch einer »Konservativen Revolution« rechter und rechtsradikaler Kräfte ist so alt wie die Bundesrepublik.<sup>1752</sup> Und selbst wenn in aktuellen Diskursen um die Sexualerziehung gefühlt häufiger Pönalisierungen und Naturalisierungen stattfinden, die eine Re-Traditionalisierung von Geschlechterverständnissen intendieren, werden diese Strategien auch durch Diskurse geprägt, die nicht primär oder pauschal als *rechts* oder *konservativ* prädikatisiert werden können. Die Psychotherapeutin und Sexualwissenschaftlerin Sophinette Becker formuliert zum Beispiel mit Blick auf den aktuellen Kindheitsdiskurs den Trend einer »sexualisierenden Sexualtabuisierung«<sup>1753</sup>, den sie an der »Tabuisierung der kindlichen Sexualität« bei gleichzeitiger »Entkindlichung«<sup>1754</sup> der Kindheit festmacht. Dies zeige sich etwa in der Fetischisierung von Kindermoden oder der Pinkifizierung von Kinderprodukten. Die Literaturwissenschaftlerin Dr. Kerstin Böhm der Universität Hildesheim hat im Rahmen ihrer Dissertation die Konstruktion von Geschlechtlichkeit in der aktuellen Kinder- und Jugendliteratur untersucht und einen Trend herausgestellt, den sie mit *Archaisierung* und *Pinkifizierung* verbegrifflicht. Die Archaisierung zeichnet sich Böhm zufolge dadurch aus,

»dass archaische Erzählmuster, insbesondere die Inszenierung männlicher Heldenfigurationen, revitalisiert werden. Dabei handelt es sich um Männlichkeitsmythen wie den Revolver- und Westernhelden, den sportlichen Helden oder den Krieger, die innerhalb der Narration in eine männliche Genealogie überführt werden, in die auch die männlich imaginierte Leserschaft einbezogen wird. Gemein ist diesen Mythen von Männlichkeit, dass sie Bilder hegemonialer Männlichkeit aktualisieren, während gleichzeitig Weiblichkeit sexualisiert wird.«<sup>1755</sup>

Bei der Pinkifizierung handele es sich einmal um ein »Muster, das im Kontext des Gender Marketings Unmengen an rosagefärbten Produkten für eine weibliche Zielgruppe hervorgebracht hat«<sup>1756</sup>. Außerdem seien textimmanente Muster auszumachen, die »auf antiquierte Bilder von Weiblichkeit rekurrieren« und sich etwa in der (Re-)Konstruktion der

1752 Vgl. Frei, Maubach, Morina & Tändler (2019).

1753 Becker (2017: 318).

1754 Ebd.: 317.

1755 Böhm, Kerstin; zitiert nach: Chatzoudis (2017).

1756 Ebd.

»schwärmerisch-romantischen, emotionalen Liebe« oder der »Ästhetisierung der Demut«<sup>1757</sup> ausdrücken.

Für die familiäre Aufklärungsliteratur stellt darüber hinaus Sager den ambivalenten Trend der »Hinwendung zum Kind« bei gleichzeitiger »Abwendung von der kindlichen Sexualität« heraus. Diese Aspekte öffentlicher Kindheitsdiskurse verweisen nur fragmentarisch darauf, welche Diskursstränge und Diskursebenen das Sexualitätsdispositiv bilden, vor dem Aushandlungen um die sexuelle Bildung stattfinden. Öffentliche Problematisierung deshalb ausschließlich dem wachsenden Einfluss rechtspopulistischer und nationalkonservativer Diskurspositionen zuzuschreiben, wäre nur die halbe Wahrheit. Nicht zu leugnen ist eine »Internationalisierung und Radikalisierung konservativer Positionen«<sup>1758</sup>, die unter der Chiffre »Gender« Krisendiskurse verhandeln und damit althergebrachten Argumentationsmustern einen neuen Anstrich verleihen, ohne den ihnen die Kommunikationsmacht in gesellschaftlichen Debatten womöglich verwehrt bliebe. Doch muss die gleichzeitige Demokratisierung von Normen und Werten im hegemonialen juristischen wie politisch-institutionellen Diskurs in den Blick genommen werden, der eine Konformität bewirkt. So gehörten inzwischen getreu der Soziologin Jasmin Siri »Rechte auf sexuelle Selbstbestimmung und Gleichstellung von Frauen [...] zum liberalen Selbstverständnis der BRD – wie fiktiv dieses aus Sicht kritischer Beobachter:innen auch sein mag«<sup>1759</sup>. Da es aber rechtspopulistischen Akteur:innen augenscheinlich – nicht nur in sexualpolitischen und sexualpädagogischen Diskursen – gelingt, »mitunter völlig überproportional zu ihrer politisch-institutionellen Bedeutung, das knappe Gut der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit an sich zu reißen«<sup>1760</sup>, macht es erforderlich, einerseits die Systembedingungen stärker in den Blick zu nehmen, etwa indem die Bedeutung der Neuen Medien hinsichtlich der Formation und Synergieeffekte des Konglomerats neurechter und christlich-fundamentalistischer Gruppierungen herausgestellt wird.<sup>1761</sup> Außerdem scheint ein stärkerer akteurszentrierter Blick geboten, der den Aspekt des Kapitals im

1757 Ebd.

1758 Siri (2015: 247).

1759 Ebd.

1760 Hillje (2018: 1).

1761 Zu Kooperationen von »Lebensschutz«, christlichem Fundamentalismus und neu-rechtem Antifeminismus sowie deren antidemokratischen Potenzial vgl. u. a. Sanders, Jentsch & Hansen (2014).

Sinne Bourdieus berücksichtigt. Der französische Soziologe beleuchtet in seiner Gesellschaftstheorie die Mechanismen der Erzeugung und Erhaltung gesellschaftlicher Strukturen mithilfe des Kapitalbegriffs, den er in drei Analysekatoren differenziert: in das ökonomische Kapital (Finanzkraft, Besitz u. a.), das kulturelle Kapital (Diplome, Zeugnisse, kognitive Kompetenzen) und das soziale Kapital, jenes »Netz von Beziehungen, die dazu beitragen, dass Karrieren, Macht und Reichtum nicht nur auf individuellen Leistungen basieren, sondern auch auf herkunftsbedingten Gruppenzugehörigkeiten und anderen vorteilhaften Verbindungen im Sinne des >Vitamin B<«<sup>1762</sup>. Indem die Verfügung über Kapital herausgestellt wird, kann womöglich die These des Politik- und Kommunikationsberaters Johannes Hillje fundiert werden, nach der das strategische Agieren von Populist:innen im öffentlichen Diskurs dadurch bedingt wird, dass diese »zu Spitzenverdienern der Aufmerksamkeitsökonomie«<sup>1763</sup> gehörten.

**1762** Braun (2002). Diesbezüglich weist der freie Journalist René Martens in seiner Analyse »Der Marsch zum rechten Rand« von 2019 auf das journalistische Netzwerk der AfD hin: »Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine Partei, in der Journalisten derart wirkmächtig sind wie derzeit in der AfD.« Die Partei versammle bereits seit ihrer Gründung 2013 bis zur Hälfte ihrer Mitglieder aus dem journalistischen Milieu: Alexander Gauland, ehemaliger Herausgeber der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* und bis 2012 regelmäßiger Autor für den *Tagesspiegel*, sowie Konrad Adam, unter anderem Feuilletonredakteur der *FAZ* von 1979 bis 2000, seien nur zwei prominente Vertreter der »Journalisten-Partei« mit »ihre[r] Anti-Medien-Rhetorik« (Martens, 2019).

**1763** Hillje (2018: 1).

